Montag, 26. März 1984 - D *

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 73 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Massenaufmarsch:** Rund 700 000 Menschen folgten in Rom einem Aufruf der Kommunisten zu einer Protestkundgebung gegen das Regierungsprogramm zur Dämpfung der Inflation. Zuvor hatte der Senat der Regierung Craxi im Zusammenhang mit ihrer Lohn- und Preispolitik das Vertrauen ausgesprochen. (S. 7)

**Kein Gehör:** Die Moskauer Führung hat es nach Informationen der „New York Times" abgelehnt, einen Beauftragten Präsident Reagans zu empfangen, der ein Schreiben des Präsidenten an Parteichef Tschernenko überbringen und den Inhalt mündlich erläutern sollte. (S. 6)

**Libanon:** Die ersten Einheiten des französischen Kontingents der internationalen Friedenstruppe haben Beirut gestern verlassen. Der Abzug soll bis Monatsende abgeschlossen sein. (S. 5)

**Jordanien:** Trotz eines Bombenanschlags palästinensischer Terroristen in Amman als Warnung an Großbritannien hat Königin Elizabeth II. gestern ihren Staatsbesuch in Jordanien angetreten. (S. 10)

**Türkei:** Der frühere Regierungschef Ecevit hat sich öffentlich geweigert, bei den gestrigen Kommunalwahlen seiner Wahlpflicht nachzukommen. Er bezeichnete die Wahlen als eine Farce.

**El Salvador:** Unter massiven Einschüchterungsversuchen linksgerichteter Guerrilleros fanden gestern Präsidentschaftswahlen statt. Die größten Chancen wurden dem Christdemokraten Duarte und dem Führer der rechtsextremen ARENA-Partei, d'Aubuisson, zugebilligt. (S. 3)

**Freie Fahrt?** Bonn erwägt die völlige Abschaffung der Grenzkontrollen an den Übergängen zu den BeneluxStaaten.

**Aussiedler:** Den sowjetischen Behörden liegen noch fast 100 000 Ausreiseanträge von Rußland-Deutschen vor, teilte das Rote Kreuz mit.

**Entwicklungsfonds:** Der SPD-Vorsitzende Brandt hat angeregt, Berlin zum Zentrum für einen Internationalen Entwicklungsfonds zu machen. Er sollte mit Geldern ausgestattet werden, die Ost und West von der Rüstung abzweigen könnten. (S. 12)

**US-Vorwahlen:** Walter Mondale hat seinen Hauptrivalen Senator Hart in dessen Heimatstaat Kansas eindeutig geschlagen.

**Heute:** Tagung der EG-Agrarminister in Brüssel. – Beratungen des Arbeitskreises „Steuerschätzung" in Bonn. – Offizielle Verabschiedung Kießlings. – FDP-Bundesvorstand erörtert neues Grundsatzprogramm.

### ZITAT DES TAGES



›› Bundeskanzler Kohl hat sich energisch für die Wahrung der Einheit der Insel ausgesprochen und ein reges Interesse an einer baldigen Lösung des Insel-Problems gezeigt ‹‹

Der Präsident der Republik Zypern, Spyros Kyprianou, in einem WELT-Gespräch nach seinen Beratungen in Bonn (S. 12)
FOTO: CAMERA PRESS

### WIRTSCHAFT

**Konjunktur:** In der deutschen Industrie hat sich die Konjunkturerholung nach einer Analyse des Ifo-Instituts im Februar fortgesetzt. Erstmals seit Anfang 1980 waren die günstigen Meldungen über die Geschäftslage zahlreicher als die negativen. (S. 13)

**Arbeitsmarkt:** Der scheidende Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, erwartet für März 200 000 Arbeitslose weniger. Im Februar waren 2,536 Millionen ohne Beschäftigung.

**Lateinamerika:** Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat ihre Kreditzusagen für Entwicklungsprojekte in Lateinamerika im vergangenen Jahr gegenüber 1982 um elf Prozent auf 3,045 Milliarden Dollar erhöht. Heute tritt in Punta del Este (Uruguay) der Gouverneursrat der IDB zu seiner Jahrestagung zusammen. (S. 14)

### KULTUR

**Kirchenschätze:** Eine in der Bundesrepublik einmalige Ausstellung „Schatzkünste in der Kirche" ist im Trierer Dom St. Peter eröffnet worden. Acht Monate lang werden Gold- und Silberschmiedearbeiten, Elfenbeinschnitzereien und prunkvolle Exemplare der Buchillustration in der ältesten Kirche Deutschlands gezeigt.

**Schnitzler:** Buhrufe und Gelächter erntete Regisseur Hollmann für seine Inszenierung von Arthur Schnitzlers „Komödie der Verführung" im Berliner Schiller-Theater. Wieder einmal habe sich die alte Theatererfahrung bewiesen, daß von der Bühne jahrzehntelang gemiedene Spielvorlagen tatsächlich unspielbar sind, schreibt Friedrich Luft. (S. 19)

### SPORT

**Formel 1:** Der Franzose Alain Prost *gewann mit einem McLaren* (Porsche-Turbo) in Rio den Großen Preis von Brasilien. Neuling Stefan Bellof aus Gießen schied aus (Gaszug gerissen). (S. 17)

**Handball:** Der TV Großwallstadt gewann das erste *Endspiel* um den IHF-Pokal bei HG Gladsaxe Kopenhagen mit 16:15 (9:6). Das zweite Endspiel findet am 1. April in Elsenfeld statt.

### AUS ALLER WELT

**Millionenbeute:** Im bisher größten Geldraub in Italien haben vier Banditen im Tresorraum einer Geldtransportfirma in Rom umgerechnet fast 60 Millionen Mark erbeutet. Obwohl die Täter sich als Mitglieder der Terrororganisation „Rote Brigaden" ausgaben, schließt die Polizei nicht aus, daß es sich um gewöhnliche Kriminelle handelte. (S. 20

**Passagiere klagen:** Schadenersatz in Höhe von mehreren Millionen Pfund haben Passagiere der „British Airways" gefordert, die Mitte März auf Langstreckenflügen Lebensmittelvergiftungen erlitten hatten. Einer der Betroffenen, ein saudischer Diplomat, ist inzwischen gestorben, doch ist ein direkter Zusammenhang noch nicht nachgewiesen worden.

**Wetter:** Bewölkt, teils gewittrige Schauer. 7 bis 10 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Späths CDU behauptet absolute Mehrheit. Erfolg der Grünen

## FDP im Landtag, jedoch mit Einbußen / SPD stagniert / Wahlbeteiligung schwächer als 1980

DW. Bonn/Stuttgart

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht im Ausgang der baden-württembergischen Landtagswahl „eine ganz klare Bestätigung für die Bundesregierung". Der Kanzler und CDU-Vorsitzende wies darauf hin, daß die Wahl im Südwesten auch unter bundespolitischen Gesichtspunkten gestanden habe. Dies gelte vor allem für die Auseinandersetzung um den Sparkurs des Bonner Kabinetts.

Auf diesen Aspekt ging auch der Stuttgarter Ministerpräsident Lothar Späth ein, der ungeachtet von Verlusten in den nächsten vier Jahren weiter mit einer absoluten CDU-Mehrheit regieren kann. Späth: „Wir haben hier in Baden-Württemberg einen harten Sparkurs gefahren, im öffentlichen Dienst und im sozialen Bereich. Es ist auch die Situation, daß die Bonner Regierung einen harten Sparkurs fahren mußte, der viele getroffen hat. Das ist den Leuten jetzt erst bewußt geworden." Späth erinnerte daran, daß die Union früher im Bündnis mit der FDP nie mehr als 48 Prozent in Baden-Württemberg erhalten habe.

Die baden-württembergische CDU erzielte ihr viertbestes Ergebnis aller Landtagswahlen im Land. Bereits 1980 hatten die Christlichen Demokraten unter Späth gegenüber dem „Traumergebnis", das sein Amtsvorgänger Hans Filbinger mit 56,7 Prozent erreichte, 3,3 Prozentpunkte verloren. Der Südwesten blieb für die CDU „Hochburg Nummer eins" unter den Ländern, muß diesen Ruf allerdings jetzt mit Rheinland-Pfalz teilen, wo die CDU zuletzt auf 51,9 Prozent kam. In keinem anderen Bundesland schnitten die Christlichen Demokraten in den vergangenen vier Jahren besser ab. Mehr als 50 Prozent erreichte die CDU in dieser Zeit nur noch in Niedersachsen mit 50,7 Prozent. Mit der Südwest-Wahl hat sich aber der Abstand des „besten CDU-Landes" zum 58,3-Prozent-Resultat der Schwesterpartei CSU in Bayern vergrößert.

Die von Ulrich Lang geführten baden-württembergischen Sozialdemokraten konnten ihre unter Erhard Eppler erlittenen Verluste (1976 minus 4,3 und 1980 nochmals minus 0,8 Prozentpunkte) allenfalls geringfügig wieder wettmachen. Die Partei konnten damit nicht an die Erfolge anknüpfen, die sie seit der „Bonner Wende" bei fünf der sieben Landtagswahlen wie auch jüngst bei den bayerischen Kommunalwahlen erreicht hatte. Damit steht die baden-württembergische SPD mit ihrem jetzigen Ergebnis weiterhin an vorletzter Stelle unter allen Bundesländern. Nur in Bayern schnitten die Sozialdemokraten im Oktober 1982 mit 31,9 Prozent schlechter ab. Unter 40 Prozent lagen sie darüber hinaus nur noch bei den jeweils jüngsten Wahlen in Rheinland-Pfalz (März 1983: 39,6 Prozent), Niedersachsen (März 1982: 36,5) und Berlin (Mai 1981: 38,3).

### Landtagswahl '84 in Baden-Württemberg
Vorläufiges amtliches Endergebnis

| | Wahl vom 25. März 1984 Prozent | Landtagswahl vom 16. März 1980 Prozent | Landtagswahl vom 4. April 1976 Prozent | So wählte Baden-Wtbg. bei der Bundestagswahl 1983 Prozent | Gesamtergebnis der Bundestagswahl 1983 (Zweitstimmen) Prozent |
|---|---|---|---|---|---|
| CDU | 51,9 | 53,4 | 56,7 | 52,6 | 48,8 (CDU/CSU) |
| SPD | 32,4 | 32,5 | 33,3 | 31,1 | 38,2 |
| FDP | 7,2 | 8,3 | 7,8 | 9,0 | 7,0 |
| Grüne | 8,0 | 5,3 | – | 6,8 | 5,6 |
| Sonstige | 0,5 | 0,5 | 2,2 | 0,5 | 0,4 |
| Wahlbeteiligung | 71,2 | 72,0 | 75,5 | 88,4 | 89,1 |

Das vorläufige amtliche Endergebnis, das der Landeswahlleiter nach 22 Uhr in Stuttgart bekanntgab, sieht in absoluten Zahlen wie folgt aus (in Klammern die Angaben für die Landtagswahl 1980): **CDU:** 2 411 362 (2 407 798), **SPD:** 1 506 589 (1 468 873), **FDP:** 333 278 (374 633), **Grüne:** 372 195 (241 303). Insgesamt wurden gestern 4 648 661 (4 513 009) gültige Stimmen abgegeben.

Die vorläufige Sitzverteilung im neuen Landtag von Baden-Württemberg: **CDU:** 68 (1980: 68) Mandate, **SPD:** 41 (1980: 40), **FDP:** 8 (1980: 10), **Grüne:** 9 (1980: 6). Das sind insgesamt 126 Parlamentssitze; es gab also sechs Ausgleichsmandate, zwei mehr als 1980.

Die SPD, so kommentierte ihr Bundesvorsitzender Willy Brandt das Ergebnis, habe es im Südwesten schwerer gehabt als anderswo. „In Anbetracht der Faktoren niedrige Wahlbeteiligung, hoher Zuwachs an der SPD vorbei zu den Grünen, muß ich sagen, habe ich schon ungünstigere Ergebnisse kommentieren müssen." Denn er sei derjenige, „der die einzige Partei vertritt, die stabil aus der Wahl herausgegangen ist", und dies trotz der Erfolge der Grünen.

Der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten in Baden-Württemberg, Ulrich Lang, gratulierte Lothar Späth ausdrücklich zu einem „rechnerisch eindeutigen Wahlerfolg". Lang setzte hinzu: „Ich denke, daß wir alle Anlaß haben, darüber nachzudenken, woher die Stimmen der Grünen kommen."

Als Sprecher der Grünen sagte Trampert unter Hinweis auf das gün-

● Fortsetzung Seite 4

## DER KOMMENTAR

## *Stabilität im Südwesten*

W. HERTZ-EICHENRODE

Das Ergebnis der Landtagswahl im Bundesland mit den geringsten politischen und wirtschaftlichen Problemen dokumentiert beachtliche Stabilität. Wo man relativ sorgenfrei lebt, fehlen die streitbaren Themen. Deshalb flogen im Wahlkampf weder die Fetzen, noch sprühten die Funken. Was Wunder, daß bei so niedrigem Grad der Emotionalisierung die Wahlbeteiligung zu wünschen übrigließ. Lothar Späth bekam es zu spüren. Aber er wird unangefochten mit absoluter Mehrheit der CDU weiterregieren, und allein das ist entscheidend. Bundeskanzler Kohl kann mit seinem Getreuen in Baden-Württemberg sehr zufrieden sein.

Da niemand ernstlich an Spaths weiterer Alleinregierung zweifelte, hatten Wechselwähler wenig Anlaß, die FDP stark zu machen. Es bestand kaum Aussicht, ihr im neuen Landtag die kontrollierende Rolle der Opposition innerhalb einer Koalition mit der CDU zuweisen zu können. Das mag das bescheidene Abschneiden der Freien Demokraten in einem ihrer Stammlande erklären. Ein Abrutschen unter die köpfende 5-Prozent-Marke hatte die FDP nicht zu befürchten; um so mehr hat sie nun Grund, darüber nachzudenken, ob sie sich nach der Bonner Wende auf dem richtigen Weg befindet. Sie rühmt sich, eine Hüterin der sozialen Marktwirtschaft zu sein, und sie ist es. Aber sie zeigt ihren Januskopf, als müsse sie ihre wirtschaftspolitische Konsequenz mit radikaldemokratischen Kraftmeiereien entschuldigen. Sie wäre überzeugender, wenn sie sich auf die Parole beschränkte, daß in der modernen Gesellschaft derjenige am liberalsten ist, der die soziale Marktwirtschaft durchsetzt.

Die SPD bleibt auch nach dieser Wahl im 30-Prozent-Turm eingemauert. Weitaus mehr ist über die Grünen zu sagen. Ihr nicht zu bestreitender Erfolg bei dieser Landtagswahl kam trotz eines wenig attraktiven Bildes der Bundespartei und trotz belastender Mißhelligkeiten im eigenen Ländle zustande. Offensichtlich handeln die Wähler der Grünen aus eher lokal faßbaren Befindlichkeiten heraus. Wenn diese Diagnose zutrifft, dann haben die anderen Parteien damit zu rechnen, daß die Grünen auf absehbare Zeit einen Anhang von mehr als 5 Prozent behalten werden, den weder bundes- noch landespolitische Einflüsse irremachen können. Es gibt in manchen Städten und Bezirken eine auf keinen einheitlichen Nenner zu bringende Proteststimmung, die sich Gehör *verschaffen will.*

In Bonn wird man registrieren: Aus dem Südwesten nichts grundlegend Neues.

# Bonn: Berlin in Verträge einbeziehen

## Windelen nennt Themen für Vereinbarungen mit Ost-Berlin

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat neue Verhandlungen mit Ost-Berlin über Themen angekündigt, „auf die die DDR vorbereitet ist und die auch in ihrem Interesse liegen". Und Bonn werde jetzt „mit der neuen Führung in Moskau die Frage der Einbeziehung Berlins" erneut aufnehmen, um beispielsweise das Wissenschafts-Abkommen voranzubringen.

Als neue Verhandlungsthemen mit der „DDR" zählte der Minister Rechtshilfeverhandlungen, Kulturabkommen und Umweltschutz auf. Unabhängig davon blieben aber die vorrangigen Wünsche nach menschlichen Erleichterungen auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung sei sich „der großen Bedeutung der menschlichen Kontakte für die Einheit der Nation bewußt".

Die Gespräche im Bereich des Rechtsverkehrs sind bisher aus Gründen des „Dissens in der Frage der Staatsangehörigkeit" (Windelen) blockiert. Der Bundesminister kündigte „neue Anstöße" auf diesem Gebiet an, doch gebe es „für uns im Grundsatz" keine Möglichkeit zur „Nachgiebigkeit".

Im Berliner „Volksblatt" hat am Wochenende auch Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel den Wunsch nach Erleichterungen im Reiseverkehr und „Verbesserungen des Grenzregimes" betont. Zu seinen Eindrücken aus dem jüngsten Gespräch mit SED-Chef Erich Honekker sagte Vogel, „daß weitere Schritte nach vorn möglich sind".

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der evangelischen Kirchen der „DDR", Manfred Stolpe, hat ebenfalls die Lockerung der Reiserestriktionen für „DDR"-Bewohner als vordringliches Ziel bezeichnet. „Ich bin ganz sicher, dann hätten wir kaum noch Ausreiseanträge", sagte Stolpe in der Akademie Tutzing.

# Trifft US-Kontrollgesetz westeuropäische Staaten?

## Ziel: Spitzentechnologie nicht in den Sowjetblock

H.-A. SIEBERT, Washington

Das US-Verteidigungsministerium hat von Präsident Reagan den Auftrag erhalten, in Zukunft auch den Export hochtechnologischer Erzeugnisse in zwölf nichtkommunistische Länder zu überwachen. Damit ist der Streit zwischen dem Handelsministerium und dem Pentagon entschieden, das bisher nur Ausfuhren von militärischem Wert in den Ostblock kontrollierte.

Obwohl vom Weißen Haus nicht bestätigt, soll die Länderliste unter anderem diese Namen enthalten: Österreich, die Schweiz, Norwegen, Schweden, Südafrika und Indien. Diese Staaten stehen in dem Verdacht, durch laxe Grenzkontrollen den Reexport amerikanischer Spitzentechnologien in die Sowjetunion und ihre Satelliten ermöglicht zu haben. Bekannt sind mehrere Fälle, darunter die Lieferung eines modernen Radarsystems in die UdSSR auf dem Umweg über Schweden.

Die neuen Richtlinien des Weißen Hauses nennen sieben hochtechnologische Warengruppen, für die das Pentagon die Exportlizenzen erteilt oder dafür die Vollmacht erhält. Dazu gehören Anlagen zur Herstellung von Halbleitern, verschiedene Computer-Typen, die Laser-Technologie und bestimmte Werkzeugmaschinen mit numerischer Steuerung. Nach Auffassung des US-Verteidigungsministeriums können diese Produktkategorien auch für militärische Zwekke verwendet werden.

Wie der stellvertretende Pressesprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater, erklärte, soll das Pentagon jedoch kein Vetorecht erhalten. Falls sich beide Ministerien nicht über eine Ausfuhrlizenz einigen könnten, treffe Präsident Reagan die Entscheidung. Gegen das neue Prozedere, das im Zusammenhang mit der Modifizierung des US-Exportkontrollgesetzes gesehen werden muß, hat die amerikanische Industrie protestiert.

# Mitterrand erinnert an deutsche Spaltung

DW. Washington/Berlin

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten bewußt auch zum Problem der Spaltung Deutschlands Stellung genommen. In Atlanta sagte der Präsident, die Deutschen befänden sich wegen der Spaltung ihres Landes in einer Situation, die einem „minderen Status" gleichkomme – der nicht mit der wirtschaftlichen und politischen Macht der Bundesrepublik übereinstimme. Der Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung bringe das Zentrum Europas und die Welt insgesamt nicht aus dem Gleichgewicht. Mitterrand unterstrich sein großes Vertrauen insgesamt: „Es sind nach so viel Tragödien unsere Freunde."

Für eine Stärkung Berlins im internationalen Kräftefeld hat sich unterdessen der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ausgesprochen. Er setzte sich für die Errichtung eines internationalen Entwicklungsfonds in Berlin ein. Auf dem „Forum Entwicklungspolitik" seiner Partei plädierte er für die Einrichtung einer solchen Institution in Berlin.

# IG Metall: Arbeitskampf rückt näher

DW. Frankfurt

In den Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche ist nach Meinung der Industriegewerkschaft Metall ein Arbeitskampf „näher denn je", die Metallarbeitgeber aber bekundeten am Wochenende noch Hoffnung auf eine Einigung ohne Streik. In dem Streit meldete sich erneut Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zu Wort: Er bezeichnete die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als gefährlicher Irrweg.

Franz Steinkühler, zweiter Vorsitzender der IG Metall, sprach in einem Interview der in Oldenburg erscheinenden „Nordwest-Zeitung" davon, daß ein Arbeitskampf näher denn je sei. Er sagte, seine Organisation habe zahlreiche Kompromißsignale ausgesandt, die Arbeitgeber hätten aber nicht eines dieser Signale erwidert.

Der Konflikt trägt nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, „zugleich politische Züge". Wer dies leugne, verschließe die Augen vor der „offenkundigen Rolle, die die Bundesregierung und andere Politiker" übernommen hätten.

# Peking: Keine Annäherung an Moskau

rtr/AFP, Peking

China und Japan haben für die nahe Zukunft jeden substantiellen Fortschritt in ihren Beziehungen zur Sowjetunion ausgeschlossen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich das Verhältnis zu den USA bessert.

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone, der zum Abschluß seines dreitägigen Chinabesuches auch mit dem Spitzenpolitiker Deng Xiaoping zusammentraf, hatte zuvor der chinesischen Regierung einen neuen japanischen Staatskredit in Höhe von 2,1 Milliarden Dollar zugesagt, die bedeutendste Entwicklungshilfe, die Tokio dem kommunistischen Nachbarn je gewährt hat. Die zinsverbilligten Gelder sollen japanische Großaufträge für den Ausbau der chinesischen Infrastruktur sichern. Nach Angaben eines Pekinger Regierungssprechers soll Deng bei dem Gespräch mit Nakasone die Unternehmer Japans gedrängt haben, in der Volksrepublik aktiver zu werden. Nakasone forderte seinerseits die Chinesen zum raschen Abschluß eines Abkommens mit Japan für Investitionsgarantien auf.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Gerngesehener Gast*

Von August Graf Kageneck

Mitterrand ist in Washington auffallend herzlich empfangen worden. Kein Zweifel mehr über die Natur des Regimes in Paris scheint in den Herzen der Amerikaner zu wohnen. Vergessen sind die vier KP-Minister in der Regierung, vergeben die hämischen Bemerkungen über den amerikanischen Kultur-Imperialismus, überhört die Kritik an der Muskelprotz-Politik in Zentralamerika. Was schwerer wog für die USA, ist Frankreichs Treue zur Atlantischen Allianz und seine Position als Machtfaktor außerhalb des Einzugsbereichs des Bündnisses. Reagan hat die Bedeutung dieses Faktors für die USA und die freie Welt unterstrichen.

Es scheint, als hätten die beiden Präsidenten in Washington eine Rollenverteilung vorgenommen. Über die Bedeutung der Nachrüstung für Europas Sicherheit brauchte kein Wort verloren zu werden. Das Gleichgewicht ist wiederhergestellt.

Nun aber geht es darum, den Kontakt zu Moskau wiederherzustellen. Frankreich könnte Türen aufmachen, die für Washington noch verschlossen bleiben. Mitterrand geht noch in diesem Jahr nach Moskau. Selbst wenn noch keine Zeichen aus dem Kreml kommen: Man darf, so Mitterrand, nichts verderben lassen.

In Nahost zieht Frankreich als letztes Land seine Truppen ab. Aber seine Diplomatie bleibt präsent, wo die amerikanische überfordert zu sein scheint. Das gleiche gilt für Afrika. Weltweite Lastenverteilung unter zwei Verbündeten, die einander seit zweihundert Jahren nie aus den Augen verloren haben. Die Festigkeit der amerikanisch-französischen Allianz ist bei diesem Besuch des Sozialisten in Washington stärker gefeiert worden als unter allen Vorgängern Mitterrands.

Darin liegt Symbolik. Tradition wiegt schwerer als politische Regimewechsel, besonders in Zeiten weltweiter Gefahren. Frankreichs Gewicht im amerikanischen Kräftekalkül sollte nicht unterschätzt werden. Wenn wirklich Gefahr im Verzuge ist – und diese ist gerade dann im Verzuge, wenn sich im Herzen Europas die deutsche Szene bewegt – dann besinnt sich Amerika auf seinen ältesten Verbündeten.

## *Des Monsters Folgen*

Von Wilm Herlyn

Ein Futternapf soll dem gefräßigen Monster entzogen werden. Die Bundesbildungsministerin will aus dem Aachener Großklinikum aussteigen. Wenn ihre Klage Erfolg hat, so fehlen Nordrhein-Westfalen mindestens siebenhundert Millionen Mark an der Finanzierung der Wunderheilstätte, die viele Zulieferer gesund, das Land und seinen allgemeinen Medizinbetrieb aber gründlich krank gemacht hat.

Angesichts der Stimmung wider das Großklinikum obwaltet weithin ein Hurragefühl: Frau Wilms hat es denen aber gegeben. Wenn es abklingt, bleiben allerdings ein paar Fragen.

Einmal: Wieso entschloß die Bundesregierung sich erst auf den Bericht des Bundesrechnungshofes hin zum Ausstieg aus dem groteskesten aller gemeinschaftlich finanzierten Superzukunftsprojekte? Der Rechnungshof kommt doch immer erst viel später an die Unterlagen. Wer ist denn beim Bund dafür verantwortlich, rechtzeitig Alarm zu schlagen?

Daraus folgt zweitens: Falls das Land einwendet, der Bund habe durch langes Schweigen konkludent die Mißwirtschaft zur Mußwirtschaft erhoben; also habe er keinen Beschwerdegrund: kann der Bund dem überzeugend entgegentreten?

Drittens ist klar: Wenn das absurde Großklinikum nicht in die Luft gesprengt wird, wie es verbitterte Ministeriale aller Ebenen hinter vorgehaltener Hand empfehlen, dann werden die siebenhundert Millionen ja doch aufgebracht werden müssen. Man weiß sogar, von wem: Otto Normalsteuerzahler, auf welchem Wege immer. Dazu kommen, viertens, die Folgekosten für das Großklinikum als solches und für die von ihm geschädigten Kleinkliniken. Nordrhein-Westfalen mit seinen Strukturproblemen ist kaum in der Lage, die Beträge einfach herauszusparen. Also, nachdem man sich gegenseitig zur Genüge die Schuld zugeschoben hat: Wie geht es weiter?

Fünftens: Hat man wenigstens gelernt, daß staatliche Mammuthybris riskant ist, ganz besonders bei Gemeinschaftsvorhaben? Im Moment zügelt die Finanzlage ja den Eifer. Aber hält die bittere Erfahrung vor bis zur nächsten Wirtschaftswunderperiode, wenn die Kassen und der Machbarkeitsglaube wieder einmal überlaufen?

## *Thachs Erzählungen*

Von Christel Pilz

Die Thais nennen Hanois Außenminister Nguyen Co Thach einen „Mann mit vielen Zungen". Während seiner jüngsten Besuche in Indonesien und Australien bestätigte er das aufs Neue. Es ging um Kambodscha, wo die Situation für Hanoi nach wie vor „unwiderrufbar" ist – nur: Wie erklärt man das am zweckmäßigsten? Thach zeigte, wie.

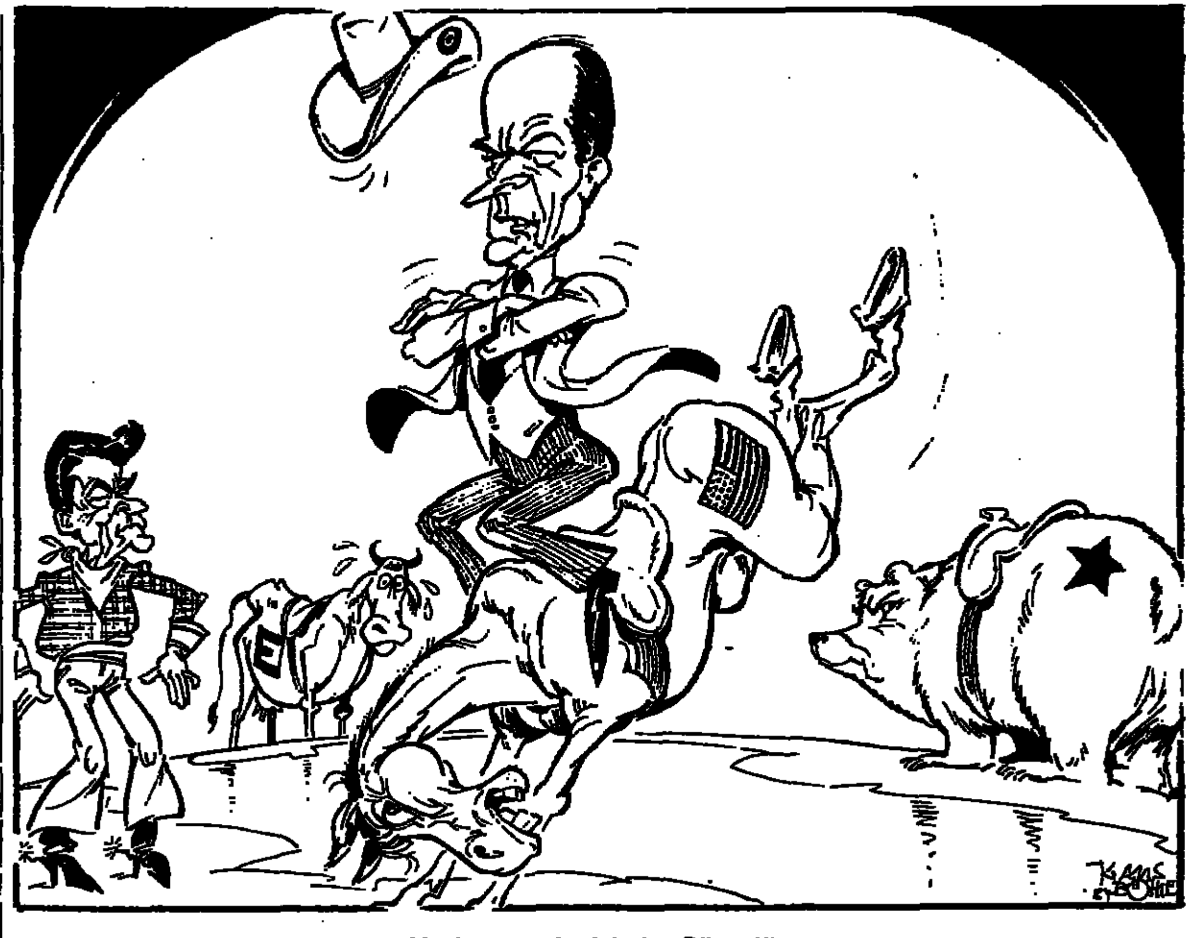
In Indonesien zog er die Karte der gemeinsamen Furcht vor China. Hatte doch der Kommandeur der indonesischen Streitkräfte, Benny Murdani, erst kürzlich in Hanoi bekundet, daß Vietnam keine Bedrohung für Südostasien sei, wohl aber China. Thach nahm das dankbar auf: Hanoi und Jakarta sollten zusammen darauf hinwirken, die chinesische Gefahr aus Südostasien zu verbannen. Wie? Ganz einfach: durch Vernichtung der kambodschanischen Widerstandsbewegung Rote Khmer. Anschließend könne man über eine Friedensregelung reden und Hanoi werde seine Truppen abziehen.

Die Roten Khmer haben freilich an die fünfzigtausend Mann; die hundertachtzigtausend Soldaten Vietnams vermochten nicht, sie in fünf Jahren Krieg zu zerschlagen. Da wäre es schön, wenn man sie wenigstens isolieren könnte.

In Australien nun, wo freundliche Beziehungen mit Peking herrschen, aber wenig Sympathien für die Roten Khmer bestehen, fand Thach die chinesische Gefahr auf einmal weit weniger erregend als in Jakarta. Vietnam sehe die eigentliche Gefahr woanders. Bei wem? Bei den Roten Khmer, natürlich.

Dann aber kam das dritte Land, für das Thach sich angesagt hatte, Thailand. Das Land, das ihn mit besonderer Neugierde erwartet hatte. Indonesien und Australien sind weit vom Schuß. Thailand dagegen hört den vietnamesischen Geschützdonner. Und da Thach eine Bereitschaft angedeutet zu haben schien, den Kambodscha-Konflitk mit den Asean-Staaten zu erörtern, war man auf die Nagelprobe gespannt.

Siehe da, die vielen Zungen mit der einen Grundmelodie wurden plötzlich still. Thach versteckte sich drei Tage in der vietnamesischen Botschaft, mit einer „Erkältung". Und dann reiste er ab. Tragisch, wie diese Krankheiten unvermutet zuschlagen können. So bleiben auch die Beziehungen Bangkok–Hanoi weiterhin erkältet.



„Als dritten reite ich den Bären!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

# Risiken der Witwenrente

Von Albert Müller

Hinter verschlossenen Türen sind tiefgreifende Änderungen der Alterssicherung von Hinterbliebenen in der Diskussion. Welche Lösung man auch wählt, die Frauen werden stärker betroffen sein als die Männer. Wird die Planung ab 1985 Gesetz, so kann die Witwe danach schlechter gestellt sein, als hätte sie vorher den Verlust des Ehepartners erlitten.

Solche Spannung, die ins gemeinsame Leben besonders älterer Menschen hineingetragen würde, ist unvermeidbar bei Gesetzen, die zwar den Besitzstand wahren, aber für die Zukunft Rechte einschränken wollen. Doch das Bundesverfassungsgericht hat nun einmal auf der rechtlichen Gleichstellung von Neu-Witwen und Neu-Witwern bestanden, und die Finanzlage der Rentenversicherung, sieht man nur auf diese, erfordert offenbar, daß die Neuregelung nichts kostet.

Unter anderen Umständen wäre es unklug, nach der Witwenrente zu greifen. Daß mehr Frauen während der letzten Jahrzehnte in Arbeit gingen, sich für einen Beruf ausbilden ließen und ins Erwerbsleben zurückkehrten, wenn die Kinder groß genug waren, hat man einst begrüßt. Natürlich war damit die Erwartung eines Rentenanspruchs verbunden, für den die Frauen dann auch Lasten und Verzichte auf sich nahmen.

Jetzt soll höhere Leistung dazu führen können, daß sie das Alterseinkommen schmälert. Gedacht ist daran, die Frauenrente, wenn sie 900 Mark übersteigt, mit 40 Prozent des überschießenden Betrags auf die Witwenrente anzurechnen. Mit der Ersparnis soll dann die Gleichstellung der Witwer finanziert werden. Der Aufbau ihrer eigenen Rente würde sich also um so mehr gegen die Frau auswirken, je erfolgreicher sie im Arbeitsleben war.

Fast noch weniger gefällt das Anrechnungssystem, wenn sich die Ehepartner einig gewesen waren, nach der Rentenreform von 1972 das neue befristete Recht der Nachentrichtung von Beiträgen wahrzunehmen. Dadurch war es möglich geworden, für die Frau auch während ihrer Eigenschaft als „Nur-Hausfrau" und Mutter eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen oder die Anwartschaft zu verbessern. „Einstweilen gibt's keine Geburtstags- und Weihnachtsgeschenke mehr, statt dessen zahlen wir für deine Rente ein", sagte wohl der Mann, und die Ehe gewann dadurch noch an Festigkeit.

In Zukunft würde sich dies nachträglich insoweit als falsch erweisen, wie die Witwenrente wegen der Höhe der Frauenrente gekürzt werden kann. Wer allerdings sofort genug Geld flüssig machen und vielleicht sogar gleichzeitig den Rentenantrag stellen konnte, hat diese Sorge nicht mehr. Dabei war damals gerade im Bereich der kleinen und mittleren Verdiener die Möglichkeit der Beitragsnachentrichtung eine der sinnvollsten Neuerungen der, aufs Ganze gesehen, finanziell unverantwortbaren zweiten Rentenreform.

Wenn es um die Witwen geht, ist besonderes politisches Feingefühl angebracht. In der Geschichte der sozialen Sicherung hat man sich, was dies betrifft, nicht übernommen. Witwenrente gab es zunächst nur nach tödlichem Betriebsunfall des Ernährers. Die Unternehmen leisteten Schadensersatz. Die Invalidenversicherung der Arbeiter dagegen zahlte in den ersten Jahrzehnten eine (bescheidene) Rente nur derjenigen Witwe, die nicht „Tagelöhnerarbeit" verrichten konnte. Hinterbliebenenrenten von Angestellten und Bergleuten setzten Erwerbsunfähigkeit nicht voraus und waren auch höher. Erst seit 1949 gibt es auch für Arbeiterfrauen die unbedingte Witwenrente. Aber eine neue Kategorie, die Kriegerwitwe, war hinzugekommen. Zusammen mit ihren Kindern zählte man mehr als zwei Millionen neue Versorgungsberechtigte. Die Frau unter 40 und ohne Kind erhielt 20 Mark, sonst 40 Mark im Monat und 10 Mark für die Halbwaise. Die Mahnung der Sozialreformer, zumindest das irgendwann auslaufende Waisenproblem großzügig zu lösen, solange es noch Zeit war, verhallte ungehört.



Wird ihr Lebensabend angemessen gesichert? FOTO: HENNING CHRISTOPH

Freilich kamen zur Grundrente vielfach Witwenrenten aus der Sozialversicherung hinzu. Der Witwenhaushalt war der typische Fall von Rentenkumulationen. Das bedeutete aber nicht, daß hier der Sozialstaat schon den durchschnittlichen Lebensstandard der Normalfamilie garantierte.

Konrad Adenauer hatte mit der ersten Rentenreform 1957 die absolute Mehrheit für seine Fraktion gewonnen. Bei der zweiten Rentenreform 1972 war das Echo zwiespältig; die CDU/CSU verfehlte den Rückgewinn der Macht.

Darin liegt eine Warnung: daß man die politische Brisanz von Rentenfragen, besonders wenn sie vorwiegend Frauen betreffen, nur törichterweise unterschätzen kann. Dies geschieht etwa, wenn schon in der Koalition darüber gestritten wird, ob auch anderer Unterhaltsersatz, wie etwa aus Beamten-, Standes- oder Zusatzversorgung, angerechnet werden soll. Es empfiehlt sich auch nicht, den Anteil der zukünftig von Anrechnung betroffenen Witwen herunterzuspielen, denn zuverlässig kann er nicht geschätzt werden.

Man muß sich ferner darüber klar sein, daß der Freibetrag, sei er am Anfang tatsächlich 900 Mark, bei nächster Finanzschwierigkeit der Rentenversicherung gefährdet ist. Schließlich gehört zu solcher Art von Neuregelung der Witwenversorgung im Grunde, daß gleichzeitig das Problem der Bezahlbarkeit der heute oft schon unerschwinglichen Plätze im Altenpflegeheim gelöst werden muß.

## IM GESPRÄCH Jerzy Milewski

# Botschafter der Solidarität

Von Joachim G. Görlich

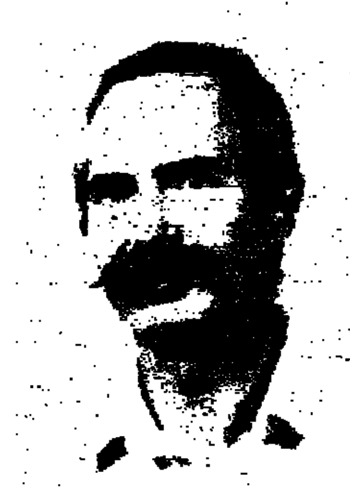
In Brüssel residiert seit dem 1. Juli 1982 ein „Botschafter" der „Solidarnosc" im freien Teil der Welt: Dr. ing. Jerzy Milewski, seines Zeichens Chef des Auslands-Koordinationsbüros dieser Gewerkschaft. Die Wahl auf Brüssel fiel sicherlich nicht von ungefähr: Neben der EG hat hier der Internationale Gewerkschaftsbund seinen Sitz. Das Büro erhält Unterstützung auch von den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften Belgiens.

Der heute 49jährige Milewski wurde in Lopuchowko bei Posen geboren. Er studierte an der technischen Hochschule in Danzig, wo er bald eine wissenschaftliche Karriere machte, die ihn zu Studien an die Universitäten nach Chicago und Stanford führte. Danach folgte die Berufung in die Polnische Akademie der Wissenschaften, Sektion Danzig. Es folgten Reisen nach Marseille, Brüssel, Florida und New Orleans zu internationalen Kongressen.

Der Physiker aber griff auf das Feld der Politik aus: Im Vorstadium der „Solidarnosc"-Ära reaktivierte Milewski die illegale „Polnische Arbeitspartei". Diese christdemokratische Partei gab es noch im ersten Nachkriegsparlament Polens und gibt es seit damals im Exil.

Milewski ist ein Mann der ersten Stunde der „Solidarnosc". Er gehörte dem Danziger Streikkomitee im August 1980 an. Als vorzüglicher Organisator faßte er die Arbeiterselbstverwaltungen der größten Betriebe Polens zusammen. Er war auch Delegierter zur Ersten Landesdelegiertenkonferenz der „Solidarnosc". Dabei arbeitete er weiter an der Wiederzulassung der „Arbeitspartei".

Er stand auf der Liste derjenigen, die am 13. Dezember 1981 zu verhaften waren. Doch er hatte Glück: Genau zwei Tage davor verließ er Polen, um an einer Konferenz für Laserwissenschaft in New Orleans teilzunehmen. Bald darauf gehörte er zu den Gründungsmitgliedern von „Solidarity International" in New York. Es ging darum, den Widerstand gegen die Verhängung des „Kriegszustandes" in Polen im freien Ausland zu organisieren und zu koordinieren.



Physiker mit politischem Gespür: Milewski FOTO DIE WELT

Überall entstanden damals in den westlichen Metropolen „Solidarnosc"-Zentren, gegründet von Gewerkschaftsmitgliedern, die sich zufällig – wie er – im Westen aufhielten. Dann entstand das Koordinationsbüro in Brüssel. Eine Delegiertenkonferenz von „Solidarnosc"-Funktionären wählte Milewski zum Chef des Büros.

Von der Avenue de la Joyeuse pflegt Milewski nicht nur die Kontakte zu den freien Gewerkschaften. Er hat auch einen guten Draht zu den Amerikanern, zur polnischen Exilregierung und den sie tragenden Medien und politischen Parteien, nicht zuletzt aber zu den sogenannten „Kreisen des polnischen Papstes". Man kann auch sicher sein, daß die Kommunisten nicht imstande sind, Kontakte zur Führung der Untergrund-„Solidarnosc" zu unterbinden, ebenso nicht zum „Chef", Walesa. Milewskis Büro versteht sich nämlich weiterhin als Sprachrohr seiner Gewerkschaft im Mutterland.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

**Zum Kießling-Ausschuß heißt es in dem Heidelberger Blatt:**

Es war alles noch viel schlimmer, als es sich selbst die lebhafteste Phantasie auf dem Höhepunkt der öffentlichen Diskussion ausmalen konnte. Die Frage darf heute ruhig nachgeschoben werden, ob Helmut Kohl seinen Minister auch in Kenntnis der heute zutage liegenden Fakten im Amt gehalten hätte. Insofern ist es nicht nur legitim, sondern auch naheliegend, daß die Opposition im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschußbericht nächste Woche erneut die Forderung auf den Tisch legt, Wörner zu entlassen. Sie weiß, daß diesem Verlangen nicht stattgegeben wird. Aber ihre Forderung unterstreicht die Tatsache, daß dieser Minister im Kabinett Kohl eine wacklige Figur bleibt.

### Frankfurter Allgemeine

**Über den Militärischen Abschirm-Dienst heißt es hier:**

Trübsinnig klingt, was über den MAD im Untersuchungsausschuß zum Fall Kießling zum Vorschein gekommen ist. Es handelt sich zwar um Fälle individuellen Versagens von Personen, die mit der Untersuchung der Vorwürfe gegen den General beauftragt waren. Doch zu den Seltsamkeiten des Falles gehört, daß die Untersuchung ohne rechten Auftrag in Gang gekommen war. So wildwüchsig brach sie gelegentlich auch wieder aus den Bahnen der Kontrollierbarkeit. Musterbeispiel ist der wirre Vorfall des „Schulungsberichtes", in dem aus als unbrauchbar erkanntem Material ein fiktiver, romanhafter Schluß zu Übungszwecken erfunden wurde, aber dann den Weg in die echten Akten fand und dort eine Weile sein Unwesen treiben konnte. Der Vorgang, lächerlich und schrecklich zugleich, zeigt, daß etwas mit der Organisation nicht stimmt.

### LE FIGARO

**Bei seinem Besuch in den USA hat Mitterrand nach Ansicht der Pariser Zeitung mit der bisherigen Ostpolitik Frankreichs gebrochen:**

Mitterrand, der wie Washington auf das Gleichgewicht der Atomwaffen in Europa setzt, hat nachhaltig für die Pershing-Raketen und damit für die amerikanische Politik Stellung bezogen. Er übernahm gleichzeitig deren Begründung und deren Folgerungen. Mit dieser engen Verbindung mit der amerikanischen Haltung hat Mitterrand gewiß die Zustimmung der Amerikaner und einen warmherzigen Empfang gewonnen. Er hat aber auch mit der französischen Politik gegenüber dem Osten gebrochen, die bisher von der V. Republik völlig unabhängig entschieden worden ist.

### MAIL ON SUNDAY

**Die britische Wochenzeitung schreibt zum gescheiterten EG-Gipfeltreffen:**

Die großen europäischen Projekte und Visionen, die uns Briten vor zehn oder zwanzig Jahren in Aussicht gestellt wurden, sind verblaßt. Der Gemeinsame Markt hat sich als unrealistischer Traum herausgestellt. Er hat bislang keine Arbeitsfähigkeit bewiesen. Und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß sich die Lage in günstiger Weise ändert. Nun ist die Zeit für einen neuen Anfang gekommen ...

# Berlinguer probte den Aufstand vor der Lateranbasilika

**Der KPI geht es um die Wiedergewinnung ihres stillschweigenden Vetorechts / Von Alfons Dalma**

Ob sechs- oder siebenhunderttausend Menschen an der kommunistischen Kundgebung vom Samstag in Rom teilgenommen haben, ist zweitrangig. Der Papst bringt zwar oft einen ähnlichen Massenauflauf an zwei oder drei Sonntagen zustande, aber die Sammlung der Menge um die Peterskirche ist von anderer Art.

Der Marsch auf Rom vom 24. März 1984 hatte nichts Spontanes an sich, war generalstabsmäßig geplant und klar auf ein politisches Ziel ausgerichtet. Obwohl auch von einer Art Glaubenskraft getragen, stand er nicht im Zeichen der Frömmigkeit. Wie die größte Kommunistische Partei des freien Europa vor der Lateranbasilika den Aufstand übte, darf nicht oberflächlich registriert und dann vergessen werden, nur, weil nichts weiter geschehen ist.

Die mit größtem Aufwand veranstaltete Konzentration des kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsvolkes aus allen Großstädten und Regionen Italiens, um einen Tag lang die Hauptstadt des Landes zu okkupieren und eine Machtdemonstration vorzuführen, war nur der bisherige Höhepunkt in einem Agitationsfeldzug, den Berlinguer und Genossen in den Betrieben, in der Gewerkschaftsbewegung und auf der Straße seit dem Scheitern der Tarifverhandlungen Ende Februar entfesselten – nicht einmal so sehr, wie sonst üblich, gegen die Parlamentsmehrheit, als speziell gegen die sozialistische Regierungspartei und gegen den Sozialisten Craxi als Ministerpräsidenten. In jenem monatelangen Tauziehen konnte die KPI nicht auf die Dauer die antiinflationären Maßnahmen verhindern, nachdem nicht nur Craxi, sondern auch die nichtkommunistischen Gewerkschaftsfraktionen nicht mehr bereit waren, sich den Wünschen der KP unterzuordnen.

Seit dem Anfang der siebziger Jahre war die Kommunistische Partei gewohnt, ein stillschweigend anerkanntes Vetorecht auszuüben. Die Emanzipierung der Craxi-Sozialisten und der Aufstand der Gewerkschaftsmehrheit gegen die bisherige Hegemonie der kommunistischen Minderheitsfraktion haben nun die tragenden Pfeiler der KPI-Macht in Italien erschüttert. Was seitdem geschieht, ist eine Art kalten Bürgerkriegs, mit dem deklarierten Ziel, Craxi zu stürzen, das Land in noch größerem Maße als sonst unregierbar zu machen und das kommunistische Vetorecht wieder herzustellen.

Die Strategie ist deutlich aus den Vorgängen abzulesen. Nachdem der einheitliche Gewerkschaftsverband durch die Mobilisierung der kommunistischen Teilorganisation gesprengt worden ist, hat die Partei auch die Betriebsräte lahmgelegt, indem sich die jeweiligen kommunistischen Fraktionen zu selbstberufenen Arbeiterräten konstituiert haben. Diese haben die Initiative zu den Betriebsversammlungen, Streiks, Straßendemonstrationen und Protestdelegationen auf der lokalen und überregionalen Ebene ergriffen und das Alleinrecht auf die Führung und auf die Vertretung nicht nur der ganzen Belegschaften, sondern ausdrücklich der gesamten Arbeiterklasse usurpiert sowie die ewige Gültigkeit des marxistischen Klassenkampfes – das war auch die Hauptparole des Marsches auf Rom – proklamiert. Mit allen Mitteln der Einschüchterung bemühen sich diese Arbeiterräte, aus den nicht-kommunistischen Bereichen Abtrünnige als Mitläufer zu gewinnen und die große Masse zur schweigenden Mehrheit zu degradieren. Man muß dazu wissen, daß die kommunistische Gewerkschaft nicht mehr als fünfzehn Prozent der italienischen Arbeitnehmer repräsentiert.

Von diesem in Italien vorgeführten Modell der KP-Strategie in einem demokratischen Staat sind mehrere Merkmale festzuhalten. Die Abwicklung eines politischen Feldzuges mit der Manipulierung von Millionenmassen bezeugt die Existenz von vorbereiteten, bis in die Details gehenden Plänen. Berlinguer und Genossen haben den Aufstand geprobt. Im heutigen Italien und mitten im Sicherheitsbereich des Atlantischen Bündnisses ist das zunächst ein steriles Spiel geblieben. Wer garantiert aber, daß nicht eines Tages eine Entstabilisierung und Zustände eintreten könnten, in denen nach dem Muster der Generalprobe in allem Ernst auch die echte Premiere über die Bühne zu bringen wäre?

Die Petrograder Vorgänge von 1917 haben sich in Prag 1948 und anderswo wiederholt, einmal vor dem Hintergrund der Kriegsniederlage und der Ohnmacht der Kerenski-Demokratie, im anderen Fall unter der Okkupation durch die Sowjetarmee und aus der Schwäche der fragwürdigen Benesch-Demokratie heraus. Ausschaltung des Parlaments, Usurpation der Macht durch die Arbeiterräte, Lahmlegung des Staatsapparates, Okkupation der Kommunikationsmittel, Herrschaft der Straße: In der Fähigkeit einer westlichen Kommunistischen Partei, die Voraussetzungen für diesen Mechanismus im Leerlauf vorzuführen, liegt auch die Versuchung, einmal auf Ernst zu schalten.

# San Salvador – eine ruhige Insel im brutalen Krieg

**Draußen im Land gibt es Tote. Armee und Guerrillas liefern sich fast täglich blutige Gefechte. Doch in der Hauptstadt San Salvador ist es ruhig. Auch zu den Präsidentschaftswahlen waren den marxistischen Guerrillas größere Angriffe auf die *Hauptstadt* zu gefährlich.**

Von WERNER THOMAS

Sie sind wieder in Scharen gekommen, die Journalisten aus aller Welt. Die Zeitung „Prensa Grafica" zählte zuletzt 1500. Das Hotel Camino Real gleicht einem hektischen Taubenschlag. Telefone schrillen, Telexe tickern, nervöse Reporter eilen durch die Gänge. An der Bar werden abends Leichenfotos aus der Provinz gehandelt.

San Salvador wirkt einen Tag vor den Präsidentschaftswahlen anders als oft im Ausland angenommen wird. Das Leben der 700 000 Einwohner verläuft verblüffend normal, obgleich seit vier Jahren ein brutaler Krieg herrscht, der schon mehr als 45 000 Todesopfer gefordert hat. Der Konflikt zwischen den Streitkräften und der marxistischen Guerilla-Bewegung Farabundo Marti (FMLN) spielt sich vorwiegend in den östlichen Provinzen San Vicente, Usulatan, San Miguel und Morazan ab. San Salvador ist eine relativ ruhige Insel.

Es gibt kein nächtliches Ausgangsverbot. Die besser gestellten Leute gehen abends aus in die Restaurants entlang dem Boulevard Paseo General Escalon. Auf den Speisekarten fehlen weder Hummer noch Krabben. Die Teenager tanzen bis in die frühen Morgenstunden in den Diskotheken.

Das moderne Einkaufszentrum Metrocentro gegenüber dem Camino Real erfüllt für den, der es bezahlen kann, alle Wünsche. Der Supermarkt verkauft schottischen Whiskey, französischen Kognak und chilenischen Wein. Warenmangel wie in Nicaragua, wo besonders Zahnpasta und Toilettenpapier vermißt werden, kennen die Salvadorianer nicht. Der Schwarzmarkt-Wert des Dollars liegt nur bei 3,90 Colones. Der offizielle Kurs beträgt 2,50:1.

Das Zentrum pulsiert. Ein dichter Fahrzeugverkehr drängt sich durch die engen Straßen und verbreitet Lärm und blaue Abgaswolken. Überall ambulante Händler, die Obst, Bleistifte, Eis oder Lotteriescheine verkaufen. Die meisten Marktfrauen tragen weiße Schürzen. Aus den Plattengeschäften plärrt Rockmusik.

Gleich nebenan beginnt der Plaza Libertad. Dort versammeln sich jeden Morgen arbeitslose Handwerker, die darauf warten, ein paar Stunden angeheuert zu werden. Manche warten schon seit Monaten. Auf der Fahrt in die Vorortbezirke sieht man links und rechts schäbige Blech- und Bretterbuden-Siedlungen. Schweine und Hunde wühlen auf Abfallhalden. Hier hausen die Flüchtlinge aus den umkämpften Provinzen. Fast 100 000 Menschen sind in den letzten Jahren in die Hauptstadt geflohen.

Im höher gelegenen Stadtteil Escalon leben die Leute von der Mittelschicht und die Reichen. Dort ist es kühler, grüner und sauberer. Tropische Hecken blühen. Statt japanischer Autos rollen BMWs, Audis, Golfs und gelegentlich auch Mercedes-Limousinen durch die Straßen. Aber auch bullige Cherokee Chief-Vans mit dunklen Scheiben, die Sicherheitsfahrzeuge der Reichen und Prominenten. Mauern umgeben die meisten Häuser und Fernsehkameras beobachten die Umgebung. Hinter Eisentüren wachen Männer mit Maschinenpistolen.

Von einem Gebäude an der dritten Straße wurde gerade eine Mauer hochgezogen, auf der eine Stacheldrahtkrone sitzt: Die Bonner Botschaft hat ihre Sicherheitsvorkehrungen verschärft, nachdem wieder ein Botschafter in San Salvador dient, Henning Dodenberg (42). Fünf entsandte Beamte des BKA und des Bundesgrenzschutzes sorgen für seine Sicherheit.



**Wahlen in El Salvador: Vor den Plakaten der Christlichen Demokraten (Partido Democrata Christiano) bittet ein Bettler um eine milde Gabe.** FOTO: AP

Die Hauptstadt der mittelamerikanischen Krisennation wirkt diesmal weit ruhiger als vor zwei Jahren bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung. Damals wurde die Bevölkerung jeden Morgen kurz nach vier durch Maschinen-Gewehrstakkato aus dem Schlaf geschreckt. Diesmal sind keine Partisanengruppen nach San Salvador eingedrungen, um den Streitkräften Kämpfe zu liefern. Sie setzten lediglich Busse in Brand und legten Bomben unter Starkstrommasten. Die Elektrizitätsgesellschaft konnte jedoch jeden Schaden schnell beheben.

Die zwischen Bergen eingebettete Hauptstadt, 800 Meter hoch, spürt wenig von diesem Krieg, weil Aktionen gegen San Salvador mit einem zu großen Risiko verbunden sind. Die Ausfallstraßen werden scharf kontrolliert. Es wimmelt von Militärfahrzeugen, auf denen Soldaten mit schußbereiten Waffen sitzen. Im Zentrum patrouillieren Polizeibeamte in Zivil. Verteidigungsminister Carlos Eugenio Vides Casanova meint, daß die Rebellen nicht so schnell einen Angriff wagen. Der General: „Sie wissen wie gefährlich das sein kann."

Das Wochenende stand nicht nur im Zeichen der Wahlen. Am Samstag hat sich auch zum vierten Mal die Ermordung des Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero gejährt. Den ganzen Tag über waren Menschen an der blumengeschmückten Gruft in der Kathedrale versammelt, einem häßlichen, nie vollendeten Backsteinbau, um dem „Apostel der Armen" zu gedenken. Die Leute sangen und sprachen Gebete, manche weinten. Sie sprachen die gleichen Gebete wie an jenem denkwürdigen Palmsonntag, als bei der blutigen Beisetzungsfeier Bomben explodierten und Schüsse fielen und mehr als 40 Personen getötet wurden: „Monsenor, bring uns den Frieden." (SAD)

# Über Satellit und Kabel acht Stunden Privat-TV

**Einen Namen hat das erste bundesweite private Fernsehprogramm noch nicht, aber der Starttermin steht fest: Ab 1. Januar 1985 werden täglich acht Stunden Information, Sport und Unterhaltung ausgestrahlt.**

Von GERNOT FACIUS

Ein Bogen Papier mit einer verwirrenden Fülle gezeichneter Kästchen gehört derzeit zu den bestgehüteten Geheimnissen in Deutschland: Unter dem schmucklosen Arbeitstitel „Viertes Programm" bereiten sich ein Konsortium großer und mittlerer Zeitschriften- und Zeitungshäuser sowie die Frankfurter Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) auf den Einstieg in das Satellitenfernsehen vor; die Kästchen markieren die Angebote der einzelnen Unternehmen für das geplante Vollprogramm.

Am Neujahrstag 1985, etwa gegen 16.15 Uhr, werden erstmals Zuschauer von Flensburg bis zum Bodensee eine bundesweite private Alternative zu den Programmen von ARD und ZDF haben. Vorausgesetzt, sie haben sich einen Kabelanschluß legen lassen und die Bundespost hat rechtzeitig die notwendigen „Empfangsschlüssel" an den „Kabelinseln" installiert.

Das erste überregionale deutsche Privatfernsehen kommt aus dem Orbit. Vom Westkanal („Westbeam") des Europäischen Kommunikationssatelliten ECS 1, den die Länder-Ministerpräsidenten am 23. Februar privaten Anbietern reservieren ließen. Eine muntere Mischung aus Unterhaltung, Sport und Information stellt sich dem Wettbewerb mit den bisherigen elektronischen „Alleinunterhaltern" ARD und ZDF.

## Sitz des Unternehmens in Rheinland-Pfalz

Einen Namen hat das neue, auf täglich acht Stunden angelegte, Vollprogramm noch nicht, aber spätestens mit der Unterzeichnung des Konsortialvertrages in 14 Tagen wird ein plakativer Titel feststehen – und der Sitz des Unternehmens, wahrscheinlich ein Standort in Rheinland-Pfalz. Denn Rechtsgrundlage für das ECS-Konsortium ist bislang das rheinland-pfälzische Gesetz über den Kabelfernseh-Versuch Ludwigshafen.

Das ändert nichts daran, daß die „heimliche Medienhauptstadt" Hamburg ihre Position stärken kann. Die Hansestadt ist Sitz der Redaktions- und Produktionszentrale der Gesellschaft Aktuell Presse-Fernsehen (APF), die am 28. Februar, auf den Tag genau 23 Jahre nach dem berühmten „Fernsehurteil" des Bundesverfassungsgerichts, von 165 Zeitungsverlagen aller Größenordnungen und politischen Schattierungen aus der Taufe gehoben wurde. Am 28. Februar 1961 hatten die Karlsruher Richter privates Fernsehen vor allem mit dem Hinweis auf mangelnde Frequenzen untersagt. Der von Konrad Adenauer initiierten „Deutschland-Fernsehen-GmbH" und „Freies Fernsehen GmbH" wurde ein Ende bereitet. Die Technik hat jetzt diesen medienpolitischen Stillstand von mehr als zwei Jahrzehnten überwunden.

Hamburg, City Nord, Mexikoring 33, diese Adresse steht für ein neues Kapitel deutscher Mediengeschichte. In einem gemieteten Gebäudekomplex nimmt, unter dem Geschäftsführer Gerhard Naeher, einem früheren WELT-Redakteur, die APF am 1. April ihre Arbeit auf. Von hier aus wird das aktuelle Informationsprogramm des ECS-Konsortiums am 1. Januar 1985 über eine Richtfunkstrecke zur Ludwigshafener Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) geschickt. Die AKK wiederum gibt es an den Satelliten weiter, der es in die Kabelnetze abstrahlt.

In neun Monaten läßt sich keine gigantische Zentrale für das Herzstück des ECS-Programms aus dem Boden stampfen. Naeher und seine Leute müssen improvisieren. Der „Produktionsraum" am Mexikoring 33 kann sich auch personell nicht an den Fernsehriesen ARD und ZDF orientieren. „Wir werden weniger Mitarbeiter haben als das ZDF-Regionalstudio Berlin", sagt der APF-Geschäftsführer. Das heißt, weniger als 120 Leute, aus der Presse, aber auch von den bisherigen Monopolisten Erstes und Zweites Programm.

Sind bekannte Namen darunter? „Nein, Friedrich Nowottny ist mit Sicherheit nicht dabei." Die APF bemüht sich, ihrer „News Show" und den anderen Programmteilen eine eigene Identität zu geben. Da könnten „alte Gesichter" sogar irritierend sein für das Publikum.

Naeher gibt sich durchaus selbstbewußt: „Wir haben die Leute auch." Aktiviert werden soll das „gewaltige Korrespondentennetz der Zeitungen", für Kommentare und Berichte. Überhaupt sollen die „Profile der einzelnen Zeitungen deutlich werden", die in der APF zusammengeschlossen sind, „Binnenpluralismus" nach Zeitungsart. Wo die eigene Kraft nicht ausreicht, werden Kooperationen, mit Bildagenturen etwa, angestrebt. Ein „ständig verfügbares Textprogramm", an dessen Konzeption noch getüftelt wird, soll der „Fernsehalternative" zusätzliche Attraktivität geben.

Was die Zahl der Kabel-Anschlüsse angeht, die von den Segnungen des Privat-Programms profitieren werden, so geben sich die APF-Planer zuversichtlich. Nach Auskunft der Post verfügen bereits 550 000 Haushaltungen über einen solchen Anschluß, aber es gibt noch 1,2 Millionen mögliche Anschlüsse, „die aktiviert werden können" (Naeher). Die Existenz zusätzlicher Programme werde die Zahl der Kabel-Interessenten in die Höhe treiben, hofft man. Erst müßten einmal Fakten, also weitere Auswahlmöglichkeiten, geschaffen werden. Ein Argument, mit dem auch der Bundespostminister seine Verkabelungspolitik stützt.



**Hamburgs Bürgermeister Dohnanyi: *Medienpolitische Wende.*** FOTO: DW

Daß Hamburg Sitz der Produktionszentrale einer privaten Fernsehgesellschaft geworden ist, entbehrt nicht der Ironie. Aus der Hansestadt kamen viele Jahre lang die schrillsten Töne gegen das Engagement der Presse in den elektronischen Medien. Helmut Schmidt und der frühere Erste Bürgermeister Hans-Ulrich Klose bestritten Wahlkämpfe mit der Warnung vor dem „Kommerzfernsehen", wie vor zusätzlichen Programmen überhaupt.

## Heute ist Hamburg „hoch erfreut"

Auch Klose-Nachfolger Klaus von Dohnanyi marschierte anfangs im Block der Nein-Sager mit. Aber von Dohnanyi zählte zu den ersten SPD-Politikern, die die medienpolitische Wende der Partei (offiziell: „Kurskorrektur") mittrugen. Der Bürgermeister sprach offen vom „Anspruch der Zeitungsverlage darauf, daß sie sich an den zusätzlichen Rundfunkveranstaltungen beteiligen können und ihnen nicht die Grundlage für ihre Existenz entzogen wird".

Über die Entscheidung, die Redaktions- und Produktionszentrale der APF in Hamburg anzusiedeln, äußerte sich Dohnanyi „hocherfreut". Er appellierte an andere Medien- und Verlagsgruppen, sich ebenfalls für Hamburg zu entscheiden. Der SPD-Fraktionschef in der Bürgerschaft der Hansestadt, Henning Voscherau, meinte, mit der APF-Entscheidung sei „der erste Erfolg der neuen Standortpolitik" des Bürgermeisters „um Haaresbreite noch erreicht worden". Denn in der Auswahl waren auch Städte wie Berlin und München.

Für Hamburg sprach die vorhandene Bandbreite der Kommunikationswirtschaft. Der Stadtstaat versammelt *Printmedien, Rundfunk,* Fernsehen, Ateliergesellschaften, Film- und Schallplattenindustrie, Markt- und Meinungsforschung auf einem Platz. Die fast 30 000 Beschäftigten dieser Bereiche sorgten 1980, so die Statistik der Handelskammer, für einen Umsatz von elf Milliarden Mark. Allein die Verlage der Hansestadt haben derzeit mehr Mitarbeiter als die Werften, die früher eines der Standbeine der Hamburger Wirtschaft waren.

Zur Zeit wird geprüft, ob das Medienzentrum Hamburg nach dem Muster des Teleport New York zu einem Zentrum der Satellitenkommunikation erweitert werden kann, ob die Sende- und Empfangsanlagen künftiger Kommunikationssatelliten auf Hamburg konzentriert werden können.

Noch vor zwei Jahren wären solche Überlegungen rein hypothetischer Natur gewesen. Mehr noch: Im damaligen medien- und technologiefeindlichen Klima wären sie erstickt.

# *Das Handwerk feiert die jungen Meister*

**Meisterfeiern gibt es viele; doch die in Düsseldorf ist etwas Besonderes. Von Handwerkskammer-Präsident Georg Schulhoff als Redner geladen zu werden, ist auch für Spitzenpolitiker eine Auszeichnung. Gestern waren es Ministerpräsident Rau und Arbeitsminister Blüm.**

Von WILM HERLYN

Jungmeister darf sich jetzt der 53jährige Heinz Hommes aus Wachtendonk nennen, der die Meisterprüfung als Gas- und Wasser-Installateur ablegte. 21 Jahre jung und schon Meister seines Faches ist der Friseur Oliver Matschke aus Herzberg. Oder Rotraut Geißler, die 24jährige, die 1977 nach dem Abitur nicht studierte, sondern eine Damenschneiderlehre begann und jetzt als Jahresbestmeister geehrte wurde.

Drei Namen, drei Beispiele für Engagement, das nicht wartet, sondern selbst anpackt. So recht nach dem Geschmack des Präsidenten der Handwerkskammer Düsseldorf, Georg Schulhoff. Der zitiert gern Dante: „Der eine wartet, daß die Zeit sich wendet, der andere packt sie kräftig an und handelt" und scheut sich auch nicht, den abgeleierten Werbeslogan „Es gibt viel zu tun" aufzusagen und dabei Beifall heischend um sich zu blicken. Und er bekommt ihn – wie gestern in der Düsseldorfer Stadthalle bei der traditionellen Meisterfeier.

Die 35. ist es – Schulhoff hat sie mit seiner nun 35jährigen Regentschaft eingeführt. Und die ist ein Ereignis: Nicht nur für die zahllosen Ehrengäste, die sich drängeln, in die Einladungsliste aufgenommen zu werden, sondern vor allem natürlich für die mehr als 5000 Angehörigen des Handwerks, die in diesem Jahr 1951 Jungmeister ehrten.

Es ist das Geheimnis des nun 85jährigen Georg Schulhoff, wie er ranghohe Politiker davon überzeugt, zu „seiner" Feier nach Düsseldorf zu eilen. Immerhin kam 1980 Franz Josef Strauß – damals Kanzlerkandidat –, im vergangenen Jahr war es Bundespräsident Karl Carstens und dieses Mal gab er Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) *die Ehre des Vortrages.* Es ist anzunehmen, daß er im entscheidenden NRW-Wahljahr 1985 wieder einen prominenten Unions-Politiker verpflichten wird, denn der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete machte noch nie einen Hehl aus seiner politischen Überzeugung.

Dabei schont er aber auch seine eigenen Parteifreunde nicht: Arbeitsminister Norbert Blüm erklärte er gestern kurz und bündig: „Sie wollten ja auch erst ausweichen, bis man Ihnen sagte, daß dies hier keine kleine Parteiveranstaltung ist." Und unter großem Beifall setzte er hinzu: „Hier zu sprechen ist für einen Politiker eine Bewährung. Denn hier sitzen Deutsche, die nur dem applaudieren, der sie überzeugt."

Schulhoff nutzte die Gelegenheit, die 35-Stunden-Woche als völlig indiskutabel zu bezeichnen, weil „sie unseren Betrieben 20 Prozent Mehrkosten auflastet". Die Politiker in der ersten Reihe fuhr er an: „Wie soll ich denn die 1951 Jungmeister, die hier im Saale sitzen, zur Selbständigkeit ermuntern, wenn sie sich als Unternehmer wie nützliche Arbeitstiere in einer Freizeit- und Schwarzarbeitsgesellschaft vorkommen müssen?" Allerdings mochte er auch nichts von der von Norbert Blüm favorisierten Vorruhestandsregelung wissen. Damit werde keine merkliche Entlastung des Arbeitsmarktes erzielt werden, meinte er. Blüm hielt dem in einem Grußwort entgegen, mehr Freizeit sei auch ein Geldwert in sich. Er wehre sich gegen die 35-Stunden-Woche, weil sie „keine Feinregulierung" habe, sondern wie eine Dampfwalze über alle Betriebe hinweggehe. Er zeigte das Dilemma auf, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich „Grenzbetriebe über den Abgrund drückt und damit Arbeitsplätze vernichtet. Ginge man aber auf die IG-Metall-Forderung peu à peu ein und führe etwa zunächst nur eine 39-Stunden-Woche ein, werde der „Streß größer, die Pausen eingestrichen und die Fließbänder – wie in Frankreich – schneller gestellt".

Johannes Rau als Festredner verteidigte den Plan seines Kabinetts, einen Bildungsurlaub in Nordrhein-Westfalen einzuführen wie er auch generell für Arbeitszeitverkürzungen eintrat. Aber auch er sprach sich dabei für „Differenzierungen" aus. Es müsse alles getan werden, um einen Arbeitskampf zu vermeiden.

# Späths CDU behauptet ihre absolute Mehrheit

● Fortsetzung von Seite 1

stige Abschneiden seiner Gruppierung, es gebe einen „ganz besonderen Bundestrend", der sich in den bayerischen Kommunalwahlen bereits angedeutet habe. Für entscheidend hielt er, daß der „Ablösungsprozeß von den Regierungsparteien CDU und FDP nicht den Sozialdemokraten, sondern den Grünen zufließt". Das gebe bessere Perspektiven für eine mögliche zukünftige Zusammenarbeit, „die wir anders als in Hessen aus einer stärkeren Position herausführen müssen".

Der Erfolg der Grünen war auch von Lothar Späth mit Enttäuschung quittiert worden. Späth: „Was mich am meisten bedrückt, ist, daß vor allem junge Leute offensichtlich nicht den Protest gegen uns dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie zur klassischen Oppositionspartei gingen, sondern im Grunde an der SPD vorbei gleich zu den Grünen gegangen sind. Das heißt, hier ist eine prinzipielle Opposition gegen die etablierten Parteien entstanden."

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz warnte allerdings davor, dem Südwest-Ergebnis der grünen Konkurrenz nun gleich bundesweite Bedeutung beizumessen. Er sah im liberalen Stammland eher einen Rollentausch zwischen FDP und Grünen.

Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Genscher, appellierte an seine Partei: „Wir müssen uns bemühen, daß unsere Konsolidierungsphase eingeleitet wird." Es sei das natürliche Ziel der Freien Demokraten in Baden-Württemberg gewesen, eine Koalition nach Bonner Muster zustande zu bringen. Dieses Ziel sei nicht erreicht worden. Genscher: „Es ist die Frage, ob es richtig war, daß Lothar Späth seinen Wahlkampf so gegen die FDP konzentriert hat." Und zu der Frage von Leihstimmen an die FDP, wie sie bei Landtagswahlen immer wieder gestellt wird, bemerkte Genscher: „Dieser Test ist bestanden."

Im ähnlichen Sinne äußerte sich auch der FDP-Landesvorsitzende Jürgen Morlok: „Die FDP hat sich gegen einen Wahlkampf der CDU wehren können. Die Diskussion über Leihstimmen ist damit beendet. Eine gute Grundlage auch für die kommenden Wahlkämpfe der FDP im Jahre 1985."

Die FDP ist auch in Baden-Württemberg, „ihrem Stammland", zur vierten Kraft unter den Parteien gesunken. Sie bleibt aber im Südwesten im Gegensatz zur Mehrheit der Bundesländer „parlamentarisch".

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß machte die geringe Wahlbeteiligung bei der baden-württembergischen Landtagswahl für die Stimmenverluste der CDU verantwortlich. „Viele Wähler, die nicht gewählt haben, sind wohl CDU-Wähler", meinte der CSU-Vorsitzende. Bonner Politik habe zwar in der Wahlkampfauseinandersetzung keine Rolle gespielt, „aber vielleicht bei der Wahlbeteiligung". Zum Abschneiden der FDP bemerkte Strauß: „Die FDP hat ihre Krise noch nicht überwunden." Auf die Frage, ob das Ergebnis Auswirkungen auf die Bonner Koalition haben könne, sagte der CSU-Vorsitzende: „So wie ich die Bonner Szene kenne, wird sich dort nichts bewegen." Strauß hatte auch für Stimmenverluste der CSU bei den Kommunalwahlen in Bayern vom 18. März die geringe Wahlbeteiligung als Grund angeführt.

Die Grünen konnten vor allem in Universitätsstädten teilweise sehr hohe Ergebnisse erzielen. So verbesserten sie sich in Tübingen von 14,6 Prozent auf das Spitzenergebnis von 20,6 Prozent. In Freiburg kamen die Grünen auf 16,8 Prozent (12,7), in Konstanz erhielten sie 12,7 (7,4) Prozent der Stimmen.

Für die Zukunft der baden-württembergischen Grünen wird trotz ihres Erfolges, und das klang bereits gestern abend durch, eine grundlegende Standortbestimmung in der Partei zwischen außerparlamentarischer Opposition und Landtagsarbeit notwendiger denn je. Konflikte zeigten sich im Wahlkampf bei der Nominierung der Landtagskandidaten. Die Entscheidung über die umstrittene „Rotation" – den Kreisverbänden überlassen – barg von vornherein Konflikte zwischen „Fundamentalisten" und reformistischen Kandidaten, wie dem Stuttgarter Rezzo Schlauch. Die Demontage der ehemaligen Abgeordneten, allen voran der „Zugpferde" Wolf-Dieter Hasenclever und Winfried Kretschmann, sowie die „Vergeßlichkeit" der Esslinger, den einzigen noch einmal zur Kandidatur bereiten Abgeordneten Holger Heimann rechtzeitig anzumelden, hat selbst bei den treuen Anhängern der Grünen zumindest Kopfschütteln hervorgerufen.

# Der Sieg von Späth ist auch ein Erfolg für Bundeskanzler Kohl

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident für die nächsten vier Jahre heißt wieder Lothar Späth. Erwartungsgemäß gelang es dem seit fast sechs Jahren amtierenden Regierungschef in der Villa Reitzenstein, die absolute Mehrheit der ebenfalls von ihm geführten Union deutlich zu behaupten. Die Versuche aller im Landtag vertretenen Oppositionsparteien (FDP, SPD und Grüne), mit vereinten Kräften die seit zwölf Jahren allein in Stuttgart regierende CDU dieses Mal in die Knie unterhalb der 50-Prozent-Marke zu zwingen, ist von der Mehrheit der Wähler mit einem klaren Nein beantwortet worden. Besonders schmerzlich ist das Wahlergebnis dieses 25. März für die FDP. Sie hatte als einzige Oppositionspartei ausdrücklich das Verlangen geäußert, eine Koalition mit der so heftig kritisierten CDU einzugehen, sofern die „Braut" ihre absolute Mehrheit verliert.



**Einbußen für Lothar Späth und seine Partei**

Dieser Erfolg der baden-württembergischen CDU, der den für die Union ungünstigen Trend bei den Landtagswahlen in Hessen und Bremen im vergangenen Herbst eindrucksvoll stoppt, bedeutet auch für die Bundesregierung, vor allem für Helmut Kohl, eine Stärkung, die sie in diesen turbulenten Wochen gut gebrauchen kann. Er ist vor allem ein persönlicher Sieg des Ministerpräsidenten und seiner ungewöhnlichen, aber im Prinzip erfolgreichen Politik in Land und Bund gleichermaßen.

Denn diese Landtagswahl, die im Gegensatz zu 1980 (als mit Erhard Eppler und der sozialliberalen Koalition in Bonn noch „ernstzunehmende" Gegner vorhanden waren) oder 1976, als Hans Filbinger mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus" den bislang ungebrochenen Rekord für die Union von fast 57 Prozent im Lande hereinbrachte, war vor allem auf die Person Späths zugeschnitten. Die Partei blieb eher diskret im Hintergrund. Die Werbestrategen der Union in der CDU-Zentrale in der Hohenheimer Straße, vor allem aber die in Sachen Publikumswirksamkeit erfahrenen Mitarbeiter der Presseabteilung im Staatsministerium unter Leitung des Sprechers der Landesregierung, Matthias Kleinert, hatten frühzeitig erkannt, daß sich mit Lothar Späth ein seltener Typus eines neuen „Volkstribunen" herausgeschält hat.

Seit der Regierungsübernahme in Stuttgart im August 1978 wurde der neue Chef konsequent als „Ministerpräsident zum Anfassen" erfolgreich „verkauft". Der 46jährige Späth, mit Holger Börner der einzige Länderchef ohne akademische Bildung und dennoch mit einem enzyklopädischen Wissen in zahlreichen Bereichen ausgestattet (vor allem in den Bereichen Wirtschaft, neue Technologien, neue Medien, Wohnungsbau- und Ausländerpolitik), konnte in den 200 Wahlversammlungen, die er in allen Teilen des Landes absolvierte, in einer volkstümlichen Sprache – häufig von schwäbischen spontanen Einlagen garniert – auf ungewöhnliche Erfolge des Landes hinweisen: Nach wie vor habe Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote (sechs Prozent gegenüber zehn bundesweit), das höchste Arbeitnehmereinkommen, die beste Eigentumsquote, die solidesten Finanzen. Das Land zahle ständig Milliardenbeträge an ärmere Bundesländer – „Zahlmeister der Nation" –, habe 25 Prozent aller Forschungskapazitäten im Lande, gebe das meiste Geld für Umweltschutz aus. Diese Superlative, so rief Späth tagtäglich Tausenden von potentiellen Wählern zu, sei nur gewährleistet, wenn die CDU weiterhin alleine regieren könne.

Wohl wissend, daß diese Erfolge – nicht ganz zu Unrecht – seiner pragmatischen und flexiblen Politik zugerechnet werden, hatte Späth auch klipp und klar mit „persönlichen Konsequenzen" gedroht, falls das Wählervolk wider Erwarten der FDP so viele Stimmen zur Verfügung stelle, daß eine Koalitionsbildung in Stuttgart unumgänglich werde: „Mit Lothar Späth geht das nicht", lautete einer seiner Standardsätze, wenn er auf zentrale politische Forderungen der Landes-FDP einging (Ausländer- oder Schulpolitik).

Gleichzeitig hatte Späth, dessen Spürnase für das Volksempfinden besonders stark ausgeprägt ist, eine Art baden-württembergisches Nationalbewußtsein hervorgerufen: Immer wieder forderte er die Bewohner des 1952 gegründeten Südweststaates auf, ähnlich wie die bayerischen Nachbarn, die eigene schwäbische Bescheidenheit aufzugeben und die eigene Stärke nicht mehr unter den Scheffel zu stellen.

Vor allem nicht in Bonn. Denn bei aller Solidarität mit dem Bundeskanzler und Parteifreund Helmut Kohl ist es gerade Späth gelungen, auch nach der neuen Konstellation in der Bundeshauptstadt das eigene Profil nicht nur zu wahren, sondern zu verstärken. Heute zählt die Stuttgarter Regierung im Bundesrat zu den aktivsten Initiatoren zahlreicher bundesweiter Vorschläge und Gesetzesentwürfe. Und dies mit einer Geschwindigkeit, die das Mitmachen und Mitlaufen zu einem Parforce-Ritt werden läßt.

Späth, ein Politiker mit Fortune und Senkrechtstarter, hat in diesem Wahlkampf auch persönlich dafür gesorgt, daß mögliche emotionale Themen vorerst gar nicht erst zur Sprache kommen konnten: etwa das Kernkraftwerk Wyhl, dessen Baubeginn zunächst für die Zeit unmittelbar nach dem Wahltag eingeplant war. Jetzt soll Wyhl nicht vor 1995 gebaut werden. Auch der Ausbau des Stuttgarter Flughafens ist zunächst auf Eis gelegt worden. Jetzt kann Späth die zwei Wahlparolen der CDU in die Tat umsetzen: „Wir in Baden-Württemberg" und: „Kraftvoll in die Zukunft".

# Regierungsbeteiligung bleibt ein Wunschtraum

xhk. Stuttgart

Die baden-württembergische FDP hat ihr Klassenziel nicht erreicht. Der im Verlaufe des kurzen Wahlkampfes immer deutlicher ausgesprochene Wunsch der Liberalen, auch in Stuttgart mitregieren zu können, ist nicht in Erfüllung gegangen. Nach 18 Jahren der Opposition müssen Partei- und Fraktionschef Jürgen Morlok (mit 38 Jahren allerdings ein noch unverbrauchter Politiker in bester Kondition) und seine Mannschaft im Landtag für weitere vier Jahre die harte Oppositionsbank drücken.

Offensichtlich sind die Baden-Württemberger mit der geringen Neigung zu Experimenten und der Vorliebe für bewährte Staatsmänner und Institutionen nicht bereit, einem christlich-liberalen Kabinett ähnlich wie in Bonn ihren „Segen" zu erteilen.

Für Morlok ist diese Niederlage, auch wenn das Verbleiben im Landtag vor allem in der Bonner FDP-Zentrale schon als beruhigend empfunden wird – in Anbetracht der weitaus schlechteren FDP-Ergebnisse bei anderen Landtagswahlen –, besonders schmerzlich.

Denn immerhin gehörte Morlok zusammen mit Hans-Dietrich Genscher von Anfang an zu den „Wende-Machern" in Bonn. In zahlreichen Wahlversammlungen im Südwesten hat Morlok diese Rolle der FDP besonders hervorgehoben: „Wir haben die Wende herbeigeführt, während andere im Lehnstuhl saßen", lautete einer seiner Lieblingssätze. Und: der 25. März sei deshalb „Zahltag". Konkret: die FDP habe sozusagen fast einen Rechtsanspruch darauf, auch in Stuttgart an der Regierung beteiligt zu werden, als „Prämie" für die Einleitung der Bonner Wende.

Vielleicht waren die Angriffe Morloks und seiner Parteifreunde gegen die seit zwölf Jahren regierende CDU bei den Wählern als Schwäche empfunden worden: sie wirkten eher blaß, schließlich wolle man ja der künftigen Koalitions-„Braut" nicht allzu heftig ans Schienbein treten. Im Gegensatz dazu hatte Hauptgegner Lothar Späth nicht die mindeste Rücksichtnahme gegenüber den „ins Schlafzimmer drängenden" Liberalen (0-Ton Späth) genommen. Im Gegenteil, es schien, als seien Franz Josef Strauß und Späth in einem gemeinsamen Anti-FDP-Wettbewerb gewesen.

In diesem Wahlkampf hatte es Morlok besonders schwer: anders etwa als bei der Bundestagswahl mit der Möglichkeit einer Zweitstimmenvergabe für die FDP oder bei der Hessen-Wahl im Herbst vergangenen Jahres, als die CDU die FDP massiv (für manche zu intensiv) unterstützte, mußte die Südwest-FDP diesmal gegen einen übermächtigen Gegner alleine kämpfen. Nicht nur verfügt Späth über den Amtsbonus und einen eingespielten und erfahrenen Werbeapparat in Staat und Partei, sondern er überragte als Redner, Politiker und „Kumpel" alle Gegner haushoch. Insofern hatte auch Morlok keine reale Chance, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen. Allerdings erhoffte sich Morlok durch die Koalitionsofferte an die Union, die eine bislang in Sachen Koalitionsaussage geübte Tradition der Enthaltsamkeit brach, durch die sozialliberale Koalition verschreckte Wählergruppen wieder in den Schoß zurückzugewinnen: vor allem Mittelständler, Landwirte, Altliberale.

Allerdings hat die FDP in einigen Punkten ihres Landtagsprogramms gleichzeitig nicht wenige Wähler gerade in diesem Lande davon abgehalten, ihr Kreuz hinter die blau-gelben Kandidaten zu setzen: so in den Bereichen Ausländer- und Schulpolitik. Zwar hat Ministerpräsident Späth die liberalen Vorstellungen stark verkürzt wiedergegeben: So will die FDP das Kommunalwahlrecht nicht für alle, sondern nur für EG-Ausländer, und auch dies nur bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen. Auch forderte die FDP nicht die Mitbestimmung von elfjährigen Schülern bei der Wahl des Schulleiters (wie von Späth ständig erklärt wurde), sondern die FDP hatte eine Erweiterung der Mitbestimmung von Eltern, Schülern und Lehrern in der Schulkonferenz vorgeschlagen. Diese feinen Unterschiede dem Wählervolk klarzumachen, ist der FDP jedoch in ihrer eher defensiven Wahlkampftaktik nicht gelungen. Zumal Kultusminister Mayer-Vorfelder offenbar weitaus populärer ist, als von der Opposition angenommen wird. Der einzige Trost für Morlok ist vielleicht Ralf Dahrendorfs Wort, daß der FDP eine weitere Oppositionszeit „nicht schadet".

# Die Grünen schafften es auch ohne „Zugpferd"

xhk. Stuttgart

Nach der für die Grünen üblichen Furcht vor Wahlen wurde rasch klar: Die Grünen bleiben – unerwartet deutlich – im Stuttgarter Landtag. Die Angst nicht weniger Ökologen, wenn auch meistens nicht öffentlich ausgesprochen, nach den Auseinandersetzungen in Bund und Ländern, nach eigenen Schlampereien in Baden-Württemberg, erstmalig aus einem Landtag hinauskatapultiert zu werden, ist nicht eingetreten.

Glück im Unglück und einen grünen Schutzengel müssen diese „Alternativen" auch dieses Mal wieder gehabt haben. So wie einst vor vier Jahren, als die ersten sechs grünen Landtagsabgeordneten in einem Flächenstaat sich umarmten und in ihrem Gruppensprecher Wolf-Dieter Hasenclever alsbald ein auch bundesweit respektiertes Zugpferd besaßen.

In diesem Wahlkampf hatten die Grünen bekanntlich alle sechs Landtagsabgeordneten nicht mehr aufgestellt. In fünf Fällen verzichteten die Parlamentarier freiwillig oder aufgrund des Basisdrucks auf eine erneute Kandidatur. Der „Letzte der Mohikaner", Holger Heimann, wurde buchstäblich vergessen: Man hatte die Frist für die Anmeldung verschlafen.

Dennoch zeigten Hasenclever und die anderen ehemaligen Landtagsabgeordneten noch Corpsgeist: Sie kämpften in Wahlveranstaltungen für ihre Partei und baten die Wähler, vor allem junge Erstwähler, trotz aller Fehler und Versäumnisse, die Sonnenblume, das Symbol der Grünen, zu erneutem Blühen zu bringen.

### Glück im Unglück

Glück im Unglück haben die Südwest-Grünen auch deshalb, weil der neue „Spitzenkandidat", ein vor allem von den Medien erfundener Begriff, den die Basisdemokratie der Ökologen gar nicht zuläßt, im wesentlichen die reformistische Politik der abgelösten Parlamentarier weiter betreiben will: Rezzo Schlauch. Der Rechtsanwalt aus Stuttgart aus einer traditionellen schwäbischen Familie stammend, hatte bereits als parlamentarischer Berater der Grünen im Landtag reiche politische Erfahrungen im mühsamen Geschäft der Parlamentsarbeit geleistet. Und der unbekannteste Spitzenkandidat hatte sich, nicht zuletzt dank der verdienten wohlwollenden Berichterstattung durch die Medien landes- und bundesweit, sich in Kürze „gemausert".

Im Gegensatz zur radikal-fundamental-oppositionellen Basis vertrat Schlauch, unterstützt von nicht wenigen Bundestagsabgeordneten, die Gegnerschaft zur Rotation, einer geheiligten grünen Kuh also, die jedoch bei den baden-württembergischen Grünen keineswegs unantastbar ist. Jedenfalls unterstrich Schlauch immer wieder, daß nur drei von 67 Kreisverbänden im Südwesten uneingeschränkt für das Rotationsprinzip der Abgeordneten seien. Auch sonst hat der versöhnliche und moderate Ton von Schlauch auch bei den nicht wenigen eher konservativen Wählern der Grünen in Baden-Württemberg einen guten Eindruck hinterlassen.

### Hilfe von Erstwählern

Ohne den Analysen der nächsten Tage vorzugreifen, kann schon jetzt gesagt werden, daß die große Zahl von Erstwählern (470 000) den Grünen geholfen hat. Denn nach wie vor haben die Ökologen vor allem hier ein ziemlich konstantes Wählerpotential, wie es auch schon die Kommunalwahlen in Bayern verdeutlicht haben.

Schon betrachten sich die Grünen als „dritte Partei", wie sie unmittelbar nach diesen Wahlen im Nachbarland erklärten. Die FDP, so erklärten die Südwest-Grünen, sei in Bayern „auf den vierten Platz" verwiesen worden.

Die „Wadenbeißer"-Funktion der Grünen hat offensichtlich genügend Wähler veranlaßt, ihre Stimme erneut der krisengeschüttelten Partei zu geben. Erst wenige Tage vor der Wahl haben die Grünen eine Klage gegen die Landesregierung beim Staatsgerichtshof eingereicht. Zur Begründung erklärten die Grünen, daß aufgrund einer öffentlich gewordenen Vorlage des Staatsministeriums vom März 1983 hervorgehe, daß die konzeptionelle und inhaltliche Vorbereitung des Wahlkampfes nicht von den zuständigen CDU-Parteigremien, sondern von der Landesregierung „auf Kosten der Steuerzahler" erfolgt sei.

Und obwohl in ihrem eigentlichen Umweltbereich Späth inzwischen zu einem ernsten Konkurrenten geworden ist, wollten die Wähler wohl nicht auf die „Wadenbeißer" im zahmen Stuttgarter Landtag verzichten.

# Der Genosse Trend ließ Lang und seine SPD im Stich

XING-HU KUO, Stuttgart

Die baden-württembergische SPD brauche „einen langen Atem". Nach der Wahl, bei der die Sozialdemokraten sich gegenüber 1980 (32,5 Prozent damals) nur halten konnten, muß dieses Wort des enttäuschten Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ulrich Lang (51) durch den Zusatz „sehr langen Atem" präzisiert werden. Denn nach diesem Ergebnis wird die hiesige SPD, die gemeinsam mit den bayerischen Genossen schon traditionell das Schlußlicht bei vielen Wahlen bildet, zunächst einmal viele Fragen nach den Urasachen dieser Niederlage und den zu ziehenden Konsequenzen beantworten müssen.

Dabei hatte vor dem Wahlsonntag alles zunächst recht optimistisch, wenn auch verhalten geklungen: Da war die frohe Botschaft ausgerechnet aus dem tiefschwarzen Bayern, als die Genossen in München und anderen Ballungszentren bis zu acht Prozent mehr Wählerstimmen bei der Kommunalwahl gewinnen konnten. Und noch nicht vergessen waren die guten Ergebnisse der SPD in Hessen und Bremen im Herbst 1983, auch wenn Holger Börner das Wahlziel der absoluten Mehrheit nicht schaffte. In Stuttgart glaubten Ulrich Lang und „Chefideologe" Sigmar Mosdorf (gleichzeitig Landesgeschäftsführer der Partei) deshalb, der Genosse Trend würde sich in Baden-Württemberg voll durchsetzen.

In der Tat haben Lang, Mosdorf und die anderen Spitzenpolitiker dieses Landes keine Mühe gescheut, die durch Erhard Epplers mehr an linke Gruppen einseitig orientierte, weltverbesserische Politik sowohl personell als auch inhaltlich wieder breiteren Schichten der Bevölkerung schmackhaft zu machen. Erstmalig kandidierte mit Ulrich Lang als Spitzenkandidat – ein Lehrer und Theologe aus einem ländlichen Gebiet mit unverwechselbarer schwäbischer Identität und Mentalität des Grübelns – ein Mann, der es verstand, die einst so zerstrittenen Flügel innerhalb der baden-württembergischen Partei wieder einigermaßen zusammenzukitten. „Integrationsfähigkeit" ist deshalb eine der Eigenschaften, die Lang, ein bundesweit noch relativ unbekannter Politiker, auszeichnet.

Lang gelang es auch, die tiefen Gräben zuzuschütten, die zwischen Eppler und dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt bestanden und sicherlich zu den Mißerfolgen dieser Landespartei beigetragen haben. Nicht umsonst hieß eine CDU-Parole 1980 beim Landtagswahlkampf: „Mit Schmidt und gegen Eppler für und gegen Kernenergie."



SPD-Landeschef Lang konnte das Ergebnis nur halten

Redliche Mühe haben Lang und seine Genossen gezeigt, die Partei auch inhaltlich wieder auf den Boden der Realitäten zu bringen: statt weltpolitische Höhenflüge Rückbesinnung auf die Basis, den Ortsverein. Die Kommunalpolitik rückte wieder in den Vordergrund. Erste Erfolge waren unübersehbar bei OB-Wahlen in Mannheim, Freiburg, Lörrach und anderen Städten des Landes.

Lang und die Spitzenpolitiker erinnerten sich wieder daran, daß sie in Baden-Württemberg wirken sollen: Die Heimatliebe wurde entdeckt, der Staufer-Löwe (in Rot) vereinnahmt. „Zu schön, um schwarz zu sein" lautete eine der SPD-Wahlparolen.

Wichtige, früher vernachlässigte Bevölkerungsschichten wurden erneut angesprochen: Mittelstand und Handwerk, Facharbeiter, Beamte und Angestellte, Ingenieure und Hausfrauen. Demoskopen zeigten einen leichten Aufwärtstrend, verhaltener Optimismus schien der Südwest-SPD angebracht.

Trotzdem: die ehrlichen Bemühungen, sich als „erneuerte" SPD anzubieten, haben sich nicht prozentual ausgewirkt.

Vielleicht ist das Mißtrauen vieler Wähler gegenüber den grün-roten Neigungen des einstigen Vorsitzenden Erhard Epplers, noch zu tief. Vergessen ist offenbar auch noch nicht, daß diese SPD, die im Wahlkampf zwar das Raketen- und Nachrüstungsthema kaum anschnitt, auf ihrem Offenburger Parteitag im September 1983 als erster Landesverband sich geschlossen gegen die Nachrüstung und Raketenstationierung ausgesprochen hatte.

Widersprüchliches in solchen zentralen Aussagen wie der 35-Stunden-Woche haben ebenfalls manche Wähler irritiert: Lang fordert eine „flexible Strategie", sein Vize Siegfried Pommerenke (gleichzeitig DGB-Landesvorsitzender) plädiert für einen „vollen Lohnausgleich". Im Wahlkampfprogramm wurde eine nebulöse Kompromißformel verabschiedet.

Der Pragmatismus der Partei in Sachen neue Technologien, neue Medien, Mittelstands- und Wirtschaftsförderung ähneln inzwischen so sehr den Vorstellungen von Ministerpräsident Lothar Späth, daß einige Wähler gedacht haben: „Warum nicht gleich CDU wählen."

Hinzu kommt, daß Ulrich Lang, der in kleinem Kreise recht gut ankommt, dort verbreitet er eine familiäre und freundschaftliche Atmosphäre, bei Großveranstaltungen eher hilflos wirkt. Gegen „Schwertgosch", wie Hauptrivale Späth auch genannt wird, sind die schwerfälligen „Ja, aber"- und „Sowohl als auch"-Formulierungen Langs nicht sehr hilfreich und überzeugend.

Nach wie vor ist im Lande das Eigentum ein wichtiges Heiligtum, das nicht angetastet werden darf. Dies hat die Landes-SPD auch versucht zu berücksichtigen. Dennoch haben viele Wähler die Forderungen nach Verstaatlichung noch im Ohr, die von vielen Gliederungen der SPD in letzter Zeit gestellt wurden. Späths Warnung, daß die Epplers und Lafontaines im Kommen seien, wurde wohl ernst genommen.

# *Späth trank „erscht mal einen Schluck"*

PETER SCHMALZ, Stuttgart

Da kann einer allem politischen Wetterleuchten zum Trotz die absolute Mehrheit wieder einmal ausreichend klar gewinnen, kann mit seinem Konzept, dem Bonner Koalitionspartner FDP im Wahlkampf eine herbe Abfuhr zu erteilen, im Recht bleiben; als Lothar Späth gestern abend um 19.06 Uhr aber vor dem Stuttgarter Landtag aus seinem hellgrünen Mercedes S-SZ 1645 stieg und die letzten Sonnenstrahlen im Trommelfeuer der Blitzlichter untergingen, da war ihm ein Mensch viel wichtiger als alle Politik. „Jetzt paßt's aber auf, daß meine Frau nicht erdrückt wird", bat der Wahlsieger.

Ob seiner Bitte Folge geleistet wurde, das konnte der alte und neue Ministerpräsident nicht mehr erfahren, die Meute schubste ihn voran in den Gebäudequader, wo ihn Beifall empfing und eine Frau ihm mit Tränen in den Augen die Hand schüttelte: „Glückwunsch."

Nein, nein, schlaflose Nächte habe er nicht gehabt in den zurückliegenden Wochen, und natürlich habe er gewußt, daß die absolute Mehrheit nur knapp zu behaupten sein werde, gesteht Späth jetzt ein und gibt zu, daß ihm nach den ersten Hochrechnungen ein Stein vom Herzen gefallen ist: „I hob erscht mal einen kräftigen Schluck genommen."

Sein Ministerpräsidentenvize Gerhard Weiser, der CDU-Umweltminister, sagt: „Unser Konzept war richtig." Und Lothar Späth bestätigt: Es war klug, auf das Koalitionsangebot der Liberalen nicht einzugehen. Schon in einer ersten Analyse empfindet es der stille Held vom Neckar als beachtlich, daß die abtrünnigen FDP-Wähler nicht zur SPD abgewandert sind, sondern offenbar den Grünen ihre Stimme gegeben haben. So hatte wohl SPD-Chef Willy Brandt vor zwei Tagen auf dem Stuttgarter Marktplatz vergeblich zur Testabstimmung gegen Bonn aufgerufen: „Zeigen wir der Bonner Wenderegierung die rote Karte."

Lothar Späth ist in dieser Wahlnacht sichtlich erleichtert. Ihm war das Risiko für die CDU angesichts der empfindlichen Bonner Sparbeschlüsse bis gestern abend um 18.15 Uhr bewußt. Dann aber war an der absoluten Mehrheit nicht mehr zu zweifeln, und im Landtagszimmer der Grünen biß eine Maid in Latzhosen herzhaft in einen Apfel und schwäbelte: „Des ischt's einzige Schade dabei."

Rezzo Schlauch, der neue grüne Star aus Baden-Württemberg mit Vollbart und Stirnglatze, strahlt vor den Fernsehkameras, lobt seine Wähler als mündig und gibt dann aber doch zu, daß ein besseres als das ohnehin schon gute Ergebnis möglich gewesen wäre: „Ohne die Personaldebatte hätten wir zweistellig abgeschnitten." Und 0,3 Prozent sind ohnehin verlorengegangen durch die Pannen von Esslingen, als die Grünen vergessen haben, die Kandidaten zur rechten Zeit anzumelden und folglich die grüne Liste 4 fehlte.

Dennoch: Den Fraktionsstatus, im Stuttgarter Landtag auf mindestens acht Abgeordnete fixiert, haben die Grünen erstmals erreicht. Am Zimmer der Ökologen kündet ein weißer Zettel bereits die neue Periode an: Die Buchstaben „Gruppe" sind überklebt mit dem Wort „Fraktion". Es etabliert sich, was eigentlich so anders sein will. Da paßt es dazu, daß Rezzo Schlauch auch in dieser Nacht der Rotation noch einmal eine klare Abfuhr erteilt.

Kurz vor 20.00 Uhr greift Ulrich Lang, der unscheinbare SPD-Spitzenkandidat, in seinem Landtagszimmer zum Telefon und wählt die Nummer der Bonner Parteizentrale. Wenig Erfreuliches kann er melden: Genosse Trend, von dem Willy Brandt vor zwei Tagen noch angesichts der bayerischen Kommunalwahl behauptet hatte, er sei „wieder in die sozialdemokratische Partei eingetreten", hat an diesem Sonntag offensichtlich einen freien Tag gefeiert.

Trauer muß die FDP tragen. Niemals nach dem Krieg haben die Baden-Württemberger den Liberalen ihre Zuneigung so entzogen wie gestern. Rund um den Landtag kleben auf den FDP-Plakaten noch rote Zettel: „Späth-Morlok-Koalition – deshalb FDP", da muß drinnen im Gebäude der 38jährige FDP-Landeschef Jürgen Morlok seine Niederlage verbrämen mit der matten Bemerkung, die Absicht der CDU, die FDP kaputtzumachen, sei nicht aufgegangen. Doch da hat die umworbene Braut das vergebliche Liebeswerben der Liberalen längst abgehakt und feiert ihren erneuten absoluten Sieg mit einem 81er Grunbacher Wartbühl Riesling Kabinett.

## Giftgaseinsatz im Golfkrieg doch fraglich?

AP/dpa, **Paris/Moskau**

Derzeit wegen angeblicher Verletzungen durch chemische Waffen in Europa in Behandlung befindliche Iraner sollen nach Berichten französischer Zeitungen nicht im Krieg mit Irak zu Schaden gekommen sein. Das Pariser Boulevardblatt „France Soir" meldete am Freitag, daß es sich bei den Iranern nicht um Soldaten, sondern um Zivilisten handele. Sie seien am 19. Februar bei einer Explosion in einer von Frankreich gebauten petrochemischen Anlage in der Stadt Marc-Dacht in Iran verletzt worden. „Le Monde" veröffentlichte einen ähnlichen Bericht. Eine Sprecherin des ehemaligen iranischen Ministerpräsidenten Bachtiar erklärte am Freitag, die Zeitungsberichte entsprächen der Wahrheit. Irak hat bisher immer bestritten, im Krieg gegen Iran chemische Kampfmittel eingesetzt zu haben. Ebenfalls hat die Sowjetunion bestritten, Irak mit chemischen Waffen zu beliefern. Mit solchen Vorwürfen versuchten gewisse Regierungskreise in Teheran, so die Gewerkschaftszeitung „Trud", ihre Appelle für einen Krieg bis zum Ende zu rechtfertigen. Der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, sagte, Iran werde im Golf-Krieg mit dem Einsatz von C-Waffen beginnen, wenn Irak weiterhin derartige Waffen gegen iranische Streitkräfte einsetze.

## CDU gegen Auflösung der Erfassungsstelle

AP, **Wolfenbüttel**

Die CDU/CSU sieht keine Gesprächsgrundlage zur Auflösung der zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen zur Registrierung der in Ost-Berlin und in der „DDR" begangenen Gewaltakte in Salzgitter, solange die Ostberliner Führung den Schießbefehl anordne, die unmenschlichen Grenzbefestigungen unterhalte und politische Justizverurteilungen gestatte. Dies erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer am Samstag auf einer Tagung des Bundes der Vertriebenen in Wolfenbüttel. Er wandte sich gegen entsprechende Überlegungen des stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden, Ronneburger.

## Deutlicher Sieg für die ÖVP in Salzburg

AP, **Salzburg**

Bei den Landtagswahlen im österreichischen Bundesland Salzburg hat die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer an der Spitze am Sonntag einen deutlichen Sieg errungen und im Landesparlament zum erstenmal seit 1949 die absolute Mehrheit erzielt. Nach Auszählung aller abgegebenen gültigen Stimmen gewann die ÖVP zwei Mandate hinzu und verfügt nunmehr über 19 von 36 Sitzen. Die Sozialistische Partei (SPÖ) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) büßten je ein Mandat ein. Sie verfügen jetzt über 13 beziehungsweise vier Sitze.

Für die FPÖ ist das Ergebnis deshalb schmerzlich, weil sie auch ihren einzigen Sitz in der Landesregierung verlor. Demnach werden aufgrund des Aufteilungsschlüssels der neuen Salzburger Regierung vier Vertreter der ÖVP und drei der SPÖ angehören. Für die beiden Koalitionspartner in der Bundesregierung in Wien war das Salzburger Ergebnis eine kalte Dusche. Wohl war mit leichten Stimmenverlusten gerechnet worden. Sie waren jedoch noch höher, als an der Mandatsverteilung abzulesen ist. Gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 1979 gewann die ÖVP 4,5 Prozent hinzu und errang 50,1 Prozent. Die Sozialisten verloren 3,9 Prozent.

## *Das Londoner Protokoll und die Elbgrenze*

H. KAMPHAUSEN, **Wiesbaden**

Für den Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, ist der Verlauf der innerdeutschen Grenze im Elbe-Abschnitt „noch nicht hinreichend geklärt". So las man es in der vorigen Woche in einem Hamburger Magazin. Er führte weiter aus: „Die Unterlagen sind so schwierig und so diffizil, daß man in der Tat eine längere Prüfungszeit dazu haben muß ..."

Diese Prüfungszeit ist jetzt nicht mehr nötig, denn ein wissenschaftliches Institut in Berlin hat festgestellt, daß die Karte zum Londoner Protokoll vom 12. September 1944 identisch ist mit einer Karte, die 1941 in Deutschland gedruckt worden ist. In dieser Karte sind die Provinzgrenzen im Elbe-Abschnitt am Nordostufer des Flusses eingezeichnet. Seit 1973 wird in der Gemeinsamen Grenzkommission nach dem Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag die innerdeutsche Grenze festgestellt und markiert. In der „Erklärung zum Protokoll über die Aufgaben der Grenzkommission durch die beiden Delegationsleiter" heißt es unter Ziffer 1: „Der Verlauf der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt sich nach den diesbezüglichen Festlegungen des Londoner Protokolls vom 12. September 1944 ..."

### Angebot nicht verständlich

Spätestens seit elf Jahren ist den Beamten der Bonner Delegation in der Grenzkommission dieser alles beherrschende Satz für ihre Arbeit bekannt. Aber augenscheinlich haben sie es nicht für nötig befunden, sich mit dem Londoner Protokoll ausgiebig zu befassen. Wenn sie das nämlich im Bewußtsein ihrer Verantwortung für das Territorium der Bundesrepublik Deutschland getan hätten, wäre es nie zu dem unverständlichen Angebot unsererer Delegation in der Sitzung der Grenzkommission in Schwerin am 2. und 3. Juli 1974 gekommen.

In dem Protokoll dieser Sitzung heißt es unter anderem: „Penzlein (Schreibweise?) (der damalige stellvertretende Delegationsleiter Ostberlins):'Sie haben mündlich erklärt, daß wir ausgehen sollten von der Mitte des Flusses. Wir haben nichts dagegen, wenn wir das schriftlich festhalten ...'." Aus dieser Protokollnotiz geht also eindeutig hervor, daß die Delegation der Bundesrepublik Deutschland den Vorschlag machte, die Mitte des Flusses als Grenze anzusehen.

Dr. Günther Pagel, damals Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium und Leiter der Bonner Delegation, bestätigte die Aussage des Volkmar Penzlein ausdrücklich. Im Protokoll liest sich das so: „Dr. Pagel:'Ich halte das auch für gut.'"

Daß die „DDR"-Delegation seither darauf besteht, die Grenze im Elbe-Abschnitt in der Mitte des Flusses festzustellen, wird dadurch erklärlich. Aber Grundlage für die Feststellung der innerdeutschen Grenze ist und bleibt das Londoner Protokoll der „Europäischen Beratenden Kommission" vom 12. September 1944. Und dieses Dokument ist im Hinblick auf den Grenzverlauf zwischen Schnackenburg und Lauenburg – wie jetzt feststeht – eindeutig. Die Grenze wurde von den Delegationsleitern in der Europäischen Beratenden Kommission, Sir William Strang für Großbritannien, John Winant für die USA und Fedor Gusev für die Sowjetunion, auf dem Nordostufer der Elbe von Schnackenburg bis kurz vor Dömitz, von dort das Amt Neuhaus umfassend, ostwärts Lüneburg wieder den Fluß erreichend, bis Lauenburg am Nordostufer verlaufend in die sogenannte „MAP A" eingezeichnet.

Diese Karte ist das wichtigste Dokument des Londoner Protokolls. Denn beim Festlegen der Zonengrenze ging man zwangsläufig von einer Karte aus. Um kartographische Fehler zu vermeiden, bediente sich die Kommission einer deutschen Karte. Wie das „Institut für angewandte Geographie und Kartographie der Freien Universität Berlin" jetzt feststellte, ist die in London für die MAP A verwendete Karte identisch mit der Karte des Statistischen Reichsamtes mit dem Titel „Die Verwaltungsbezirke des Deutschen Reichs" mit dem „Gebietsstand vom 2. August 1941". Diese Karte nun weist die Provinzgrenzen zwischen Brandenburg und Hannover und zwischen Mecklenburg und Hannover eindeutig auf dem Nordostufer des Flusses aus. Die entsprechenden kartographischen Grenzzeichen, nämlich Punkt Strich Punkt, sind einwandfrei zu erkennen.

Die Alliierten haben also genau diese Grenzmarkierung auf der von ihnen benutzten Karte nachgezeichnet. Als dann im Juli 1945 die Engländer das Amt Neuhaus, ein ostwärts der Elbe gelegener Teil des Regierungsbezirks Lüneburg, den Russen überließen, wurde die Grenze in diesem Abschnitt genauso wie in den anderen Elbe-Abschnitten an das Nordostufer verlegt. Die in Worte gefaßte Grenzbeschreibung lautet dann auch: „Ostzone, das Gebiet Deutschlands (einschließlich der Provinz Ostpreußen), das östlich der Linie liegt, die ihren Anfang nimmt an dem Punkt in der Bucht von Lübeck, an dem die Grenzen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg zusammentreffen, entlang der Westgrenze von Mecklenburg zur Grenze der Provinz Hannover verläuft und weiter entlang der Ostgrenze von Hannover zur Grenze von Braunschweig ..." Diese Grenzbeschreibung entspricht exakt dem Grenzverlauf auf der Karte des Statistischen Reichsamtes„Die Verwaltungsbezirke des Deutschen Reiches"von 1941.

### Argumente sind hinfällig

Alle Argumente der Bonner Delegation der Gemeinsamen Grenzkommission für die These, daß der Verlauf der innerdeutschen Grenze im Elbe-Abschnitt nur schwer festzustellen sei, weil der Stift, mit dem die Grenze in der MAP A eingezeichnet wurde, zu dick gewesen sei oder daß die historischen Grenzen an verschiedenen Stellen den Fluß übersprangen, sind hinfällig. Ausgangspunkt für die von den Alliierten in London 1944 festgelegten Grenzen muß die Karte sein, die die Grundlage für die MAP A bildete. So wie in dieser Karte die Provinzgrenzen eingezeichnet sind, so haben die Herren Strang, Winant und Gusev die Zonengrenze festgelegt.

Es ist verwunderlich, daß die Beamten des Bundesinnenministeriums und des Innerdeutschen Ministeriums nicht allein auf die Idee gekommen sind, die Ausgangskarte zu konsultieren. Oder lagen 1974, auf dem Höhepunkt der Entspannungs-Euphorie, Weisungen von der damaligen Regierung vor, in der Elbgrenzfrage der „DDR" entgegenzukommen? Das wäre dann ein bewußtes Abweichen vom Grundlagenvertrag und Zusatzprotokoll gewesen.

Es könnte aber auch an der Unfähigkeit der Beamten des Bundesinnenministeriums und des Innerdeutschen Ministeriums gelegen haben, daß das wichtigste Dokument des Londoner Protokolls, nämlich die Karte, nicht genau genug betrachtet worden ist.

## Vorstand berät FDP-Programm

**„Freiheit für jedermann" bleibt Ziel der Liberalen / Warnung vor Ausbau des Sozialstaates**

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Der FDP-Bundesvorstand will auf seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Grundsatzprogramms billigen. Er soll dann auf dem Parteitag in Münster Anfang Juni verabschiedet werden.

Das von der 35köpfigen Programmkommission unter Leitung von Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer erarbeitete „Münsteraner Manifest" besteht nach WELT-Informationen bisher aus der Präambel, einem bildungs- und kulturpolitischen sowie einem gesellschaftspolitischen Teil. Es soll eine Fortschreibung der Freiburger Thesen von 1971 und eine aktualisierte Zusammenfassung einzelner Programme aus dem zurückliegenden Jahrzehnt sein.

Irmgard Adam-Schwaetzer, die auf dem Parteitag ihr Amt als FDP-Generalsekretär niederlegen wird (WELT v. 18. 1.), will das Programm „mit einer richtungsweisenden Rede" einbringen. Sie geht allerdings davon aus, daß die voraussichtlich demnächst vom stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Gerhart Rudolf Baum geleitete Kommission „über den Parteitag hinaus Aufgaben haben" wird. So geht es unter anderem noch um wirtschaftspolitische Aussagen der Freien Demokraten. Die „Thesen zur liberalen Tätigkeitsgesellschaft" wurden zwar bereits fertiggestellt, sollen aber auf dem Parteitag noch nicht verabschiedet werden.

In dem Grundsatzprogramm-Entwurf heben die Liberalen hervor, daß für sie weiterhin das Ziel heiße: „Freiheit für jedermann". Selbst in der Bundesrepublik Deutschland sei „die Freiheit in einer zunehmend verwalteten Welt ständig bedroht durch bürokratische Selbstherrlichkeit und Machtanspruch von Verbänden, durch den konservativen Ordnungsstaat ebenso wie durch den sozialistischen Planungsstaat". Es dürfe daher nicht auf den Staat „zuerst" ankommen: „Gegen alle Katastrophenfurcht und Zukunftsangst setzen die Liberalen darum das Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen, aus freier Verantwortung eine friedliche Welt zu gestalten."

In 23 „Grundsätzen liberaler Bildungs- und Kulturpolitik" wird festgeschrieben, daß in Breiten- und Hochbegabtenförderung keine Gegensätzue oder Alternativen zu sehen seien. Vielmehr lägen darin „selbstverständliche Anwendungsformen des Prinzips individueller Förderung".

Das Papier knüpft dabei an die seit Ende letzten Jahres von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher geführten Diskussionen um die Elitenbildung an. Dazu heißt es, die Bundesrepublik Deutschland sei als Industrienation „auf ein hohes Leistungsniveau der gesamten Bevölkerung angewiesen, um ihren Platz im internationalen Wettstreit behaupten zu können und um die Existenz und die Zukunft ihrer Bürger zu sichern".

Eingeräumt wird, daß bei der Reformpolitik nicht „Fehlentwicklungen in einzelnen Bereichen zu leugnen" seien. Allerdings habe liberale Bildungspolitik keine Programm- und Zieldefizite, sondern vielmehr „Handlungs- und Umsetzungsdefizite". Unter dem Stichwort „Perspektiven" fordern die Freien Demokraten dabei, daß das Ziel der Schulen nicht allein reine Wissensvermittlung sein dürfe. So verlangen sie Schulen, die von der Größe her überschaubar sind und eine menschliche Architektur haben. Für die Lehrer solle es unter anderem möglich werden, nach sieben Jahren Schuldienst ein sogenanntes „Sabbatjahr" zur Weiterbildung einzulegen, das von ihnen durch Ansparungen größtenteils selbst finanziert werden soll.

Gerade die Hochschulen müßten in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, mehr Flexibiliät und mehr Autonomie in Haushaltsfragen erhalten und je nach Studienschwerpunkt differenziert gefördert werden.

Auf den auf zwölf Seiten zusammengefaßten „Gesellschaftspolitischen Grundsätzen" bekennt sich die FDP zur sozialen Marktwirtschaft. Mitbestimmung müsse „auch im Interesse der Akzeptanz techhnologischen Fortschritts und wirtschaftlicher Mitbeteiligung der Arbeitnehmer" gestärkt werden. Das gelte auch für „die soziale Absicherung gegen die Existenzrisiken, aber auch eine Familienpolitik, die die Lebensfähigkeit und Erziehungskraft der Familien" verbessert.

Die Freien Demokraten treten dafür ein, die Voraussetzung für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Unternehmen fortzuentwickeln. Sie fordern deshalb Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, „sich der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen insbesondere im eigenen Betrieb verstärkt anzunehmen".

Verlangt wird schließlich eine Abkehr von den starren Arbeitszeitformen. „Zur Liberalisierung des Arbeitslebens gehören auch gleitende Arbeitszeit, variable Regelungen bei der Jahres- und Wochenarbeitszeit, flexible Altersgrenzen bei der Lebensarbeitszeit mit fließenden Übergängen vom Erwerbsleben in den Ruhestand."

Gewarnt wird vor einem Ausbau der Sozialleistungen „ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Realitäten und die Leistungsfähigkeit der Beitragszahler". Denn dies würde die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, Arbeitsplätze gefährden oder diese in die „Schattenwirtschaft" verlagern. Zur Familienpolitik heben die Liberalen in ihrem Entwurf hervor, daß sie diese „als Bevölkerungspolitik" ablehnen: „Die Entscheidung für Kinder muß die höchstpersönliche Entscheidung zweier Menschen bleiben. Sie darf aus liberaler Sicht nicht durch staatliches Handeln bestimmt werden."

## Die Jugend hat die „DDR" entdeckt

**22 000 junge Leute reisten 1983 in 840 Gruppen in den anderen Teil Deutschlands**

BERND HUMMEL, **Eschwege**

Die Jugendlichen in der Bundesrepublik, scheint es, haben die „DDR" als Reiseland entdeckt. Denn: mit 22 000 jungen Leuten, die in 840 Gruppen in den anderen Teil Deutschlands fuhren, wurde im Vorjahr eine bislang noch nie erreichte Zahl errechnet.

Kein Zweifel: die nach dem Regierungswechsel eingeleiteten Bemühungen zur verstärkten Behandlung der deutschen Frage im Schulunterricht und die erweiterte finanzielle Förderung für „DDR"-Reisen zeigen erste Erfolge. Das belegt die sprunghaft gestiegene Zahl von Klassenfahrten in die „DDR", die 1982 nicht einmal 200 Reisen mit etwa 5000 Teilnehmern ausmachte und die im Vorjahr auf das Dreifache anstieg. Insgesamt wurden 630 Schulklassen mit 16 500 Teilnehmern registriert, die zu Studienzwecken nach drüben fuhren.

Zur Verbesserung der Gesamtbilanz trugen auch Absprachen zwischen dem Bundesjugendring und verschiedenen Jugendverbänden mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der „DDR" bei, durch die letztlich die Voraussetzungen für den Jugendaustausch geschaffen wurden. Zwar machen sich die Aufenthalte von 38 „DDR"-Jugendgruppen mit 1220 Teilnehmern, die zu Urlaubsaufenthalten in die Bundesrepublik fahren durften noch bescheiden aus, dennoch wird für dieses Jahr mit einem weit höheren Kontingent gerechnet.

Bei der Gesamtentwicklung des Reiseverkehrs, der sich im Vorjahr mit etwas mehr als 2,2 Millionen Reisenden zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" sowie 1,7 Millionen Reisenden von West-Berlin in den anderen Teil der Stadt und in die „DDR" nur geringfügig veränderte, fällt die gestiegene Rate von Tagesaufenthalten auf. Hatte die Erhöhung der Mindestumtauschsätze im Oktober 1980 im darauffolgenden Jahr mit 280 000 Tagesbesuchen in den Nachbarkreisen der „DDR" noch einen empfindlichen Rückgang bewirkt, so konnten im Vorjahr bereits 30 000 Tagesbesucher mehr gezählt werden.

Großzügiger als bisher wurden im Vorjahr durch die „DDR"-Behörden die Besuchsgenehmigungen bei dringenden Familienangelegenheiten erteilt. Immerhin konnten mehr als 64 000 „DDR"-Bürger zu familiären Anlässen in die Bundesrepublik fahren, 20 000 mehr als im Jahr zuvor. Dennoch wird in Bonn Kritik an der Entscheidungspraxis für Reisen in Familienangelegenheiten geübt, da Anträge oft abgelehnt werden, obwohl die Voraussetzungen für eine Genehmigung erfüllt sind. Dabei komme es, heißt es, „immer wieder zu Entscheidungen von empörender Rücksichtslosigkeit".

Unverändert hielten die „DDR"-Behörden auch an der seit Jahren geübten Praxis fest, Angehörigen bestimmter Personengruppen aus der Bundesrepublik die Einreise zu verweigern. Betroffen waren davon vor allem Personen, die mit Genehmigung aus der „DDR" in die Bundesrepublik umsiedeln durften oder jene, die Kontakte zu übersiedlungswilligen Familien in der „DDR" unterhalten. Auch ehemalige „DDR"-Flüchtlinge wurden von den Grenzposten in einer Vielzahl von Fällen an der Einreise gehindert. Kommentar der Bundesregierung: „Die hohe Zahl von Einreiseverweigerungen und die Benachteiligung ganzer Personengruppen ist unvereinbar mit dem Geist und den Zielen der geschlossenen Verträge."

Unter dem Stichwort Fremdenverkehr allerdings, also im touristischen Bereich glauben Experten gar eine „besonders bemerkenswerte Steigerung gemessen an der allgemeinen touristischen Entwicklung" ausgemacht zu haben. Tatsächlich stieg im Vorjahr das Buchungsvolumen der Gruppen und Einzelreisen um etwa 10 Prozent. Trotz vergleichsweise hoher Preise entschlossen sich rund 165 000 Einwohner aus der Bundesrepublik und West-Berlin zu einer Touristenreise zum deutschen Nachbarn.

Die Reiseveranstalter, die dem deutsch-deutschen Reisemarkt Chancen für größere Zuwächse einräumen, haben jedoch Hürden auf dem touristischen Weg in die „DDR" ausgemacht: „Die hohen Übernachtungspreise vorwiegend in den Spitzenhotels der Großstädte und das geringe Hotelangebot in den Mittel- und Kleinstädten der „DDR"," so ihre Klage, „wirken sich hemmend auf die Einzelreisen aus."

Trotz aller Hemmnisse wertet die Bundesregierung die Reisebilanz des Vorjahres positiv: „Das Interesse auf beiden Seiten ist größer geworden."

## Tschernenko nahm Botschaft Reagans nicht entgegen

SAD, **Washington**

Mit nicht geringem Erstaunen nahm Washington am Wochenende einen Bericht der „New York Times" zur Kenntnis, wonach sich der sowjetische Parteichef Tschernenko geweigert hat, eine private Botschaft Präsident Reagans entgegenzunehmen. Amerikanische Sowjetexperten werten diesen Vorgang als ein weiteres Zeichen für die zunehmende Verhartung in den Beziehungen zwischen Washington und Moskau. Zuvor hatten Reagan und Tschernenko zweimal Briefe gewechselt.

General Brent Scowcroft, der Reagans Schreiben überbringen wollte, wurde von Tschernenko gar nicht erst empfangen. Scowcroft, der autorisiert war, den Inhalt des Schreibens mündlich zu erläutern, erhielt während seines Aufenthalts in Moskau keine Erklärung für die Verweigerung einer Audienz bei Tschernenko. US-Experten in Washington können sich nicht erinnern, daß je ein Abgesandter eines amerikanischen Präsidenten auf solche Weise brüskiert worden wäre.

Eine ähnliche Abfuhr erfuhr auch General David Jones, der frühere Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte, als er darum bat, mit maßgebenden Vertretern der militärischen Führung der Sowjetunion sprechen zu können. Jones und Scowcroft waren als Mitglieder der „Dartmouth-Gruppe", einer privaten amerikanischen Diskussionsrunde, in die Sowjetunion gereist. Die Amerikaner waren zufällig zur selben Zeit in Moskau wie die Bonner SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel und Egon Bahr. Während die Deutschen bei Tschernenko vorgelassen wurden, mußten sich die amerikanischen Besucher mit Gesprächspartnern aus dem zweiten Glied zufriedengeben.

## Abrüstungsgespräche diplomatischer Art

SAD, **London/Washington**

Nachdem Moskau im November 1983 die offiziellen Genfer Abrüstungsverhandlungen abgebrochen hatte, sind die sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsgespräche trotzdem nicht vollständig zum Erliegen gekommen. US-Außenminister George Shultz und der sowjetische Botschafter Anatolij Dobrynin haben die Abrüstungsverhandlungen auf diplomatischer Ebene fortgesetzt. Wie die Londoner „Sunday Times" aus Washington meldet, hat auch Vize-Außenminister Lawrence Eagleburger kürzlich mehrere Gespräche mit Dobrynin geführt.

## Wollte der Kreml Argentinien helfen?

SAD, **London**

Die Sowjetunion hat Argentinien während der Falkland-Krise im Frühsommer 1982 angeboten, den britischen Flugzeugträger „Invincible" durch ein U-Boot zu versenken. Dies erklärte der frühere US-Außenminister Alexander Haig in seinen Memoiren, mit deren Vorabdruck der Londoner „Sunday Telegraph" begonnen hat. Moskau habe dem damaligen argentinischen Staatspräsidenten Galtieri angeboten, daß er die Versenkung des Flugzeugträgers dann für die argentinische Marine in Anspruch nehmen könne.

Das amerikanische Außenministerium bezeichnete Haigs Mutmaßungen als unglaubwürdig. Das britische Verteidigungsministerium betonte, daß es keinen Torpedoangriff auf die „Invincible" gegeben habe. An Bord des Trägers befand sich damals Prinz Andrew, ein Sohn der englischen Königin.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs NJ 07632.

# „Marsch auf Rom“ zielte gegen Craxi

## KPI widersetzt sich Lohndekret / Auch die DC attackiert

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die politische Lage in Italien scheint sich trotz des Vertrauensvotums, mit dem der Senat das Anti-Inflationsdekret der Regierung gebilligt hat, aufs neue zuzuspitzen. Der sozialistische Ministerpräsident Craxi sah sich in den letzten Tagen gleichzeitigen Angriffen an verschiedenen Fronten ausgesetzt.

Im Parlament mußte er sich gegen scharfe Attacken der Kommunisten, proletarischen Einheitssozialisten, Demoproletarier und Neofaschisten zur Wehr setzen. Auf den Straßen Roms mobilisierten die kommunistischen Gewerkschaftskader am Samstag 700 000 Demonstranten gegen das Regierungsdekret, das in die Automatik der gleitenden Lohnskala eingreift. Und im Lager der fünf Regierungsparteien (DC, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) schließlich machte sich spürbar Unruhe breit. Der christdemokratische Parteisekretär De Mita warf Craxi „Übertreibungen“ vor, und auch bei den Republikanern wurden kritische Stimmen laut.

In Rom fragt man sich daher, ob die Tage des ersten sozialistischen Regierungschefs *in der Geschichte* des Landes schon wieder gezählt sind. Offensichtlich wächst sowohl bei den Kommunisten als auch bei den Christdemokraten und Republikanern die Aversion gegen Craxi im gleichen Ausmaß, in dem es diesem gelingt, durch seinen entschlossen wirkenden Führungsstil in der Bevölkerung an Ansehen zu gewinnen. Er fordert dadurch alle Konkurrenzparteien auf der Linken und in der Mitte der politischen Spektrums heraus, die wohl befürchten, bei den bevorstehenden Europa-Wahlen Stimmeneinbußen zugunsten der Sozialisten zu erleiden.

### Vertrauen im Senat

Die Attacken im Senat konnte Craxi am Freitagabend zunächst abblokken. Er stellte die Vertrauensfrage und unterlief somit auf der einen Seite die kommunistische Obstruktionstaktik gegen das Lohndekret und erzwang auf der anderen Seite die Geschlossenheit des Regierungslagers, da die namentliche Abstimmung jedes „Heckenschützen“-Manöver unzufriedener Christdemokraten oder Republikaner unmöglich machte. Das Dekret muß jetzt allerdings bis Mitte April auch noch von der Abgeordnetenkammer gebilligt werden, wo die Linke bereits Opposition mit allen Mitteln angekündigt hat.

Der ursprünglich als Aktion zur Beeinflussung der Senatsdebatte konzipierte „Marsch auf Rom“ blieb zwar parlamentarisch ohne direkte Auswirkung, entwickelte sich aber zu einer der größten Arbeiterdemonstrationen in der Geschichte des Landes – vielleicht zur bisher größten überhaupt. Unter Einsetzung ihres gesamten Organisationsapparates gelang es den Kommunisten, 700 000 Demonstranten zu mobilisieren. Sie kamen aus dem ganzen Land in 35 Sonderzügen und Tausenden von Omnibussen in die Hauptstadt. Von sechs Sammelpunkten aus zogen sie in einem Sternmarsch auf den riesigen Platz vor die Lateransbasilika, wo der kommunistische Generalsekretär der CGIL-Gewerkschaft, Luciano Lama, die Rücknahme oder eine mit allen Gewerkschaften ausgehandelte totale Neufassung des Lohndekrets forderte.

### Jugend im Visier

Partei- und Gewerkschaftsführung waren deutlich darauf bedacht, einer radikalen Ausuferung der Demonstration vorzubeugen. Lama gab sich in seiner Rede insofern gemäßigt, als er Forderungen nach einem Generalstreik zurückwies und für die Wiederherstellung der Einheit mit den sozialistischen und christdemokratischen Gewerkschaftern plädierte, die sich an dem „Marsch“ nicht beteiligt hatten.

Der Ordnungsdienst der Gewerkschaften und der KPI sorgte in Zusammenarbeit mit einem starken Polizeiaufgebot dafür, daß die „autonomen“ Gewerkschaften nicht die von ihnen angekündigten Krawalle inszenieren konnten. Die in den Demonstrationszügen mitgeführten Transparente und die Slogans der Demonstranten vermittelten den Eindruck, daß man im Gegensatz zu allen bisherigen Demonstrationen dieser Art weniger die Christdemokraten als die von Craxi repräsentierte junge Generation pragmatischer Sozialisten im Visier habe.

Craxi und seine Führungsmannschaft waren gleichzeitig auch das Ziel von ersten Angriffen aus dem Koalitionslager. DC-Sekretär De Mita verpackte seine Kritik in einem Lob. Craxi, so sagte er, realisiere die Wirtschaftspolitik der Christdemokraten, übertreibe dabei freilich gelegentlich.

Der neue DC-Vizeparteisekretär Bodrato, ein alter Befürworter des Dialogs mit der KPI, warf dem Ministerpräsidenten „Entscheidungsaktivismus“ vor.

Craxi antwortete gestern morgen prompt im „Avanti!“. Er bezeichnete De Mitas Kritik als „ebenso böswillig wie unberechtigt“, und fragte sich, was von der Tatsache zu halten sei, daß diese Kritik ausgerechnet in einem Augenblick vorgebracht werde, in dem „die kommunistische Opposition ihr ganzes offensives Machtpo*tential* gegen die *Regierung* mobilisiert“.

Seite 2: Berlinguer probte Aufstand

# Raketen-Debatte gefährdet die Koalition im Haag

## Lubbers unter Druck von Parteifreunden und Kirchen

BODO RADKE, Den Haag

Die innenpolitischen Voraussetzungen für einen Beschluß der niederländischen Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen über eine Beteiligung Hollands an der NATO-Nachrüstung sind unsicherer denn je. Der christlich-demokratische Premierminister Ruud Lubbers steht unter wachsendem Druck der Kirchen und eigener Parteifreunde, für eine Verhinderung der im NATO-Programm ab 1986 vorgesehenen Stationierung von maximal 48 Marschflugkörpern (Cruise missiles) auf niederländischem Territorium zu sorgen.

Für das 14-Millionen-Volk der Holländer ist das „Raketenthema“ nun bereits seit mehr als fünf Jahren Streitpunkt Nummer eins. Zwar hatte die niederländische Delegation im Dezember 1979 den NATO-Doppelbeschluß im Prinzip mitgetragen, sich aber gleichzeitig eine Bedenkfrist von zwei Jahren erbeten für die Bereitschaft, neue atomare Waffensysteme auch auf holländischem Boden bei einem Scheitern der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zu stationieren.

Eine Entscheidung Den Haags wäre also im Dezember 1981 fällig gewesen. Doch sie steht bis heute aus. Angesichts der Stimmung in der Bevölkerung versuchte jede der seither aufeinanderfolgenden Regierungen, auf Zeitgewinn zu spielen.

### Christdemokraten uneins

Nach Meinung Lubbers' und besonders seiner liberal-konservativen Koalitionspartner ist ein solches Verhalten nicht länger vertretbar. Gegen heftigen Widerstand aus den Reihen seiner eigenen Partei legte er sich Anfang dieses Jahres darauf fest, daß im kommenden Juni die Entscheidung zunächst im Kabinett und dann im Parlament fallen müsse.

Seither rumort es noch heftiger im Lager der Christdemokraten. Von vornherein war es deutlich gewesen, daß das „Raketen-Thema“ die Partei und ihre Parlamentsfraktion zutiefst spaltet. Vieles deutet darauf hin, daß der Flügel der prinzipiellen Gegner der NATO-Nachrüstung inzwischen an Einfluß gewonnen hat.

Das „Nein“ oder die Stimmenthaltung nur weniger christlich-demokratischer Abgeordneten würde aber genügen, um eine Bereitschaftserklärung der Regierung im Parlament zu Fall zu bringen.

Die Linksparteien von den Kommunisten über Pazifisten und andere Splittergruppen bis zu den Sozialisten lehnen eine Stationierung ab.

### Nijpels droht

Geschlossen dafür sind nur die Liberal-Konservativen. Deren Fraktionschef Ed Nijpels hat bereits mit der Aufkündigung der Regierungskoalition gedroht, wenn es seinem christlich-demokratischen Amtskollegen de Vries nicht gelingen sollte, seine Leute zur Raison zu bringen.

Das ginge aber nur durch die Verhängung einer straffen Fraktionsdisziplin, die sowohl den Traditionen niederländischen Demokratie-Verständnisses als auch einigen Artikeln der Verfassung widerspräche. „Niemand kann Abgeordnete zwingen, ihre tiefste moralische Überzeugung zu verleugnen“, erklärte de Vries. Trotzdem stehen ihm Gerichtsverfahren ins Haus, wenn er nicht binnen zwei Wochen ganz formell das Abstimmungsverhalten bei der Stationierungsvorlage als eine Angelegenheit bezeichnet, über die jeder christlich-demokratische Parlamentarier ganz persönlich entscheiden soll. So verlangen es jedenfalls mehrere Aktionsgruppen von Parteimitgliedern der Christdemokraten. Wenn ihre Forderung nicht erfüllt wird, wollen sie den Fraktionschef wegen Verfassungsverletzung verklagen.

Unzweideutig gegen eine Beteiligung Hollands an der NATO-Nachrüstung haben sich in den letzten Tagen auch die Synoden der beiden größten calvinistischen Religionsgemeinschaften ausgesprochen – der Hervormde Kerk mit 2,75 Millionen Mitgliedern und der Gereformeerde Kerk mit 850 000 Gläubigen. Allerdings bleibt offen, inwieweit die Haltung der Synodalen repräsentativ ist für die Stimmung unter dem Kirchenvolk. (SAD)





SIEMENS

# Hannover-Messe – der Anlaß, mit Siemens über Elektronik zu sprechen




Informationen schneller verarbeiten, Energie sparsamer nutzen, Produktivität steigern – mit Elektronik viele Probleme besser lösen. Die Chancen, die diese Schlüsseltechnologie uns allen bietet, wollen wir Ihnen an Beispielen für innovative Anwendungen der Elektronik verdeutlichen:

**Chips und Kommunikation**
Ein sprachgesteuertes Dolmetscher-System bearbeitet Reisebuchungen. Elektronische Expertensysteme mit »künstlicher Intelligenz« beantworten im Dialog Fragen aus verschiedenen Sachgebieten; dazu eine Videotelefon-Anlage.

**Chips und Gesundheit**
Ein Kernspintomograph zeigt faszinierende Bilder aus dem Innern des menschlichen Körpers; daneben der jetzt im Dialog programmierbare Herzschrittmacher und neue »Im-Ohr«-Hörgeräte.

**Chips und Produktion**
SINUMERIK, SIMATIC, SILAMATIK, Robot Control, VIDEOMAT... Im Automatisierungsverbund mit einem Prozeßrechner demonstrieren zwei multifunktionale Roboter den aktuellen Stand flexibler Fertigungssysteme.

**Chips und Haus**
Komfort und Sicherheit zuhause: ein Modell zeigt per Telefon ferngesteuerte Heizung, Infrarot-Schalten und -Dimmen, Einbruchalarm, Brandalarm, Wasserwächter. SIMAS-EL – einfach per Steckdose melden, wachen, schalten; dazu elektronisch gesteuerte Hausgeräte und die neuesten Entwicklungen der Unterhaltungselektronik.

**Chips und Auto**
Über 60 mal Elektronik im Auto: von der Sprachein- und -ausgabe über Zündwinkelsteuerung und ABS bis zum elektronischen Dashboard. Funktionsfähig in einem richtigen Auto.

**Chips und Jugend**
Elektronik »zum Anfassen«: junge Besucher können vorbereitete kleine Steuerungsprogramme im Dialog mit dem Computer entwickeln, elektronische Schaltungen aufbauen und über Bildschirmtext Fragen an Siemens stellen. Am 8. April wird eine Reihe von Veranstaltungen speziell für junge Leute stattfinden.

**Chips und Kunst**
Der Computer als Werkzeug menschlicher Kreativität steht im Mittelpunkt der Vorführungen am 6. und 7. April: Musik und Grafik, Holografie und Bühnenbeleuchtung, Science fiction-Film und Tonverfremdung – ein Festival elektronischer Ästhetik.

**Besuchen Sie die Sonderschau ›Chancen mit Chips‹ auf dem Siemens-Stand in Halle 11**

**Siemens auf der Hannover-Messe '84:**
**Halle 1**
Siemens im Büro – Kommunikations- und Datentechnik
**Halle 11**
Sonderschau ›Chancen mit Chips‹
Bauelemente
Energie- und Automatisierungstechnik
Installationstechnik
Kommunikationstechnik
Nachrichten- und Sicherungstechnik

Wir informieren Sie ausführlich über unser Ausstellungsprogramm durch Bildschirmtext * 32075 #. Oder schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 112-12, Postfach 156, 8510 Fürth 2.

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## *Sicher nach Teheran*

„Alitalia: Iran-Flüge gefährlich“; WELT vom 5. März

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in Ihrer Ausgabe vom 5. März 1984 erschien oben genannter Artikel, der mit der Überschrift fälschlicherweise als Meinung der Alitalia und nicht als die eines unserer Piloten dargestellt wird.

● Auf der Route nach Teheran verkehren die Flugzeuge der Alitalia sowie die aller anderen Luftverkehrsgesellschaften der Welt unter voller Beachtung der Sicherheitsbestimmungen für den zivilen Luftverkehr der ICAO (International Civil Aviation Organization).

● Zur Zeit wird Teheran von den größeren europäischen Luftverkehrsgesellschaften mehrmals wöchentlich angeflogen. Die Gesellschaften Deutsche Lufthansa, Swissair, British Airways, Air France, Alitalia stehen in ständiger Verbindung untereinander zum Austausch flugtechnischer Informationen.

● Seit der Wiederaufnahme der Flugverbindungen nach Teheran im Jahre 1979 wurden alle Flüge der Alitalia als auch der anderen Gesellschaften wie geplant durchgeführt.

● Das gesamte Gebiet Irans wird regelmäßig von allen Luftverkehrsgesellschaften der Welt auf den Strekken von und nach Europa und dem Fernen Osten überflogen.

● Die Flugzeuge, die Iran auf den Standardstreckenführungen überfliegen, haben, außer einer ständigen Überwachung durch Radar der iranischen Flugsicherung, hochentwickelte und peinlichst genaue Navigationsinstrumente an Bord, mit welchen ohne jegliche Bodenfunkhilfe jederzeit die Position ermittelt werden kann. Die von Alitalia auf diesen Strecken eingesetzten Flugzeuge verfügen über drei voneinander unabhängige Navigationssysteme, die eine sofortige automatische Positionskontrolle während des Fluges ermöglichen.

● Oberster Grundsatz jeglicher Handlung der Alitalia-Gruppe ist die absolute Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen.

*Hochachtungsvoll*
*Egidio Petrini,*
*Direktor für Öffentlichkeitsarbeit und Presse der ALITALIA in Deutschland, Frankfurt*

## *Besser als Gurt?*

„Leserbrief: Freiheit und Verantwortung“; WELT vom 16. März

Wenn der Verfasser in der Frage „Gurt ja oder nein“ von einer pervertierten Freiheit spricht und die etwa 20 000 Toten, einige zigtausend Unfallverletzten sowie die Milliarden Folgekosten, für die die Allgemeinheit aufzukommen hat, den „Gurtmuffeln“ anlastet, so heißt das doch die Dinge auf den Kopf stellen.

Wie weit sind wir vom gesunden Menschenverstand entfernt, wenn wir bei der Beurteilung einer derartigen Frage vergessen, daß wir in der Bundesrepublik seit Beginn der ungebremsten Automobilisierung, also seit etwa 30 Jahren, jährlich bis zu 20 000 Tote und eine halbe Million Verletzte, insgesamt also in dieser Zeit eine halbe Million Tote und 10 Millionen Verletzte sowie eine Summe von nahezu 600 Milliarden (eine halbe Billion) Kosten, auf dem Altar einer pervertierten Freiheit geopfert haben.

Wesentliche Ursache für das Chaos in der Umwelt, wozu natürlich auch die 20 000 Verkehrstoten und die zigtausend Verletzten zu rechnen sind, ist doch gerade die pervertierte Freiheit der unbegrenzten und ungestaffelten Geschwindigkeit auf den Straßen der Bundesrepublik.

Amerika läßt auf seinen Autobahnen nur eine Geschwindigkeit von 100 Kilometern zu, und das bei einer Siedlungsdichte von nur 20 Menschen auf den Quadratkilometer, und kennt die Perversion der Gurtanschnallpflicht nicht. Wir in Westdeutschland haben mehr als die zehnfache Siedlungsdichte – etwa 250 Menschen pro Quadratkilometer – und leisten uns die Perversion der unbegrenzten Geschwindigkeiten.

Trotzdem wagt es kein deutscher Verkehrsminister, an das Verkehrsgeschwindigkeits-Tabu zu rühren.

*Mit freundlichen Grüßen*
*K. Neupert, Schmalenbeck*

## Wort des Tages

» Nicht durch Worte, aber durch Handlungen zeigt sich wahre Liebe und Treue. Vertrauen und Achtung, das sind die beiden unzertrennlichen Grundpfeiler der Liebe, ohne welche sie nicht bestehen kann; denn ohne Achtung hat die Liebe keinen Wert und ohne Vertrauen keine Freude. «

Heinrich von Kleist, dt. Autor (1777–1811)

# Personalien

## GEBURTSTAGE

**Karl Schiess**, Innenminister des Landes Baden-Württemberg von 1972 bis 1978, feierte gestern seinen 70. Geburtstag. Schwerpunkt der politischen Arbeit des früheren Innenministers waren die Neuorientierung der Städtebau- und Wohnungspolitik sowie die Unterbringung der Spätheimkehrer. Die Landesregierung von Baden-Württemberg gibt zu Ehren von Schiess und des früheren Finanzministers **Robert Gleichauf** am 5. April einen Empfang im Neuen Schloß in Stuttgart. Robert Gleichauf wird am 4. April 70 Jahre.

## AUSZEICHNUNG

Der Mediziner Professor Dr. **Erne Maier** wird heute auf der 57. Internationalen Schuhmesse in Düsseldorf mit der Verleihung des „Goldenen Absatzes“ geehrt. Mit diesem Preis werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um den deutschen Schuh verdient gemacht haben. Maier, der von 1976 bis 1983 Leiter der Gesundheitsabteilung im Sozialministerium Rheinland-Pfalz war, erhält die Auszeichnung für seine wissenschaftliche Grundlagenarbeit an dem WMS-Kinderschuhsystem und dessen Durchsetzung in der deutschen Schuhindustrie. Das Weiten-Maß-System dient der Vorbeugung von Fuß- und Haltungsschäden im Kindesalter.

## POLITIKER

Mangelndem Geschichtsbewußtsein junger Menschen hilft Ernährungsminister **Ignaz Kiechle** nach. Der Minister war verschiedentlich in seinem Büro fotografiert worden, in dem die schwarz-rot-goldene Fahne der Bundesrepublik Deutschland aufgestellt ist. Jetzt schrieb eine Schülerin an Kiechle, sie würde gerne dem Beispiel des Ministers folgen und in ihrem Kinderzimmer auch eine solche Fahne aufhängen. Postwendend ließ der Minister ihr eine kleine Bundesfahne zukommen.

---

Statt Karten

**Herr Dr. Paul-Detlef Clausen**

geb. am 2. 12. 1905 gest. am 22. 3. 1984

verließ uns heute nach einem langen, glücklichen gemeinsamen Leben. Er war der Mittelpunkt unserer Familie.

**Alice Clausen geb. Horsmann**
**Claus Clausen mit Familie**
**Ingrid Schulte Clausen mit Familie**
**Ilse Schmidt Clausen**

2341 Faulück, den 22. März 1984
Alte Schule

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 28. März 1984, um 14.00 Uhr in der Kirche zu Rabenkirchen statt. Anschließend Überführung zur Einäscherung.

Wir bitten das Trauergefolge an der anschließenden Kaffeetafel im Gasthaus Boddelhoch teilzunehmen. Statt freundlich zugedachter Kränze und Blumen bitten wir um eine Spende zugunsten der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Kto. Dresdner Bank AG Kiel, BLZ 21 080 050, Kto.-Nr. 1 095 900.

---

Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. trauert mit seinen Mitgliedern um den Verlust seines ehemaligen Hauptgeschäftsführers

**Dr. Herbert Lauterbach**

* 1. August 1901 † 23. März 1984

Der Verstorbene hat die Geschäfte des Verbandes vom 1. 4. 1938 bis 31. 12. 1966 geleitet. Er hat während dieser Zeit und noch darüber hinaus in seinem Ruhestand maßgeblich an der Gestaltung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung mitgewirkt. Er wird allen, denen er während seines langjährigen Wirkens im Dienste unserer sozialen Sicherheit verbunden war, wegen seiner hohen fachlichen Qualifikation und seines menschlichen Vorbilds in guter Erinnerung bleiben.

**Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V.**
**Langwartweg 103, 5300 Bonn**

Dem testamentarischen Wunsch des Verstorbenen entsprechend soll die Beisetzung im engen Familien- und Freundeskreis stattfinden.

---

















**DIE WELT**
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

# Die SPD regt sich vorsichtig auf dem Feld der Sicherheitspolitik

## WELT-Gespräch mit Egon Bahr / Nachdenken über neue Prioritäten der Europapolitik

PETER PHILIPPS, Bonn

Nach einem gewissen Abschlaffen der sicherheitspolitischen Diskussion innerhalb der SPD in der Folge der Entscheidungen über den NATO-Doppelbeschluß werden erste vorsichtige Regungen auf diesem Feld wieder sichtbar. Dabei wird das Bemühen deutlich, den Beginn der westlichen Nachrüstung als historisches Datum zu nehmen (Egon Bahr zur WELT: „Die Entscheidung Nachrüstung gehört der Geschichte an"), als innerparteilichen Streitpunkt weitgehend abzuhaken und auf der Basis der geschaffenen Fakten ein Konzept zu suchen, das die in West und Ost stationierten Raketen „wegbringt" (Bahr) und die Partei sicherheitspolitisch wieder stärker eint, als es heute noch von außen gesehen möglich scheint, vielleicht von Helmut Schmidt bis Oskar Lafontaine.

### Europäer ohnmächtig

Sichtbar wird auch, daß man nicht erneut den Fehler begehen will, in den Verdacht des Antiamerikanismus zu geraten. Der stellvertretende SPD-Faktionsvorsitzende Horst Ehmke drückte dies vor wenigen Tagen im kleinem so aus: Man solle doch die „Bauchschmerzen", die man mit der Reagan-Administration habe, „besser proeuropäisch als antiamerikanisch definieren". Auch Bahr, der in einem Gespräch mit der WELT selbstbewußt sagte, daß er es „satt habe, jede Woche zu betonen, daß ich für Sicherheit mit Amerika bin", verlagert die Probleme weitgehend auf die europäischen Schultern: Die europäische „Kritik" an den Amerikanern sei häufig ausgesprochen „kindisch" und weitgehend „nur der Ausdruck der europäischen Inkompetenz". Da gehe es häufig, vor allem wenn über die politischen Aktivitäten Washingtons an den Krisenherden in aller Welt geklagt werde, nach dem Motto: „Je weiter ich von der Entscheidung weg bin, desto leichter fallen mir Lösungen ein." Dabei seien die Europäer ohnmächtig, auch nur in ihrem „Vorgarten" im Nahen Osten tätig zu werden.

Bahr leitete daraus in dem WELT-Gespräch die Überlegung ab, ob man die bisherigen Prioritäten der Europa-Politik nicht umkehren solle. Bisher sei man davon ausgegangen, in Westeuropa erst einmal zu einer Wirtschaftsgemeinschaft, dann zu einer politischen zu kommen, der auch der militärische Teil folgen werde. Bahr: „Vielleicht sollte man mit der Sicherheitspolitik beginnen, die dann den Zwang zur politischen Einheit bringen könnte." Er wolle nicht ausschließen, daß die SPD dies auch in den Europa-Wahlkampf einführen könnte zur Motivation der Bürger für die europäische Idee.

Bahr wie Ehmke setzen für die Realisierung einer stärkeren europäischen Sicherheitspolitik aber in erster Linie auf die Westeuropäische Union (WEU) als Kern dessen, was Kennedy einst – von SPD-Parteichef Willy Brandt regelmäßig ins Gedächtnis gerufen – die „europäische Säule" der NATO nannte. Die Union, die nach dem Scheitern der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegründet wurde, feiert im Oktober ihr 30jähriges Bestehen.

Das Fest soll zum Anlaß neuer sicherheitspolitischer Aktivitäten genutzt werden. Wie Bahr berichtete, gebe es eine deutsch-französische Politikergruppe auf Parteiebene, die von ihm und dem Parteisekretär der französischen Sozialisten, Jacques Huntzinger, geleitet werde und sich intensiv mit diesen Fragen beschäftige. Im Mittelpunkt stehe dabei die Vorstellung, daß die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich den „Nukleus" bei der Revitalisierung Europas bilden müßten. Und die Franzosen seien auch in einem „Denkprozeß" was eine mögliche Verteidigungsgemeinschaft angehe. Dies dürfe aber keine „Feigenblatt-Affäre" sein, eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik als Partner der USA verlange auch die „Identität des Risikos".

Gerade die Überlegungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, in dem Ehmke auch einen „ernsthaften" Kandidaten als zukünftigen Außenminister sieht – was Bahr nach eigenen Worten auch nur freuen würde –, fielen in der SPD auf fruchbaren Boden und fanden „im Prinzip" breite Zustimmung. Dabei faßte Ehmke die Differenzen in den Satz, daß man „nicht alles wortwörtlich nehmen" dürfe, Kissinger habe den Europäern (in der Fußball-Sprache) eine „Steilvorlage" geben und psychologisch bewirken wollen, daß die Europäer in den USA keinen „Hemmblock" für eigene Überlegungen sehen brauchten.

Für Bahr stellt Kissinger die „richtige Diagnose" aber seine Therapie hat grundsätzliche Mängel:

1. Es sei eine Schwäche des Vorschlags, daß „Europa eben bisher nicht Europa ist".

2. Er beschränke sich auf den westlichen Bereich, als „ob man dies alles machen könnte, ohne daß sich im Osten etwas ändert".

### Bundeswehr eine ausgezeichnete Armee

Aber grundsätzlich einig ist er mit ihm über die Verstärkung der europäischen konventionellen Verteidigungsanstrengungen, an deren Anfang laut Bahr eine „realistische Bedrohungsanalyse" stehen müsse. Wenn sich daraus ergeben sollte, „daß das mehr kostet, dann muß man bereit sein, dafür zu zahlen". Die Einschätzung der eigenen verteidigungsfähigkeit in der Bundesrepublik Deutschland reiche oft „an den Rand des Defätismus". Dabei sei die „Bundeswehr eine ausgezeichnete Armee", einen „Sparziergang" des Warschauer Paktes zum Rhein könne es schon heute nicht geben. Zum Beispiel hätten die Israelis auf den Golan-Höhen 1200 syrische Panzer sowjetischer Bauart zum Stillstand gebracht, und dies schaffe auch die Bundeswehr allemal.

Auffällig ist, wie nach den Auseinandersetzungen um die Nachrüstung in der SPD jetzt auch die weitgehende Übereinstimmung mit der Mehrheit der Regierungskoalition in Sicherheitsfragen betont wird. Ehmke brachte das auf die Formel: „Ich finde das gut, daß die Deutschen relativ einer Meinung sind."

# Kompromiß zwischen FDP und Union

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Koalitionsparteien von CDU/CSU und FDP wollen jetzt endgültig gemeinsam einen Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Nebentätigkeit von Beamten im Parlament einbringen. Damit soll nach gut dreijährigen Beratungen „eine verfassungsgemäße Regelung" erreicht werden, meinte der beamtenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Burkhard Hirsch. Nachdem sich die CDU/CSU bereits auf einen Kompromißvorschlag verständigt hat, wollen die bei der FDP zuständigen Arbeitskreise Wirtschaft sowie Innen und Recht auf einer gemeinsamen Sitzung am Dienstag nächster Woche ebenfalls ihre Arbeiten an dem Entwurf beenden. Dabei geht es gegenwärtig praktisch nur noch um die Begründung der Novelle, die für die Einbringung des Gesetzes notwendig ist

Mit den neuen Vorschriften über die Nebentätigkeit von Beamten würde nach den Worten von Hirsch zum ersten Mal eine für alle Länder einheitliche Regelung erreicht. Damit würden für den gesamten öffentlichen Dienst „die gleichen Spielregeln" gelten, die schon im Bundesbeamtengesetz festgelegt sind und dort noch zusätzlich ausformuliert werden sollen. „Wesentlicher Inhalt" der Novelle sei es, eine „restriktive, vernünftige und tragbare Regelung" zu erreichen. In einem WELT-Gespräch meinte Hirsch weiter, daß mit dem vorliegenden Kompromißvorschlag eine Lösung auf dem Tisch liege, mit der „niemand über Gebühr" eingeengt werde und die „klare Verhältnisse" bringe.

Ein bereits vorliegender Gesetzesentwurf der SPD zu diesem Thema entspricht nach den Worten des FDP-Politikers „in den wesentlichen Punkten" den Vorstellungen der Regierungskoalition. Er sei in wichtigen Teilen Überlegungen nachgebildet, die vor Jahren im Innen- und Rechtsausschuß des Parlaments entwickelt worden waren. Allerdings hält Hirsch die in der SPD-Vorlage erhobene Forderung für „rechtlich zweifelhaft", nach der unter Berufung auf die Arbeitsmarktlage einem Beamten eine Nebentätigkeit erforderlichenfalls verboten werden soll. Das Kompromiß-Papier der Koalition stellt dagegen als Grund für eine Untersagung auf öffentliche Interessen ab.

# Reise der Queen ist voller Risiken

## Nach Anschlag in Amman / Aber Frau Thatcher billigt den umstrittenen Besuch

FRITZ WIRTH, London



„Kriegerischer" Schutz für Königin Elizabeth FOTO WEREK

In der „Tri Star"-Maschine der Königin ist ein Anti-Raketensystem eingebaut. Zum Begleitpersonal gehören neben „Ladies in Waiting" und sonstigen erlesenen Hofbediensteten die härtesten, bestausgebildeten und schonungslosesten Soldaten im Lande, Männer des SAS, das „Special Air Service", die vor vier Jahren die iranische Botschaft in London stürmten und von den Terroristen in Ulster gefürchtet werden.

Niemals zuvor ist ein britisches Staatsoberhaupt in Friedenszeiten mit derartigem kriegerischen Schutz durch die Welt gereist. Der Flug geht nach Jordanien, und den Briten ist nicht wohl bei dem Gedanken an mögliche Fährnisse und Risiken.

Seit Wochen wird in Zeitungsartikeln Sinn und Nutzen dieses Staatsbesuchs zum verwandten jordanischen Königshaus in Frage gestellt. Als am Samstag morgen im Zentrum Ammans eine Bombe explodierte und eine weitere unschädlich gemacht werden konnte, sahen sich der Buckinghampalast und die Regierung plötzlich unter starkem Druck, den Besuch in letzter Minute abzusagen.

Premierministerin Margaret Thatcher rief ihren Verteidigungsminister Haseltine und Außenminister Sir Geoffrey Howe zu dreistündigen Beratungen auf ihren Landsitz nach Chequers. Nach Konsultationen mit dem Hof, den jordanischen Gastgebern und dem britischen Botschafter in Amman beschloß man, der Königin „grünes Licht" für ihre Reise zu geben.

Sie trifft heute in Amman ein und bleibt fünf Tage lang in Jordanien. Ihr Besuchsprogramm bleibt streng geheim. Frau Thatcher und ihre Berater kamen zu dem Schluß, daß eine Absage der Reise für den Gastgeber beträchtlichen politischen Schaden anrichten könnte. Sie könnte den Eindruck erwecken, als sei König Hussein nicht im vollen Umfang Herr im eigenen Lande.

Andererseits gab es für die britische Regierung gute Gründe, um die Sicherheit der Königin zu fürchten. Der Bombenanschlag in Amman wird der Terrorgruppe Abu Nidal angelastet, auf deren Konto auch das Attentat auf den israelischen Botschafter in London im Juni 1982 geht, das das auslösende Moment der gegenwärtigen Unruhen in Libanon war. Die drei für den Anschlag auf Botschafter Moshe Argov verantwortlichen Palästinenser sitzen in britischen Gefängnissen.

Die Entscheidung, die Königin dennoch nach Jordanien reisen zu lassen, ist für Frau Thatcher voll beträchtlicher politischer Risiken, denn die Regierung trägt die Verantwortung für die Planung derartiger Reisen und für die Sicherheit der Königin im allgemeinen. Kein britisches Staatsoberhaupt kann sich ohne Billigung des Premiers ins Ausland begeben.

Die meisten Staatsbesuche werden der Königin von der Regierung „verordnet", um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum jeweiligen Gastland zu verbessern. Sollte also der Königin auf dieser Jordanien-Reise etwas zustoßen, würde es automatisch eine schwere Regierungskrise für Frau Thatcher zur Folge haben. Obwohl es offiziell nicht zugegeben wird, darf man jedoch davon ausgehen, daß die Königin Frau Thatcher beschworen hat, die Jordanienreise nicht abzusagen.

Das entspricht dem Stil der Windsors, die sich bei ihren öffentlichen Auftritten niemals von möglichen Sicherheitsrisiken beeinflussen ließen. Obwohl es in den letzten Jahren eine Reihe von Anschlägen auf Mitglieder des Königshauses gab, bei denen der Onkel der Queen, Lord Mountbatten, ermordet wurde, hat die Königin darauf bestanden, daß sie und Mitglieder ihrer Familie zu Besuchen nach Ulster fahren konnten.

Abgesehen von den Sicherheitsbedenken hat die Jordanienreise der Königin seit Wochen intensive politische Diskussionen ausgelöst. Der Besuch in Amman ist die insgesamt achte Reise der Königin in ein arabisches Land. Jüdische Kreise in Großbritannien weisen mit wachsendem Befremden darauf hin, daß das britische Staatsoberhaupt bisher noch niemals Zeit fand, nach Israel zu reisen. Die Kritiker der Regierung sehen es als einen eindeutigen Beleg für die seit Jahrzehnten einseitige pro-arabische Politik des Außenministeriums, das dort erhebliche Wirtschaftsinteressen zu verteidigen und zu fördern versucht.

Ob Zufall oder Planung: Am Mittwoch trifft der israelische Staatspräsident Chaim Herzog zu einem fünftägigen Besuch in Großbritannien ein. Herzog ist in Belfast geboren und war einst Offizier in der britischen Armee. Er wird am 2. April, unmittelbar nach der Rückkehr der Königin aus Jordanien, deren Gast in Windsor Castle sein. Es gilt als sicher, daß Herzog bei dieser Gelegenheit die Königin offiziell nach Israel einladen wird. Das britische Außenministerium wird es sich kaum leisten können, dagegen ein Veto einzulegen.

## Raymond Queneaus verrückter Roman „Zazie“

# Eine respektlose Göre

Na, hast du dich gut amüsiert?“ – „Es geht so“ – „Hast du die Métro gesehen?“ – „Nein“ – „Was hast du denn getan?“ – „Ich bin älter geworden.“ Zwischen diesem lapidaren Kommentar und dem „Fonwostinktsnso“ in phonetischer Schreibweise zu Beginn des Romans oder vielleicht doch lieber der Erzählung „Zazie in der Métro“ von Raymond Queneau galoppiert die burleske Handlung mit wachsendem Tempo dem Ende mit einer prächtigen Keilerei in einem dubiosen Pariser Nachtclub zu.

Zazie, diese respektlose, rotzfreche Göre aus der Provinz, wird für zwei Nächte und einen Tag bei Onkel Gabriel und Tante Marceline in Paris „geparkt“, damit sich die Mutter ungestört ihrem Liebhaber widmen kann. Der Traum der Kleinen von einer Fahrt mit der Métro erfüllt sich nicht – da weckt der Titel falsche Erwartungen – denn die Métro streikt mal wieder.

Aber Zazie und die Leser werden von Queneau mit einer Revue merkwürdiger Charaktere geradewegs aus alten Slapstick-Filmen entschädigt: Der parfümierte Onkel tritt abends als Sevillanerin und „Sterbender Schwan“ in einer „Hormosessuellen“-Bar auf; die sanfte

**Zazie – ARD, 23.00 Uhr**

Tante Marceline verwandelt sich so nebenbei gegen Ende in einen kräftigen Marcel; es wirken weiter mit: ein gutmütiger Taxifahrer, ein derbsimpler Schuster, ein Papagei, der alles mit dem Satz „Du quasselst, du quasselst, das ist alles, was du kannst“ kommentiert, sich aber auch schon mal gebildet gibt mit „Wir verstehen nicht das hic dieses nunc, noch das quid dieses quod“ – was niemanden weiter überrascht. Da gibt es noch einen Sittenstrolch, der Zazie zu „Cacocalo“ einlädt und ihr „Bludschins“ kauft, sich als Polizist entpuppt, vorübergehend in die Rolle eines Casanova schlüpft, um wiederum zum Polizisten zu werden.

Atemlos versucht man, mit diesem Irrenhaus auf Ausgang Schritt zu halten bei den Eskapaden durch Paris. Und da alles im Französisch der Umgangssprache, so geschrieben wie gesprochen, mit den Wörtern, die man sonst eher durch Pünktchen angedeutet bekommt – Zazies ständig wiederkehrende Lieblingswendung etwa: „... am Arsch“, ob sie sich dabei nun auf Napoleon bezieht oder die Schwierigkeiten der Erwachsenen, sich klar auszudrücken.

Queneau ist vernarrt in die Volkssprache, in die ganze Bandbreite zwischen Corneilles klassischer Diktion und dem Straßenjargon. Er schüttelt die Worte wie in einem Würfelbecher vor Gebrauch durch. Heraus kommen neue Wendungen, phonetische Paarungen, Wortspiele, entlarvte Klischees, aufgepiekste Begriffsballons. Eigentlich sind sie unübersetzbar, ein Schrecken für seine deutschen Nachdichter, eine würdige Aufgabe für den verblichenen Arno Schmidt.

Raymond Queneau wurde 1903 in Le Havre als Sohn eines Kurzwarenhändlers geboren und starb 1976 in Paris. Er begann früh zu schreiben, geriet in den Kreis der Surrealisten, von denen er sich jedoch bald freimachte. Er absolvierte ein Literatur- und Philosophiestudium, wurde 1941 in die Académie Goncourt gewählt, zeichnete von 1955 an als Herausgeber der „Encyclopédie de la Pléiade“ im großen Verlag Gallimard. Er schrieb Romane, Filmdrehbücher, Gedichte, Chansons für Juliette Gréco und experimentierte ständig auf das Unverfrorenste mit der französischen Sprache.

Seine Bücher leben in und von der Sprache. Auch in der jetzt ein Vierteljahrhundert alten „Zazie“ wird kaum geschildert, die Figuren entstehen mit dem was sie sagen, und Zazie selbst ist beliebig auszumalen, solange nur die Kodderschnauze erhalten bleibt. Und doch ist dieses Chaos kunstvoll inszeniert. Queneau war „ein Anhänger strenger Konstruktion“. Daran ändert auch Gabriels Meditation in „Zazie“ nichts: „... Paris ist nur eine Täuschung ... Zazie die Täuschung eines Traums (oder eines Alptraums) und diese ganze Geschichte die Täuschung einer Täuschung, der Traum eines Traums, kaum mehr als das in die Maschine getippte Delirium eines idiotischen Romanciers (oh! Verzeihung)“.

Das Spiel mit Schein und Wirklichkeit hat Queneau immer fasziniert. Und Louis Malle hat es mit seinem 1960 nach dem Buch gedrehten Film geschafft, die verrückte Geschichte in Bildern nachzuvollziehen, die sprachlichen Purzelbäume des Dichters, dieses „Delirium“ durch eine neue Filmsprache, durch die Ausnutzung aller Tricks des Mediums nachzuschöpfen. PETER BÖBBIS

## KRITIK

# *Freude am kleinen Spaß*

Der fröhlich-altersblonde Herr Fuchsberger ist, wenn ihn nicht gerade fremdländische Sprachübungen ins Schwitzen bringen, ein passabler Bursche. Er plaudert mit seinen Kandidaten als täte er's im Auftrag und auf Rechnung der vereinigten Oberrheinhallenbesatzung in Offenburg, mit der sichtbarlichen Freude am kleinen Spaß, so als blinzelte er komplizenhaft dem elektronischem Vis-à-vis zu: Darf es ein Dalli mehr sein, gnä' Frau? Es darf, Blacky, es darf.

Der österreichische Volksschullehrer als Top-Kandidat bekräftigte es. Kaum ausgesprochen – war das gesuchte Wort schon erraten. Er wird die Kandidaten künftig etwas sorgfältiger aussuchen müssen, der Blacky aus München.

Es gab viel Spaß: Die Streisand war lieb, die Kinderchen aus der verfilmten „Unendlichen Geschichte“ waren lieb, die Hundertschaft des frohsinnigen „Up with people“ war lieb, der Howard Carpendale mit dem deutschen Paß war lieb, kurz, das „Gefühl, füreinander zu leben“, wollte kein Ende nehmen, alles was zu singen hatte, sang, die anderen hatten blanke Augen, und Joachim Fuchsberger plauderte und plauderte, auch lieb, versteht sich, bis die Ziehung der Lottozahlen bei der Güterabwägung obsiegte, bis das große Glück das kleine, muntere vom Schirm verdrängte: **Auf los geht's los** (ARD).

VALENTIN POLCUCH

## STUDIO

Die erste Live-Konzertübertragung aus dem Fernen Osten können ZDF-Zuschauer am 29. April miterleben. Der Mainzer Sender übernimmt in seinem „Sonntagskonzert“ um 12.15 Uhr über Satellit **aus Tokio ein Sinfoniekonzert** des Japanischen Rundfunks und Fernsehens. Anläßlich der ersten Deutschen Industrie-Ausstellung in Japan nach dem Kriege dirigiert der Münchener Staatsoperndirektor Wolfgang Sawallisch die „Carmina burana“ von Carl Orff. Als Solisten wirken Lucia Popp und Hermann Prey mit. Der zweite Teil des Konzerts wird am selben Tag um 22.55 Uhr ausgestrahlt.

*

Das Westdeutsche Werbefernsehen (WWF) hat seit Beginn der **Fernsehwerbung in Nordrhein-Westfalen** vor 25 Jahren bis Ende 1983 für mehr als 300 000 Werbespots rund 3,5 Milliarden Mark eingenommen. Wie das Tochterunternehmen des Westdeutschen Rundfunks in Köln mitteilte, werden für 1984 Einnahmen in Höhe von 262 Millionen Mark erwartet. Die tägliche Werbezeit im WDR-Sendegebiet, die bei Beginn der Fernsehwerbung in Nordrhein-Westfalen am 1. April zunächst auf sechs Minuten pro Werktag beschränkt war, ist inzwischen auf zwanzig Minuten im Jahresdurchschnitt gestiegen.

Die Gewinne des WWF, das 65 festangestellte sowie zusätzliche freie Mitarbeiter hat, fließen dem WDR zu. Darüber hinaus hat das WWF bisher mehr als 140 Millionen Mark für wissenschaftliche Zwecke gespendet.

*

Der Rundfunkrat von Radio Bremen hat sich jetzt einem **Tadel des Fernsehausschusses** an der Talkshow „III nach neun“ vom 9. März mit großer Mehrheit angeschlossen. Die beiden Gremien begrüßen zwar die Behandlung des Themas „Frauen, Menschenhandel und Prostitution“, jedoch werden gleichzeitig „Form und Durchführung“ der Diskussion durch den österreichischen Talkmaster Günter Nenning als „total gescheitert“ bezeichnet. Der Programmdirektor wird aufgefordert, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen“. Gleichzeitig wird angeregt, den Kreis der Moderatoren zu erweitern.

Die in der Nordkette des Dritten Programms ausgestrahlte Sendung, in der engagierte Frauen mit einem Mädchenhändler und einem „Heiratsvermittler“ an einem Tisch saßen und einander heftig attackierten, gipfelte darin, daß sich die Kontrahenten mit Wein begossen. Fernsehausschuß und Rundfunkrat werfen Nenning vor, er habe durch sein „Insistieren“ verhindert, daß die eigentliche Problematik und die gesellschaftlichen Ursachen überhaupt zur Diskussion kamen. Die Redaktion habe offenbar das Thema „nicht sorgfältig“ vorbereitet. (dpa)






## ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

**9.25 Sesamstraße**
**10.00 heute**
**10.05 Der Mann, der keine Autos mochte**
**10.50 Das Erbe von Björndal**
Österr. Spielfilm (1960)
**12.20 Wahl-Nachlese Baden-Württemberg**
**13.00 heute**

### ARD

**16.00 Tagesschau**
**16.10 Unglaublich – aber wahr?**
**17.10 Die Besucher**
13. Teil: Entdeckt
**15.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Der Glücksritter (5)**
Serie von Heinz Oskar Wuttig
Regie: Hans-Jürgen Tögel
Während in England die Eisenbahn bereits ihren Siegeszug angetreten hat, ist man nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich noch skeptisch und steckt dort vor allem noch tief in den roten Zahlen. Dennoch, Robert ist auf seiner Flucht vor sich selbst zunächst in Paris hängengeblieben und trifft dort auf den Industriellen Luis Garnier, der ein glühender Verfechter des modernen Verkehrsmittels Eisenbahn ist.
**21.15 Argentinien: 100 Jahre Glück?**
Politischer und kultureller Aufbruch am La Plata
**21.45 ARD-Sport extra**
Eiskunstlauf-WM
Schaulaufen der Sieger
Sprecher: Hans-Joachim Rauschenbach
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Zazie**
Französich-Italienischer Spielfilm (1960)
Regie: Louis Malle
Zazie, eine frühreife Vorstadtgöre, kommt nach Paris, wo sich ihre Mutter mit einem ihrer ständig wechselnden Kavaliere amüsieren möchte. So wird Zazie ihrem Onkel Gabriel anvertraut; der Ärmste muß bald feststellen, daß es leichter ist, einen Sack Flöhe zu hüten, als mit Zazie fertig zu werden. Sie reißt aus und stiftet mit ihrem Koddermaul Verwirrung, wo immer sie auftaucht.
**0.30 Tagesschau**

### ZDF

*16.00 heute*
**16.04 Einführung in das Erbrecht**
13. Folge: Wer da Gutes sucht ...
Anschl. heute-Schlagzeilen
**16.35 Der Vagabund**
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
***17.50 Ein Colt für alle Fälle***
Wer anderen eine Grube gräbt
Dazw. heute-Schlagzeilen
**19.00 heute**
**19.30 Reportage am Montag**
„... und plötzlich hatten wir die Ausreise
**20.15 Die unsichtbaren Krallen**
Deutscher Spielfilm (1961)
Regie: Harald Reinl
Im Roxy, einem Revuetheater, geschehen merkwürdige Dinge. Liane Martin, der attraktive Tanzstar, fürchtet unsichtbare Verfolger, ein zu neugieriger Theaterbesucher verschwindet in einer Falltür, wird von Unbekannten gefoltert und schließlich erschossen: Er war ein FBI-Agent und offenbar einer „heißen Sache“ auf der Spur: dem hochbrisanten „Unternehmen X“. Als Ersatzmann trifft aus New York der berühmte und erfahrene Detektiv Joe Como ein. Er stößt auf zunächst belanglos scheinende Indizien, die ihn lebhaft an einen längst abgeschlossenen Fall erinnern, an den eines Wahnsinnigen namens Dr. Mabuse.
**21.45 heute-journal**
**22.05 betrifft: Fernsehen**
„Video“ – in den Sand gesetzt
Elektronische Bilderflut in Kuwait
**22.50 Das Komplott**
TV-Film von Dieter Wedel
Sina, Journalistin, attraktiv und ehrgeizig, hat es geschafft. Dank des Bauskandals um die Müllverbrennungsanlage, den sie aufgedeckt und an die Öffentlichkeit gebracht hat, ist sie die Karriereleiter ein gutes Stück nach oben geklettert.
**0.20 heute**



**Cathérine Demongeot in der Titelrolle des französischen Spielfilms „Zazie“, den die ARD um 23.00 Uhr zeigt** FOTO: KINDERMANN

## III.

### WEST

**18.00 Telekolleg**
Chemie (13)
**18.30 Sesamstraße**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Preußen in der Debatte**
Diskussion über die ARD-Serie „So lebten sie alle Tage“
Moderation: Heinz Werner Hübner
**21.45 Ein Sternpunkt im Westen**
Kulturstadt Aachen
**22.15 Preußen-Potpourri**
Zuschauerfragen und -wünsche
**23.15 Letzte Nachrichten**

### NORD

**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Sehen statt Hören**
**19.00 Mikroelektronik**
**19.15 Schrebers Erben (5)**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Nahaufnahme: Betteln**
**21.00 Muß der Staat wirklich sparen?**
**22.00 Malpertuis**
Belgisch-französischer Spielfilm (1972)
**23.40 Nachrichten**

### HESSEN

**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Die kleine Fußball-Elf und ihre Nöte**
**18.55 Die Geschichte vom Hund mit dem Glöcklein am Schwanz**
**19.00 Musik, Gespräch, Information**
**20.00 „Ich schrieb Hitlers Tagebücher“**
Der Fälscher Konrad Kujau erzählt seine irrwitzige Geschichte
**20.45 Die Sprechstunde**
**21.30 Drei aktuell**
**21.45 Task Force Police**
**22.35 Einführung in die zeitgenössische Musik**

### SÜDWEST

**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Telekolleg I**
Chemie (13)
Nur für Baden-Württemberg
**19.00 Die Abendschau im Dritten**
Nur für Rheinland-Pfalz
**19.00 Abendschau**
Nur für das Saarland
**19.00 Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm
**19.25 Nachrichten**
**19.30 Bonanza**
**20.20 Nachtarbeiterinnen**
Film von Heike Mundzek
**21.05 Im Narrenexpreß**
Mad Movies
**21.30 Vom falschen Trainieren**
Medizinische Ratschläge für Freizeitsportler
**22.15 Jazz am Montagabend**

### BAYERN

**18.15 Hereinspaziert**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Live aus Alabama**
**20.40 Z. E. N.**
An der Grenze zu keinem anderen Land
**20.45 Blickpunkt Sport**
**21.45 Rundschau**
**22.00 Aus Forschung und Lehre**
**22.45 Das historische Stichwort**
**22.50 Mit Schirm, Charme und Melone**
**23.35 Rundschau**

# „DDR" für neuen Ost-West-Dialog

**Honecker läßt eigenen Zeitschriftenartikel demonstrativ vom SED-Organ hervorheben**

hrk, Berlin

Nur wenige Tage nach dem Besuch einer Ostberliner Militärdelegation unter Führung von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann in Moskau unterstrich Generalsekretär Erich Honecker am Wochenende in einem demonstrativ hervorgehobenen Beitrag auf der Titelseite des „Neuen Deutschland" das beträchtliche Interesse der „DDR" an einer Wiederaufnahme der Ost-West-Gespräche.

Wörtlich heißt es in dem Artikel, den das Parteiblatt ungewöhnlicherweise aus der für ideologische Fragen zuständigen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" auf Weisung Honeckers nachdruckte: „Die DDR setzt sich dafür ein, zu der Lage zurückzukehren, die vor der Raketenstationierung durch die NATO bestand. Dann würde vieles möglich sein, was im Sinne des Entspannungsprozesses der 70er Jahre weitere positive Ergebnisse bringt". Es sei „dringend notwendig", die Kernwaffenarsenale einzufrieren. Honecker errinnerte erneut an den Vorschlag der Warschauer Pakt-Staaten, mit der NATO einen Vertrag über den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen.

Unter der Überschrift „Für Sicherheit, Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen" tritt Honecker ausdrücklich für Verhandlungslösungen bei allen internationalen Problemen ein: „Wie kompliziert sie auch sein möglich mögen – es geht, sie nicht nach dem Faustrecht, sondern auf dem Wege von Verhandlungen zu regeln".

Gegen vermutliche Kritiker in den eigenen Reihen verteidigt der SED-Generalsekretär auch seine Politik pragmatischer Lösungen, die angesichts der jüngsten Entwicklung in der „DDR" selbst vor allem von den „Falken" im SED-Lager nicht unbedingt gebilligt wird. Honecker sagt dazu: „Ganz in diesem Sinne sind die Prinzipien friedlicher Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung eine den Realitäten und Erfordernissen unserer Zeit gemäße tragfähige Grundlage praktischer Politik". Wie die Dinge heute lägen, werde sich, „wer verantwortungsbewußt handelt, nicht der Einsicht verschließen können, daß es zur friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt".

*

epd, Tutzing

Die steigende Zahl von Übersiedlern aus der „DDR" sollte in der Bundesrepublik nicht zu falschen Schlüssen über die Verhältnisse im anderen deutschen Staat führen und dürfe nicht dazu veranlassen, eine Destabilisierung des Systems „drüben" zu vermuten oder gar zu betreiben. Diesen Standpunkt vertraten übereinstimmend zwei Kenner – der ehemalige Bonner Vertreter in der „DDR", Günter Gaus, und Präsident Manfred Stolpe vom Evangelischen Konsistorium (Landeskirchenamt) in Ost-Berlin. Sie warnten auf der Frühjahrstagung des „Politischen Clubs" der Evangelischen Akademie vor Illusionen eines „deutschen Sonderwegs" außerhalb der Blöcke, bekannten sich zum deutschlandpolitischen Status quo und empfahlen einen behutsamen Umgang mit sogenannten nationalen Gemeinsamkeiten.

# US-Ausschuß fordert 100 MX-Raketen

AFP, Washington

Der von US-Präsident Ronald Reagan eingesetzte Rüstungsausschuß für strategische Waffen ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine erhebliche Reduzierung der Atomwaffen nur die Risiken eines atomaren Konflikts erhöhen könnte statt sie zu reduzieren. In seinem Abschlußbericht erklärt der Ausschuß, die Stabilität auf einer höheren Ebene der Rüstung sei der Unstabilität auf niedrigerer Ebene vorzuziehen. Die Reduzierung der Waffenarsenale auf beiden Seiten auf ein angeblich sicheres Niveau bedeute ein größeres Konfliktrisiko. Der Ausschuß besteht auf der Notwendigkeit für die USA, rund 100 Interkontinentalraketen vom Typ „MX" mit je zehn Atomsprengköpfen aufzustellen und eine neue mobile Interkontinentalrakete mit einem Sprengkopf zu entwickeln. Das Komitee betont jedoch die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Bemühungen um Rüstungskontrolle. Notwendig sei Stabilität und nicht eine einfache Reduzierung der Waffen.

# „Bonn fördert Zyperns Einheit"

**Präsident Kyprianou bat den Bundeskanzler, Ankara zu mehr Flexibilität zu bewegen**

EVANGELOS ANTONAROS, Bonn

Als „besonders ergiebig" bezeichnete der Staatspräsident der Republik Zypern, Spyros Kyprianou, die Beratungen, die er am Wochenende mit Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn führte. Mit Genugtuung hat der Staatschef der seit bald zehn Jahren zweigeteilten Inselrepublik zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung „definitiv und ohne Umschweife" eine Besiegelung der durch die türkische Invasion 1974 erfolgten Teilung der Insel ablehne.

„Bundeskanzler Kohl hat sich energisch für die Wahrung der Einheit der Insel ausgesprochen und reges Interesse an einer baldigen Lösung des Inselproblems gezeigt", sagte der seit 1977 amtierende Staatschef in einem Gespräch mit der WELT. Kyprianou weiß ebenfalls zu schätzen, daß die Bundesregierung nicht im entferntesten an eine diplomatische Anerkennung der am 15. November ausgerufenen türkisch-zyprischen Teilrepublik denkt, die bisher nur von der Türkei anerkannt worden ist.

## Krisenherd Nahost strahlt zur Insel aus

Gegenüber Kohl und Genscher hat Kyprianou hervorgehoben, daß die Lösung der Zypern-Frage nicht nur aus moralischen und humanitären Gründen drängt: Das Fortbestehen dieser Dauerkrise im empfindlichen Nahostbereich stellt die Stabilität dieser Region in Frage. Kyprianou: „Eine von beiden Seiten akzeptierte Regelung wird ein wichtiger Stabilitätsfaktor sein." Ebenfalls werde eine solche Lösung zu einer Entlastung der angespannten Beziehungen zwischen Athen und Ankara maßgeblich beitragen.

Kyprianous Gespräche in Bonn haben zu einem für die Zypern-Frage höchst wichtigen Zeitpunkt stattgefunden: In den letzten Wochen hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Xavier Perez de Cuellar, der die Zypernproblematik als früherer UNO-Sonderbeauftragter auf der Insel aus erster Hand kennt, einen neuen Vermittlungsanlauf unternommen. Erstes Ziel dieser Aktion ist die Überwindung der Sackgasse, die durch die Proklamation der „Türkischen Republik von Nordzypern" durch den Volksgruppenführer der Inseltürken, Rauf Denktasch, entstanden ist. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gibt es keinen Dialog mehr zwischen Griechen und Türken auf der Insel.

Mit dem UNO-Generalsekretär hatten Inselgriechen und -türken vereinbart, keine öffentlichen Erklärungen über den neuen Friedensplan abzugeben. Dadurch sollte die Verständigung erleichtert werden. Aber kaum hatte Denktasch letzte Woche nach Gesprächen mit den UNO-Chef New York verlassen, konnte er sich nicht mehr zurückhalten. Nach einer Unterredung mit dem türkischen Staatsoberhaupt Kenan Euren in Ankara bezeichnete er das UNO-Paket als „zu griechenfreundlich". Zu einer Ablehnung dieser Vorschläge ist es bisher allerdings noch nicht gekommen. Nach Angaben aus New York soll sich Denktasch eine Frist von etwa zwei Wochen erbeten haben, um seine Antwort zu formulieren.

Schriftlich sind die neuen UNO-Vorschläge bisher nicht festgehalten worden. Sie sehen eine UNO-Verwaltung des türkisch besetzten griechischen Teils der Hafen- und Touristenstadt Famagusta vor, der seit 1974 nicht bewohnt wird, sowie ein „Einfrieren" der türkisch-zyprischen Unabhängigkeit. Nach Famagusta könnten dann knapp 40 000 von insgesamt 200 000 griechischen Flüchtlingen heimkehren. Andererseits könnten durch die Einstellung der Abspaltungsbemühungen der Inseltürken die Voraussetzungen für die Wahrung der Einheit der Insel entstehen.

Hinzu kommt, daß die beiden Seiten keine sonstigen Schritte auf internationaler Ebene zur Lösung der Inselfrage unternehmen sollen. Ebenfalls soll von einem Ausbau der militärischen Präsenz auf Zypern abgesehen werden. Die Türken hatten vor einigen Wochen Athen beschuldigt, eine Infanterie-Division nach Zypern schicken zu wollen. Zyperns Regierungssprecher Andreas Christofides äußerte dazu gegenüber der WELT: „Eine solche Entscheidung hat es nie gegeben. Eine militärische Lösung schließen wir aus." Doch während die Griechen weniger als eintausend Soldaten vom Festland und eine Nationalgarde unterhalten, sind im türkisch besetzten Norden drei Divisionen mit mindestens 20 000 Soldaten stationiert.

## Die UNO-Initiative darf nicht scheitern

Zur Substanz der neuen UNO-Bemühungen wollte sich Kyprianou gegenüber der WELT nicht äußern, „weil wir das vereinbarte Stillhalteabkommen voll respektieren". Bei seinen Beratungen in Bonn hat das zyprische Staatsoberhaupt den Eindruck gewonnen, daß die Bundesregierung den neuen Vermittlungsanlauf voll unterstütze. Regierungssprecher Peter Boenisch sagte zwar unmittelbar nach den Gesprächen, daß die Einwirkungsmöglichkeiten Bonns in Ankara nicht überschätzt werden dürften. Auf zyprischer Seite geht man jedoch davon aus, daß Bonn die Türkei zu einer flexibleren Haltung veranlassen könnte. Kyprianou: „Die Bundesregierung scheint unsere Ängste davor zu teilen, was nach einem Scheitern dieser UNO-Initiative passieren könnte." Die Aussichten auf eine Lösung – darüber ist man sich in Athen, Ankara und Nikosia einig – wären in diesem Fall gleich Null, es gäbe kaum noch Verständigungskanäle.

Flexibilität haben die Griechen Zyperns selbst bereits demonstriert. Nach außen hin verlangen sie zwar, daß die Inseltürken die einseitige Unabhängigkeitserklärung vom 15. November 1983 wieder rückgängig machen. Aber unterderhand wird gesagt, daß man auch mit einem „Einfrieren" der Unabhängigkeitsbestrebungen, wie es von der UNO angeregt wird, einverstanden wäre. Abstriche hat Nikosia auch in der Famagusta-Frage gemacht: Bei einem Gipfelgespräch Kyprianous mit Denktasch im Jahr 1979 ging es um die Rückgabe des griechischen Stadtteils an die Griechen. Jetzt lassen die Inselgriechen erkennen, daß sie auch eine vorübergehende Übernahme der Stadt durch die UNO-Friedenstruppen akzeptieren würden.

## Alle warten auf Denktaschs Reaktion

Alles hängt zur Zeit von Denktaschs Haltung ab: Erklärt er sich mit den UNO-Vorschlägen ohne Vorbedingungen einverstanden, so kann der Dialog zwischen Inselgriechen und -türken beginnen. Zu regeln gibt es eine Fülle von Verfassungsproblemen, die im Laufe der letzten zehn Jahre nicht gelöst werden konnten.

Niemand in Nikosia will eine Vermutung darüber wagen, wie Denktaschs Reaktion ausfallen könnte. Auch Kyprianou will sich auf Spekulationen nicht einlassen.

Die Türken versuchen die ganze Welt davon zu überzeugen, daß sie Zypern weder ganz besetzen noch auf die Dauer teilen wollen. „Wäre das wirklich so, dann dürfte es angesichts der bereits erfolgten griechischen Vorleistungen überhaupt kein Zypern-Problem geben", sagt Kyprianou. Damit meint er, daß die Inselgriechen grundsätzlcih bereit sind, die Sicherheitsbedürfnisse der Inseltürken und die damit verbundenen Autonomie-Erwartungen im großen und ganzen zu erfüllen.

Die nächsten zwei oder drei Wochen werden für die Zukunft Zyperns von entscheidender Bedeutung sein. Entweder kommt es zu den ersten wirklich positiven Entwicklungen seit 1974 und zu einem aussichtsreichen Dialog, oder aber die letzten Chancen auf eine Verständigung werden verspielt. Doch die Hoffnung auf ein einheitliches Zypern will niemand in Nikosia aufgeben. Kyprianou: „Wir müssen standhaft bleiben, weil wir um unser Überleben kämpfen müssen, das jetzt gefährdet erscheint." (SAD)

# Ein internationaler Entwicklungsfonds?

**Willy Brandt fordert Freisetzung von Rüstungsausgaben zur Hilfe für Dritte Welt**

F. DIEDERICHS, Berlin

Für die Errichtung eines internationalen Entwicklungsfonds mit Sitz in Berlin hat sich am Wochenende der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ausgesprochen. Brandt, der auch die internationale Nord-Süd-Kommission leitet, schlug auf dem „Forum Entwicklungspolitik" seiner Partei vor, den Fonds aus Rüstungsausgaben zu finanzieren, die in Ost und West eingespart werden könnten. Als Kernproblem eines derartigen Fonds sieht der SPD-Vorsitzende allerdings die Frage, ob es gelinge, den internationalen Rüstungswettlauf unter Kontrolle zu bringen und damit Finanzmittel freizusetzen, die „wenigstens teilweise", so Brandt, für Zwecke der Entwicklung und der internationalen Zusammenarbeit eingesetzt werden könnten.

Brandt sprach sich für Berlin als Sitz eines derartigen Entwicklungsfonds aus, da diese Stadt die notwendigen Voraussetzungen mitbringe, um „forschend wie beratend noch weit stärker als bisher an der Entwicklungspolitik mitzuwirken". Eine mögliche Freisetzung von Rüstungsausgaben für die Entwicklungspolitik hält der SPD-Politiker für ein Thema, das nicht nur derzeit im Ostblock Beachtung zu finden scheine, sondern auch „Beratungsthema zwischen beiden deutschen Staaten sein könnte". Eine Beteiligung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten an neuen internationalen Vereinbarungen könne für alle Beteiligten vorteilhaft sein.

Vor dem Forum, das unter dem Motto „Krisenbewältigung auf Kosten der Dritten Welt?" stand, forderte Brandt in in seinem Vortrag auch, die Dritte Welt an der Führung internationaler Institutionen stärker als bisher zu beteiligen. Gleichzeitig übte er Kritik an der Entscheidung der US-Regierung, die Finanzmittel für die internationale Entwicklungshilfe-Organisation „IDA" für die kommenden drei Jahre erheblich zu beschränken. Die Europäische Gemeinschaft dürfe sich nach Ansicht Willy Brandts an diesem Schritt „nicht beteiligen".

Brandt setzte sich auf dem SPD-Forum für eine „Entwicklungspartnerschaft zwischen Nord und Süd in beiderseitigem Interesse" ein. Als „besonders schwerwiegend" bezeichnete er den „Export des Ost-West-Konfliktes und der amerikanisch-sowjetischen Rivalitäten" in weite Teile der Dritten Welt. Dort, wo die „Märkte der Zukunft" lägen, bilde das Massenelend eine nicht zu unterschätzende Kriegsgefahr. Brandt forderte die Industrienationen auf, in den Entwicklungsländern eine breitere Schicht von Menschen am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben zu lassen. Dies würde auf lange Sicht auch einen Abbau der Arbeitslosigkeit in unserem Lande bewirken können, meinte der SPD-Vorsitzende.

# Rumänien ruft zu Verhandlungen auf

rtr, Wien

Rumänien hat die Staaten des Warschauer Pakts sowie die NATO-Länder aufgefordert, die Verhandlungen über die Begrenzung der Nuklear-Rüstung wiederaufzunehmen und keine weiteren Atomraketen in Europa mehr aufzustellen. Der von der amtlichen Nachrichtenagentur Agerpres veröffentlichte Appell des rumänischen Abgeordnetenhauses richtet sich an den Kongreß der USA, den Obersten Sowjet der UdSSR sowie an die Parlamente der europäischen Länder, die von der jüngsten Runde des Wettrüstens betroffen sind.

Alle Völker sollten „den gefährlichen Rüstungswettlauf stoppen und die Menschheit vor der nuklearen Katastrophe retten", heißt es in dem Aufruf. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten müßten ihre direkten Verhandlungen wiederaufnehmen. An ihnen sollten auch Vertreter der beiden Militärblöcke Warschauer Pakt und der Nordatlantikpakt (NATO) teilnehmen.



# Paris für Abrüstungsdialog mit Moskau

**Mitterrand: „Günstige Lage" nach Stationierung von US-Raketen**

A. GRAF KAGENECK, Washington

Frankreichs Präsident Mitterrand hat zum Abschluß seiner politischen Gespräche in Washington noch einmal seinen Wunsch nach baldiger Wiederaufnahme des Abrüstungsdialogs mit Moskau unterstrichen. Das Klima dazu sei nach Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in Europa „günstiger als zuvor". Es gebe eine „neue Situation", die man ausnützen sollte. Frankreich könne bei der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen eine Rolle spielen, werde aber nicht als Vermittler zwischen den USA und der Sowjetunion auftreten.

Die Sowjetunion sei ein Nachbar Frankreichs, Rußland sei ein alter Verbündeter und das russische Volk ein alter Freund des Französischen, sagte Mitterrand. Das alles sei eine Konstante der französischen Demokratie. Polen und Afghanistan seien nie ein Vorwand für ihn gewesen, die Beziehungen zu Moskau abzubrechen, so verdammenswürdig das sowjetische Vorgehen in diesen Ländern auch sei. Man müsse für das sowjetische Verhalten in Genf „Verständnis" aufbringen und könne nicht so tun, als sei dort nichts geschehen. Man müsse die Zeit ihr Werk tun lassen und nichts verderben, bestehende Kanäle nutzen, um „in einer späteren Phase zu einem aktiven Dialog zu gelangen". Mitterrand bestätigte, daß er „sehr wahrscheinlich noch in diesem Jahr" nach Moskau reisen werde.

Das starke öffentliche Eintreten des Franzosen für einen neuen Dialog mit Moskau hat die Amerikaner offenbar überrascht. Zwar stellte die französische Delegation Behauptungen in der amerikanischen Presse in Abrede, Mitterrand habe Reagan geradezu zu einem Gespräch mit Tschernenko gedrängt. Aber die wiederholten öffentlichen Bekundungen des Gastes auch vor dem Kongreß zum Thema Ost-West-Dialog wurden von amerikanischer Seite so aufgefaßt und erregten offenbar um so mehr Erstaunen, als Washington die Gesprächsbereitschaft des Kreml keineswegs so optimistisch einschätzt wie Paris. Es liegen hier im Gegenteil Anzeichnen einer neuen Verhärtung der Sowjets vor. In diplomatischen Kreisen in Washington wurde daher die Vermutung laut, Mitterrand könnte aus der Sorge heraus handeln, den „Entspannungszug" zu verpassen, aus dem er praktisch seit seinem Amtsantritt ausgestiegen war und der sich nach dem Tode Andropows zunächst wieder in Gang zu setzen schien. Möglich sei auch, daß er das Feld nicht allein dem deutschen Partner überlassen möchte, dessen intensive Kontakte zum anderen Deutschland eine gewisse Irritierung in Frankreich ausgelöst haben. In diesen Zusammenhang gehört auch die häufige Betonung der jahrhundertealten amerikanisch-französischen Waffenbrüderschaft „von Yorktown bis Beirut".

# Genscher: England nicht hinausdrängen

**Thorn will eine Neuauflage des EG-Gründungstreffens / Agrar- und Außenminister tagen**

AP/dpa/DW. Bonn/Brüssel

Nach dem Scheitern des Brüsseler EG-Gipfels hat die Bundesregierung auch am Wochenende eindringlich davor gewarnt, Großbritannien aus Europa herausdrängen zu wollen. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sagte: „Europa braucht England. Aber man wird in London feststellen, daß England auch Europa braucht." Innerhalb der EG dürfe „um Himmelswillen nicht verloren gehen, was erarbeitet ist".

Überlegungen über eine Veränderung der bestehenden EG-Verträge hat unterdessen der amtierende Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, angestellt. Unter Hinweis auf das Verhalten Großbritanniens beim jüngsten EG-Gipfel plädierte er für eine neue Grundsatz-Konferenz der Gemeinschaft über die Zukunft der EG. Dies könnte nach seiner Auffassung eine Neuauflage der Konferenz von Messina werden, dem Gründungstreffen der Gemeinschaft im Jahr 1955. Dabei schloß er Überlegungen über eine möglicherweise wieder verkleinerte EG nicht aus. Thorn: „So wie bisher kann man mit Europa nicht weiterwursteln." Unabhängig von solchen Überlegungen nehmen die zehn Partner in dieser Woche einen neuen Anlauf, um die angeschlagene Gemeinschaft aus der Krise zu führen. Heute kommen die Agrarminister in Brüssel zu einem neuen Verhandlungs-Marathon zusammen, einen Tag später treffen die Außenminister zusammen. Für sie drängt die Zeit. Bis zum 1. April nämlich will die britische Regierungschefin Margaret Thatcher den „eingefrorenen" Rabatt für ihre Beiträge aus dem Jahr 1983 zurückhaben. Die acht Millionen Landwirte in der Europäischen Gemeinschaft erwarten ebenfalls zu diesem Termin ein schlüssiges Preis- und Reformpaket.

Die französische Präsidentschaft hatte die beiden Ministerräte einberufen, um zu verhindern, daß das in wesentlichen Teilen schon geschnürte EG-Reformpaket wieder ganz auseinanderfällt. Vorrangige Streit-Punkte bleiben die Diskussion um die irische Milchproduktion und über den britischen Beitragsrabatt.

Frau Thatcher hat noch am Wochenende ihren Willen bekundet, weiterhin um eine „fairere" Bemessung des Anteils ihres Landes an den Finanzlasten der EG zu kämpfen.

Die deutschen Grenzkontrollen an den Übergängen zu Belgien, Luxemburg und den Niederlanden werden möglicherweise völlig abgeschafft, um ein Beispiel für europäische Einigung zu geben. Über entsprechende Überlegungen der Bundesregierung berichtete Bundesfamilienminister und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler.

## Porsches Spurwechsel

nl – Ein echter „Renner" wird den Börsenzettel demnächst bereichern. Bereits im kommenden Monat dürfte der Stuttgarter Sportwagenbauer Porsche, den Schritt an die Börse tun. Attraktiv wird die Porsche-Aktie zweifellos sein.

Dabei kommt die Öffnung des Unternehmens für den Aktienmarkt keineswegs aus eigenem Antrieb. Zwar war eine solche Maßnahme nach Äußerungen des Managements bislang nie ganz ausgeschlossen worden, doch wurde immer der Eindruck erweckt, als handele es sich um ein mehr mittel- bis langfristiges Gedankenmodell. Von Ferry Porsche, dem Aufsichtsratsvorsitzenden und zugleich prominentesten Vertreter des Familienclans Prosche/Piech, ist bekannt, daß er das erfolgreiche Sportwagen-Unternehmen am liebsten als reine Familiensache steuert.

Auseinanderstrebende Interessen einiger Familienmitglieder, denen der Sinn mehr nach Kasse machen steht, machten einen Strich durch die Rechnung. Sie haben den Handlungsspielraum der übrigen Familienaktionäre stark eingeengt. Um das Unternehmen auch weiterhin von fremdem Einfluß freizuhalten, wird offenbar die Placierung von stimmrechtslosen Vorzugsaktien in Höhe von 20 Prozent des Aktienkapitals erwogen.

So sehr sich mancher Porsche-Fan ob der bevorstehenden Möglichkeit eines Aktienerwerbs die Hände reiben mag, so wichtig wäre es für eine zügige Weiterfahrt des Unternehmens, daß nicht noch mehr Schlagzeilen nach Art der letzten Wochen (Krach mit der US-Händlerschaft, Kuwaitis wollen einsteigen) produziert würden.

## Vorteil

fu (London) – Wenn es einen Berufsstand gibt, mit dem sich unzählige Briten nach dem vom Schatzkanzler vorgelegten Budget aufs tiefste und schmerzlich verbunden fühlen, dann ist es das sogenannte „Takeaway"-Gewerbe. Die geliebten „Fish'n Chips", Hamburgers, Hähnchen-Keulen und mehr oder weniger Delikates aus orientalischer Küche sollen im Straßenverkauf – sofern warm angeboten – demnächst nicht mehr von der Mehrwertsteuer in Höhe von 15 Prozent befreit sein. Verkäufer und fingerleckende Kunden sind sich in ihrer Empörung einig: Ein Akt der Gemeinheit, nur um ein paar Pfund mehr in die Staatskasse zu bekommen. Doch bei allem Verständnis für den Ärger der Betroffenen, die inzwischen eine Aktionsgemeinschaft gebildet haben, sei daran erinnert, daß sich in keinem anderen europäischen Land Hamburger-Ketten so stark ausgebreitet haben wie in Großbritannien. Und dies nicht nur wegen eines Geschmacks, über den sich streiten läßt, sondern nicht zuletzt wegen Vorteile gegenüber der Restaurant-Gastronomie.

GROSSBRITANNIEN / Exporte in Comecon-Länder für knapp vier Milliarden

## Der Handel mit dem Osten könnte noch erheblich ausgeweitet werden

WILHELM FURLER, London

Der britische Warenhandel mit den europäischen Ostblock-Ländern einschließlich der Sowjetunion hängt weit hinter dem der Bundesrepublik zurück. Während die deutschen Exporte in die sieben führenden Ostblock-Länder Sowjetunion, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und „DDR" im vergangenen Jahr einen Wert von 27,406 Mrd. DM erreichten, kam Großbritannien mit 3,784 Mrd. DM gerade auf 14 Prozent des deutschen Exportwertes.

Schon 1982 wurde etwa der gleiche Abstand registriert: Deutschen Exporten in die sieben genannten Comecon-Länder im Wert von 25,345 Mrd. DM standen britische im Wert von lediglich 3,444 Mrd. DM gegenüber. Und während der deutsche Handel mit den sieben Ländern des Ostblocks im vergangenen Jahr bei Importen im Wert von 27,403 Mrd. DM einen geringfügigen Überschuß in Höhe von drei Mill. DM erzielte, kam es im britischen Handel mit den europäischen Staatshandelsländern bei Importen im Wert von 5,224 Mrd. DM zu einem Defizit in Höhe von 1,44 Mrd. DM.

Der Regierung Thatcher ist durchaus bewußt, daß Großbritannien den Osthandel lange Zeit arg vernachlässigt hat. Entsprechend ist in jüngster Zeit eine veränderte Einstellung gegenüber dem Ostblock sowohl politisch als auch auf wirtschaftlichem Gebiet nicht zu übersehen. Bester Ausdruck hierfür ist die Bedeutung, die dem Staatsbesuch der Premierministerin in Ungarn Anfang Februar dieses Jahres von allen Regierungsstellen beigemessen wurde. Kaum ein Staatsbesuch zuvor wurde von Politikern derart ausgiebig kommentiert und von der britischen Presse so Spalten-füllend abgedeckt.

Auf den beachtlichen Abstand zwischen dem deutschen und dem britischen Osthandel angesprochen, beeilt man sich in Londoner Regierungskreisen darauf hinzuweisen, daß die besondere Stellung der Bundesrepublik vor allem auf deren günstigere geographische Lage sowie auf traditionell engere Handelsbeziehungen mit den osteuropäischen Ländern zurückzuführen sei. Doch gibt man auch zu, daß in Großbritannien das Potential im Ostblock-Handel lange Zeit unterschätzt worden sei. Auch eine politisch reserviertere Haltung habe das Geschäft mit dem Osten behindert.

Ausgewirkt hat sich das besonders auf den britischen Handel mit der UdSSR, wo 1983 Exporten im Wert von nur 1,78 Mrd. DM (1982: 1,424 Mrd. DM) Importe im Wert von 2,912 (2,58) Mrd. DM gegenüberstanden. Im Vergleich dazu exportierte die Bundesrepublik 1983 Waren für 11,245 (9,395) Mrd. DM in die Sowjetunion, während die Importe 11,864 (11,358) Mrd. DM erreichten.

Zweitgrößter britischer Handelspartner im Comecon ist Polen mit einem Exportwert von 608 (532) Mrd. DM und einem Importwert von 708 (608) Mrd. DM, während die deutschen Vergleichszahlen 2,127 (2,142) Mrd. DM bei Exporten und 2,184 (2,136) Mrd. DM bei Importen lauten. Verschwindend gering sind schließlich die britischen Exporte in die „DDR", die im vergangenen Jahr nur 244 (256) Mill. DM erreichten, während der Wert der deutschen Warenlieferungen in die „DDR" von 7,08 auf 7,681 Mrd. DM stieg.

Vor allem nach dem als „äußerst erfolgreich" gewerteten Staatsbesuch von Frau Thatcher in Ungarn ist zu erwarten, daß London in der nächsten Zeit auch mit anderen Comecon-Ländern engere Kontakte knüpfen wird. Ein Sprecher des britischen Handelsministeriums gegenüber der WELT: „Der politischen Initiative dürfte schon bald eine Belebung in unserem Osthandel folgen."

Die britischen Anstrengungen, stärker ins Geschäft mit dem Comecon zu kommen, müssen insbesondere vor dem Hintergrund einer kritischen Phase für den britischen Außenhandel insgesamt gesehen werden. 1983 war, seit man sich zurückerinnern kann, das erste Jahr, in dem Großbritannien ein Handelsdefizit bei Industriegütern hinnehmen mußte.

US-AKTIENMÄRKTE

## Wachsende Zinsfurcht löst Rückgang der Kurse aus

H. A. SIEBERT, Washington

Volle Breitseiten haben in der vergangenen Woche die US-Aktienmärkte einstecken müssen. Abgefeuert wurden sie von den Großbanken, die ihre Prime Rate zum erstenmal seit acht Monaten heraufsetzten, und dem Kongreß. Die Auseinandersetzung um den Abbau der Rekordhaushaltsdefizite nimmt Formen an, die kaum auf eine befriedigende Lösung schon im kommenden Finanzjahr hoffen lassen. Mit ihren Vorschlägen, die aus einem Einfrieren der sozialen Leistungen, der Schließung von Steueroasen und Streichungen im Verteidigungsetat bestehen, driften Republikaner und Demokraten immer weiter auseinander.

Aufgeschreckt worden ist die Börse zudem durch die in dieser Höhe unerwarteten Geldmengen-Ausweitung. So nahm das Aggregat M1 (Bargeld und Sichteinlagen) in der letzten Berichtswoche um vier Milliarden Dollar zu. Damit liegt die Wachstumsrate über den sechs Prozent, die das Federal Reserve Board für das erste Quartal 1984 festgesetzt hatte. Bei weiterhin kräftiger Nachfrage nach Geschäftskrediten schwankte Notenbanktagegeld zuletzt zwischen 10,25 und 10,45 Prozent, verglichen mit 8,75 Prozent vor einem Jahr. Seit drei Wochen nun stehen die Rentenmärkte stärker unter Druck.

All dies schürt die Zinsfurcht aufs neue, was in der letzten Woche zu Kursverlusten auf breiter Front führte. Der Dow-Jones-Industrie-Index fiel um 29,52 (Freitag: minus 1,04) auf 1154,84 Punkte und liegt damit wieder um 10,3 Prozent unter seinem Januar-Hoch. Der mit mehr als 1500 Papieren breiter gestreute Nyse-Index fiel um 1,38 (plus 0,05) auf 90,35 Punkte – 7,5 Prozent unter dem Niveau vor elf Wochen. Die Mehrzahl der Broker glaubt nur längerfristig an einen Stimmungswechsel: im Raum steht Henry Kaufmans Prognose, wonach in den USA bis Anfang Mai der Diskontsatz in zwei Stufen von 8,5 auf 9,5 Prozent angehoben wird.

Wie es wirklich weitergeht, entscheidet sich heute und morgen, wenn in Washington das Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve System tagt. Angesichts des hohen wirtschaftlichen Wachstumstempos – real 7,2 Prozent in der Januar-März-Periode – ist ein leichtes Anziehen der Kreditzügel nicht auszuschließen, zumal sich „Fed"-Chef Paul Volcker in einer Rede vor Studenten in North Carolina wieder für ein moderates Wachstum mit stabilen Preisen ausgesprochen hat. Laut Volcker hält die Notenbank eine Zunahme der Wertschöpfung um vier bis fünf Prozent in diesem Jahr für wünschenswert, „vorausgesetzt, daß sich die Teuerung nicht beschleunigt".

Danach sieht es im Augenblick nicht aus. Wie das US-Arbeitsministerium mitteilte, erhöhten sich die amerikanischen Verbraucherpreise im Februar um 0,4 (Januar: 0,6) Prozent. In den letzten zwölf Monaten betrug das Plus 4,6 Prozent.

## Risse im Delors-Plan

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Vor einem Jahr sind in Frankreich die wirtschafts- und finanzpolitischen Weichen neu gestellt worden. Nachdem die sozialistische Regierung getreu ihren Wahlversprechen, zunächst die Sozialleistungen kräftig erhöht und die gesetzliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzt hatte, verordnete sie den Franzosen eine Austerity-Kur, durch die der Anstieg der privaten Nettoeinkommen 1983 zum erstenmal in der Nachkriegszeit (um 0,8 Prozent) unter die Inflationsrate gedrückt wurde.

Das Signal zu dieser Politik der „Strenge" war allerdings schon Mitte 1982 gegeben worden. Ein mehrmonatiger Preis- und Lohnstopp sollte Frankreich auf den folgenden Kaufkraftschwund vorbereiten, der dann vor allem durch eine rigorose Erhöhung der Steuern und Sozialabgaben herbeigeführt wurde. Auch der Staat selbst schnallte schon damals den Gürtel enger. Nach der gewaltigen Aufblähung des Beamtenapparats wurde ein Einstellungsstopp für den Staatsdienst verfügt.

Die eigentliche Kehrtwendung gegenüber der ursprünglichen sozialistischen Volksbeglückungspolitik erfolgte aber erst am 26. März 1983 mit der Annahme des Delors-Plans für die wirtschaftliche „Wiederaufrichtung". Den Anstoß dazu hatte die Krise des Franc gegeben. Nachdem er seit dem Regierungswechsel vom 10. Mai 1981 bereits zweimal im Europäischen Währungssystem (EWS) abgewertet werden mußte, erklärten sich die französischen Partner zu einer Franc-Hilfe – insbesondere durch starke DM-Aufwertung und EWS-Kredit – nur unter der Bedingung bereit, daß Frankreich sein Haus wieder in Ordnung bringt und dabei auf protektionistische Maßnahmen verzichtet.

Allerdings hatte inzwischen auch Delors erkannt, daß die ihm auferlegte Expansionspolitik gescheitert war. Die Förderung des Massenkonsums kam mehr den ausländischen Lieferanten mit der Bundesrepublik an der Spitze zugute, als der nationalen Industrie, die demzufolge auch keine neuen Arbeitsplätze schaffen und so das sozialistische Vollbeschäftigungsziel nicht erfüllen konnte. Dies um so weniger als wegen der schlechten Weltkonjunktur der französische Export zurückging.

Die damit dringend notwendig gewordene Sanierung der Handels- und Leistungsbilanz wurde in erster Linie durch die Beschränkung des privaten Verbrauchs in die Wege geleitet. Zwar kam dadurch das Wirtschaftswachstum zum Stillstand. Wichtiger aber war der Regierung, daß die Importe zurückgingen. Gleichzeitig belebte sich die Ausfuhr dank der Franc-Abwertung vom 21. 3. 1983 und der Dollar-Aufwertung sowie gegen Jahresende auch infolge der Wiederbelebung der Auslandsnachfrage. So gelang, das Defizit der Handelsbilanz von 91 Mrd. Franc 1982 auf 43 Mrd. Franc 1983 zu halbieren. Das der Leistungsbilanz ging sogar von 79 auf 29 Mrd. Franc zurück.

Diese Ergebnisse sind besser ausgefallen, als die Regierung angekündigt hatte. Im Kampf gegen die Inflation erreichte Delors sein Ziel allerdings nicht. Statt um acht Prozent stiegen die französischen Konsumentenpreise 1983 um 9,3 Prozent. Das war nur unwesentlich weniger als 1982 (9,7 Prozent). Vor allem aber nimmt seit dem letzten Herbst die Arbeitslosigkeit beträchtlich zu, nachdem sie bis dahin von der Regierung durch beschäftigungspolitische Maßnahmen bei etwa zwei Millionen stabilisiert worden war.

Hier liegt der kritische Punkt des Delors-Plans. Der Verlust von Kaufkraft und Arbeitsplätzen zugleich führt zu sozialen Spannungen, die sich noch verstärken dürften, da die Arbeitslosigkeit aufgrund der in den letzten Wochen eingeleiteten industriellen Umstrukturierungen weiter zunehmen wird. Bis Ende dieses Jahres rechnet man jetzt mit mindestens 2,6 (z. Z. 2,2) Millionen Arbeitslosen.

Gleichzeitig wächst die Schuldenlast. Trotz verbesserter Leistungsbilanz erhöhte sich die französische Auslandsschuld auch noch 1983 um ein Drittel auf 451 Mrd. Franc. Darauf sind in diesem Jahr allein 40 Mrd. Franc an Zinsen in Devisen aufzubringen. Der gesamte Schuldendienst dürfte 60 und ab nächstes Jahr sogar 100 Mrd. Franc erreichen. Ob diese Beträge verdient werden können, erscheint allerdings zweifelhaft.

Noch halten sich die französischen Auslandsschulden (ohne die kurzfristigen) mit den Auslandsguthaben und den amtlichen Währungsreserven in etwa die Waage. Aber die internationale Kreditwürdigkeit könnte eines Tages in Frage gestellt werden, wenn diese Bilanz negativ wird. Deshalb ist die Regierung gezwungen, ihren derzeitigen Restriktionskurs fortzusetzen, wenn nicht sogar zu verschärfen.

## AUF EIN WORT



„Ob die venture- capital-Diskussion in der Wüste Gobi oder an einer Wasserstelle endet, wird die Zukunft erweisen. Für die Banken jedenfalls ist dies ein Ritt zwischen venture und adventure."

Dr. Bernd Thiemann, Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Landesbank, Hannover
FOTO: JUPP DARCHINGER

## Kritik an Japans Geldpolitik

dpa, Tokio

US-Finanzminister Donald Regan hat sich bei seinem Besuch in Tokio „äußerst enttäuscht" über die geringen Fortschritte Japans bei der Öffnung seines Finanz- und Kapitalmarktes für das Ausland geäußert. „Wir hören immer nur Worte, sehen aber keine Taten", sagte der Minister nach Gesprächen mit japanischen Regierungsvertretern. Die USA, aber auch die EG, sehen in den noch bestehenden Behinderungen für ausländische Kapitalanleger einen Hauptgrund für die relative Schwäche des Yens gegenüber den wichtigsten internationalen Währungen, wodurch nach Ansicht Washingtons und Brüssels auch die hohen japanischen Handelsüberschüsse mitverursacht werden. „Es ist Zeit, daß Japan seine Verantwortung im Rahmen der Weltwirtschaft voll wahrnimmt", sagte Regan.

IFO KONJUNKTURTEST

## Die Industrie rechnet mit Impulsen aus dem Ausland

DANKWARD SEITZ, München

Die konjunkturelle Erholung hat in fast allen Wirtschaftsbereichen in den letzten Wochen weiter an Fahrt gewonnen. Nach dem jüngsten Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, berichten sowohl die Industrieunternehmen als auch der Groß- und Einzelhandel von einer erneuten Verbesserung ihrer Geschäftslage und weiterem Umsatzanstieg im Februar. Etwas differenzierter wird die Entwicklung für die nächsten sechs Monate beurteilt. Während Industrie und Großhandel optimistisch und zuversichtlich gestimmt sind, werden die Aussichten vom Einzelhandel und der Bauwirtschaft etwas ungünstiger beurteilt als in den vorangegangenen Erhebungen.

In allen Industriebereichen rechnet man nach Feststellungen des Ifo damit, daß die Nachfrage nach einem zum Teil steilen Anstieg künftig in ruhigeren Bahnen expandieren wird. Insbesondere die Verbrauchs- und Investitionsgüter-Hersteller erwarten verstärkte Impulse aus dem Ausland. Besonders hervorgehoben wird vom Ifo die erheblich verbesserte Geschäftslage im Maschinenbau, dessen Aussichten sich zunehmend aufhellten. Verstärkte Nachfrage, ausreichende Auftragsbestände sowie eine normale Lagersituation meldeten die Pkw-Firmen.

Etwas aus dem Rahmen fällt die Beurteilung der Großvertriebsformen des Einzelhandels. Während sie sich mit dem Geschäftsergebnis im Februar weniger zufrieden zeigten als im Vormonat, haben sich ihre Erwartungen verbessert. Insgesamt rechnet die Branche mit einem flacheren Preistrend, nachdem er sich im Februar nochmals leicht verstärkt hatte. Von einer unveränderten Geschäftslage berichtet die Bauwirtschaft.

VERKEHRSPOLITIK

## Dollinger will mehr Geld für den Straßenbau fordern

dpa/VWD, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger will sich bei den Haushaltsverhandlungen mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg dafür stark machen, daß 1985 mehr Finanzmittel als im laufenden Jahr für den Fernstraßenbau bereitgestellt werden. In einem dpa/VWD-Interview ließ Dollinger die Größenordnung seiner Mehranforderungen noch offen. Er machte jedoch geltend, daß Verstärkungen der Fernstraßenbaumittel nicht zuletzt deshalb erforderlich seien, weil ein zunehmender Anteil der Straßenbauinvestitionen für die verkehrssichere Erhaltung des vorhandenen Netzes (und dabei handele es sich immerhin um ein Anlagevermögen von über 150 Milliarden DM) benötigt werde. Auch müsse der wachsenden Verkehrsnachfrage sowie der Notwendigkeit einer Anbindung peripherer und strukturschwacher Räume entsprochen werden.

Von einem „Nachschlag" für die im laufenden Jahr verordnete Kürzung des Bundesfernstraßenbauetats um rund 200 Millionen DM hält Dollinger allerdings „nicht viel". Jetzt komme es darauf an, die für die Zukunft notwendigen Mittel zu bekommen. Und im übrigen sehe der Haushalt 1984 für den Bundesfernstraßenbau rund sechs Milliarden DM vor. Das seien immerhin rund 200 Millionen DM mehr, als der Finanzminister ursprünglich zu geben bereit gewesen sei.

Klarheit darüber, ob und in welchem Umfang 1985 mehr Bundesmittel für den Fernstraßenbau zur Verfügung stehen werden, wird die Bauwirtschaft allerdings erst in zwei bis drei Monaten haben. Dollinger wies darauf hin, daß sich das Bundeskabinett noch vor der Sommerpause mit dem Haushalt 1985 und dem Finanzplan des Bundes bis 1988 beschäftigen wird. Am Verkehrshaushalt 1984 sei jedoch nichts mehr zu verändern.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Bundesrepublik gewann im Ausland an Boden

Düsseldorf (Py.) – „Die Bundesrepublik Deutschland hat ein ganz vitales Interesse an einem funktionsfähigen internationalen Handels- und Kapitalverkehr, an offenen Märkten und an einer Abwehr protektionistischer Maßnahmen." Dies erklärte der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Rolf Schwarz-Schütte, vor der Amerikanischen Handelskammer in Düsseldorf. Schwarz-Schütte trat Klagen über ein angebliches Nachlassen der deutschen Wettbewerbsfähigkeit entgegen. Wenn man von gewissen Teilmärkten absehe, habe die Bundesrepublik seit Beginn der 60er Jahre als Exporteur sogar erheblich an Boden gewonnen.

### Energieverbrauch steigt

Bonn (HH) - Die EG-Kommission rechnet bis 1990 mit einem Anstieg des Energieverbrauchs in den zehn Mitgliedstaaten auf etwas über eine Milliarde Tonnen Rohöleinheiten (RÖE). Von 1979 bis 1983 war der Verbrauch hingegen von 985 auf 873 Millionen Tonnen RÖE zurückgegangen. Ihrer Prognose legt die Kommission ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent und eine Zunahme des Energieverbrauchs von 1,6 Prozent zugrunde.

### Londoner Kassapreise

| | 23.3.84 | 16.3.84 |
|---|---|---|
| Kupfer(£/t) | 1053,25 | 1044,5 |
| Blei(£/t) | 337,5 | 314,5 |
| Zink(£/t) | 730 | 718 |
| Zinn(£/t) | 8405 | 8540 |
| Gold($/Unze) | 387,75 | 394 |
| Silber(p/Unze) | 657,10 | 649,70 |
| Kakao[1](£/t) | 1807,5 | 1817 |
| Kaffee[1](£/t) | 1986 | 1996 |
| Zucker(£/t) | 114,5 | 113 |
| Kautschuk(p/kg) | 76,5 | 80 |
| Wolle(p/kg) | 467 | 465 |
| Baumwolle[2](cts/lb) | 88,90 | 88,65 |

[1])Abladung Mai;
[2])A-Index-Preis Liverpool

### Import-Zusatzsteuer

Washington (Sbt.) – Geirrt haben sich ausländische Beobachter in der US-Hauptstadt, die davon überzeugt waren, daß sich der Kongreß niemals an das heiße Eisen einer Import-Zusatzsteuer heranwagen würde. Aber es ist ein Thema, das auf dem Capitol Hill ernsthaft diskutiert wird, und zwar ausgerechnet von dem republikanischen Senator Robert Dole, der den Finanzausschuß leitet. Es kam ans Tageslicht, als der US-Handelsbevollmächtigte William Brock öffentlich gegen solche Überlegungen protestierte (aus Furcht vor Gegenmaßnahmen). An einer solchen drastischen Lösung des Defizitproblems sind nach Angaben der „Washington Post" inzwischen mehrere einflußreiche Senatoren interessiert.

### Airbus drosselt Produktion

Lissabon (rtr) – Die europäische Airbus Industrie hat wegen des schleppenden Absatzes ihrer Flugzeuge die Drosselung der Produktion beschlossen. Wie der Vertriebschef Pierre Pailleret in Lissabon mitteilte, soll die Monatsproduktion von gegenwärtig 4,6 Flugzeugen bis Ende des Jahres auf vier Flugzeuge zurückgenommen werden. Das bedeute, daß 1984 insgesamt 47 Airbus-Flugzeuge hergestellt werden. Im Jahre 1985 würden es dann 40 sein. Gegenwärtig stünden rund 20 unverkaufte Flugzeuge in den Hallen.

### Weg der Kurse

| | 23.3.84 | 16.3.84 |
|---|---|---|
| Boeing | 35,875 | 39,125 |
| Chrysler | 27,125 | 28,25 |
| Citicorp | 34,50 | 34,50 |
| Coca-Cola | 54,375 | 54,75 |
| Exxon | 38,125 | 39 |
| Ford Motors | 37,125 | 39,625 |
| IBM | 112,25 | 113,75 |
| PanAm | 6,75 | 6,875 |
| US Steel | 30,375 | 30 |
| Woolworth | 32,25 | 33,875 |

### Sowjetischer Besuch

Troisdorf (DW.) – In nahezu „privater Atmosphäre" verlief am Samstag ein Besuch des Ministers der chemischen Industrie der UdSSR, Wladimir Listow, in der Fabrik des Troisdorfer Maschinenherstellers Hans Reifenhäuser. Zur Begleitung des Ministers gehörten die Vizeminister des Außenhandels, der Düngemittelindustrie und der Obersten Planungsbehörde der UdSSR. Die Reifenhäuser GmbH & Co. Maschinenfabrik gehört zu den führenden Weltunternehmen in Sachen Kunststoffverarbeitung und -wiederaufbereitung. Seit über 20 Jahren bestehen enge Handelsbeziehungen zur UdSSR. „Diese", so Hans Reifenhäuser, „sind zu durchaus freundschaftlichen Beziehungen ausgewachsen".

IWF / Studie zur Leistungsbilanz der Industrieländer

## Die Defizite steigen weiter

VWD, New York

Die Leistungsbilanzen der Industrieländer bleiben weiter in den roten Zahlen, das geht aus einer noch vertraulichen Studie hervor, die der Internationale Währungsfonds (IWF) für das Treffen seines Interimsausschusses (12. April in Washington) erarbeitet hat. Nach einem Gesamtdefizit der Industrieländer von 21,7 Mrd. Dollar 1983 wird sich dieser Fehlbetrag im laufenden Jahr auf drei Mrd. Dollar reduzieren, 1985 aber wieder auf 53 Mrd. Dollar ansteigen.

Die USA dürften in diesem Jahr auf ein Leistungsbilanzdefizit von 73 (39,3) Mrd. Dollar kommen, das 1985 auf 89 Mrd. Dollar steigen werde. Japan wird 1984 einen Leistungsbilanzüberschuß von 27,5 (21) Mrd. Dollar erzielen, das 1985 auf 32 Mrd. Dollar zunehmen wird. Die Bundesrepublik wird im laufenden Jahr ein Leistungsbilanzaktivum von vier (3,3) Mrd. Dollar und 1985 ein Plus von sechs Mrd. Dollar erreichen.

Die Entwicklungsländer müssen 1984 einen Leistungsbilanzfehlbetrag von 58 (72,6) Mrd. Dollar hinnehmen. Projektionen für 1985 liegen für die Entwicklungsländer nicht vor. Das Leistungsbilanzdefizit der ölexportierenden Entwicklungsländer reduziert sich 1984 voraussichtlich auf acht (16,2) Mrd. Dollar, während das der nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer im laufenden Jahr auf 58 (56,4) Mrd. Dollar steigen wird.

Die Weltwirtschaft wird nach dieser Studie im laufenden Jahr mit einer inflationsbereinigten Wachstumsrate von 3,7 Prozent expandieren, die sich im kommenden Jahr auf 3,5 Prozent ermäßigen wird. Für die Industrieländer insgesamt prognostiziert die Studie für 1984 ein reales Plus beim Bruttosozialprodukt von 3,7 (2,3) und für 1985 von 3,2 Prozent und für die Gruppe der Entwicklungsländer von 3,8 (0,9) 1984 und von 4,5 Prozent 1985.

Die Inflationsrate der Industrieländer insgesamt wird 1984 (gemessen am Bruttosozialprodukt) 4,5 (5,2) Prozent betragen. 1985 wird die Teuerungsrate leicht auf 4,6 Prozent anziehen. Die Inflationsrate der Bundesrepublik gibt auf drei (3,2) Prozent 1984 nach, zieht aber 1985 wieder auf 3,2 Prozent an.

MADE IN GERMANY / Eine Image-Umfrage der Werbeagentur Lintas

## Glaube an deutsche Produkte wächst

JAN BRECH, Hamburg

Der Glaube an die Stärke der deutschen Wirtschaft scheint in der deutschen Bevölkerung wieder zu wachsen, und die Fähigkeiten der Unternehmen, im internationalen Wettbewerb erfolgreich mithalten zu können, werden wieder optimistischer als noch vor drei Jahren bewertet. Eine „neue deutsche Welle" bestimmt offenbar auch die Imagebildung für deutsche Produkte beim Bundesbürger.

Dies sind die Kernaussagen einer Untersuchung, die die Hamburger Werbeagentur Lintas unter dem Titel „Nationale Images" zum zweiten Mal vorgelegt hat. Im Vergleich zu 1981 ergeben sich dabei bemerkenswerte Veränderungen. Das gilt vor allem für die Frage, ob „Made in Germany" noch immer das „Beste vom Besten" darstelle. Während noch vor drei Jahren nur jeder vierte uneingeschränkt glaubte, daß deutsche Waren in der Welt unerreicht seien, meinen dies inzwischen wieder 38 Prozent, 57 Prozent sagen „teils/teils", und nur fünf sind vom Gegenteil überzeugt.

Die steigende Wertschätzung für deutsche Produkte kommt auch in den Antworten auf die Frage zum Ausdruck, ob man deutsche Produkte beim Kauf vorziehe. 48 Prozent bejahten dies, nachdem es 1980 nur 35 Prozent waren. Die These von der „neuen deutschen Welle" wird zusätzlich dadurch gestützt, daß nur noch 53 (1980: 69) Prozent glauben, als Verbraucher vom internationalen Wettbewerb profitieren zu können. Die stärkere nationale Orientierung dokumentiert sich schließlich in einer generell vorsichtigeren Beurteilung des internationalen Handels. Eine Intensivierung des weltweiten Warenaustausches hält nur noch jeder zweite für begrüßenswert (1980: 76 Prozent), fast jeder fünfte ist dagegen.

Was die Zukunftschancen der deutschen Wirtschaft angeht, sind die Deutschen ebenfalls optimistischer geworden. Auf die Frage, welchen Ländern sie die besten Wettbewerbschancen einräumten, nannten 70 (73) Prozent Japan, 68 (64) Prozent die Bundesrepublik und unverändert 43 Prozent die USA.

Die Furcht vor der „japanischen Herausforderung" scheint generell abzunehmen. Nur jeder zweite billigt den Japanern hohe Produktqualität zu, fast doppelt so viele aber den Erzeugnissen aus dem eigenen Land. Bei moderner Technologie liegen die Japaner und Deutschen gleich auf – an eine technologische Lücke glauben die meisten offenbar nicht –, und nur bei der Innovationsfähigkeit rangieren die Japaner knapp vorn. Die wachsende Überzeugung, sich mit den Japanern messen zu können, wird auf fast allen Märkten sichtbar. Bei Hifi-Anlagen würden 72 (1980: 57) Prozent ein in Deutschland hergestelltes Produkt kaufen und nur 52 (66) Prozent ein japanisches. Für 87 Prozent kommt in erster Linie der Kauf eines deutschen Autos in Frage (der Marktanteil liegt bei 75 Prozent), und nur 21 Prozent könnten sich auch den Kauf eines japanischen Wagens vorstellen (Marktanteil rund 10,6 Prozent). Die Lintas-Studie kommt aufgrund dieser Ergebnisse zu dem Schluß, daß die deutschen Autofirmen mit ihrer offensiven Produkt-, Modell- und Kommunikationspolitik den Nimbus der Japaner als „Marktaufroller" gebrochen haben.

PEDUS / US-Tochter hat die Mutter überholt

## Expansion aus eigener Kraft

DANKWARD SEITZ, München

„Der amerikanische Markt ist so groß und noch so ausbaufähig", daß Peter Dußmann, Inhaber der Münchner Pedus International P. Dußmann GmbH & Co. KG, keine Notwendigkeit sieht, sich in den nächsten Jahren in einem anderen außereuropäischen Land zu engagieren. Seit er vor rund sechs Jahren den Schritt in die USA wagte, hat die Pedus-Building Service Inc., Los Angeles, acht Firmen übernommen, davon drei mit Umsätzen zwischen 10 und 20 Mill. Dollar. Heute gehört die US-Tochter, so Dußmann, zu den größten Gesellschaften dieser Art in den USA.

Welche Bedeutung das Amerika-Geschäft inzwischen für die Pedus-Gruppe hat, die als Anbieter von Dienstleistungen von der Gebäudereinigung bis zur Vollverpflegung sowie Sicherheits- und Wirtschaftsdiensten tätig ist, lassen die Umsatzzahlen erkennen. 190 Mill. DM werden für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) in den USA erwartet, das sind dann rund 75 Prozent des gesamten Auslandsgeschäfts von 251 (215 nach 137) Mill. DM. Ausländische Tochtergesellschaften unterhält Pedus noch in Italien, Luxemburg und Österreich. Weit überrundet wird damit auch die Muttergesellschaft, die zum erwarteten Gruppenumsatz von 386 (342,4 nach 201,3) Mill. DM nur noch 135 (127,2) Mill. DM beisteuern wird.

Finanziert werden soll die weitere Expansion, so Dußmann, wie bisher weitgehend aus eigener Kraft. Der Kaufpreis dürfe nur so hoch sein, daß er spätestens nach drei Jahren wieder erwirtschaftet worden ist. Nach einer erstmals in Auszügen vorgelegten konsolidierten Bilanz werden für 1982/83 langfristige Verbindlichkeiten von 19,3 (12,1) Mill. DM und kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 28,9 (35,2) Mill. DM bei einem Eigenkapital von 22,6 (18,1) Mill. DM ausgewiesen. Dem steht ein Anlagevermögen von 13,8 (14,2) Mill. DM und ein Umlaufvermögen von 56,96 (51,2) Mill. DM, davon 43,2 (40,4) Mill. DM an Forderungen, gegenüber. Der Gewinn nach Steuern wird mit 1,8 (1,3) Prozent vom Umsatz angegeben.

Die Investitionen sollen 1983/84 auf 17,5 (11,1) Mill. DM ansteigen, davon allein 5,8 Mill. DM bei deutschen Tochtergesellschaften. Ebenso soll die Mitarbeiterzahl, die sich in den letzten drei Jahren um 23 Prozent auf insgesamt 19 000 – in der Bundesrepublik 9100 (8200) – erhöhte, weiter steigen.

ASEAN-HANDEL / Malaysia war wichtigster Partner

## Zuwachs nur bescheiden

HEINZ HECK, Bonn

Der Handel der Bundesrepublik mit den Asean-Ländern erreichte nach überdurchschnittlichen Zuwachsraten in den beiden vorangegangenen Jahren 1983 nur noch einen bescheidenen Zuwachs von 1,2 Prozent. Die deutsche Einfuhr aus den fünf Mitgliedstaaten Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand (seit 1984 gehört auch das inzwischen unabhängige Sultanat Brunei dazu) nahm zwar um 11,1 Prozent auf 5,6 Mrd. Mark zu, doch ging die deutsche Ausfuhr um 5,9 Prozent auf 6,6 Mrd. Mark zurück. Damit verringerte sich der Handelsbilanzüberschuß gegenüber dem Vorjahr von fast 1,9 auf 0,9 Mrd. Mark.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung war im wesentlichen die verringerte deutsche Ausfuhr nach Indonesien. 1983 hat Malaysia Indonesien vom Platz als größter deutscher Handelspartner innerhalb der Ländergruppe verdrängt (Warenaustausch rund 3,1 Mrd. Mark). Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist die Bundesrepublik weiter der größte Handelspartner der Asean-Länder. Die EG steht hinter Japan und USA an dritter Stelle in der Rangliste.

Während Singapur, Thailand und Malaysia 1983 mit einem Wirtschaftswachstum zwischen fünf und sieben Prozent erstaunliche Erfolge erzielen konnten, fielen Indonesien (ein Prozent) und die Philippinen (1,4 Prozent) deutlich ab. Indonesien leidet unter der einseitigen Ausfuhrabhängigkeit von Erdöl und dem derzeit niedrigen Stand der Rohölpreise. Auf den Philippinen wird die ungelöste politische Krise für das ungünstige Abschneiden verantwortlich gemacht. Mit Ausnahme der Philippinen wird für alle Länder mit einer Fortsetzung oder gar Steigerung des bisherigen Wachstumstempos gerechnet. Die meisten Asean-Länder setzen ihre langfristig angelegte Industrialisierungspolitik fort. Diese dient in erster Linie der Verbreiterung des Exportangebots und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

LATEINAMERIKA / IDB sagt drei Milliarden Dollar zu

## Gesundung nur durch Exporte

H.-A. SIEBERT, Washington

Nur, wenn die Ausfuhren erheblich zunehmen, können viele lateinamerikanische Länder noch in diesem Jahr ihre scharfen Importrestriktionen abbauen und vor allem wieder mehr Kapitalgüter einführen. Diese Warnung richtet die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) an die Industriestaaten, die schon bisher einen hohen Preis in Form stark gesunkener Exporte für die Schuldenkrise in der Region gezahlt haben. Der Gouverneursrat der IDB tritt heute in Punta del Este, Uruguay, zu seiner Jahrestagung zusammen. Mitglied ist auch die Bundesrepublik.

Erst höhere Deviseneinnahmen zeigten, daß Lateinamerika voll von der wirtschaftlichen Erholung in der industrialisierten Welt profitiere, heißt es im Jahresbericht der multinationalen Organisation. In der Region dauere die Rezession nun schon drei Jahre, ihr zusammengefaßtes Bruttoinlandsprodukt sei um mehr als drei, das Pro-Kopf-Einkommen um nahezu sechs Prozent geschrumpft. 1983 sei der Verbrauch noch stärker zurückgegangen als im Vorjahr; als bedrohlich wird die Zunahme der offenen Arbeitslosigkeit in den städtischen Ballungsgebieten bezeichnet.

Dieser Abwärtstrend unterstreicht die großen Opfer, die Lateinamerika auf sich genommen hat, um sich den neuen wirtschaftlichen Realitäten anzupassen. Drastisch eingeschränkt worden sind die öffentlichen Ausgaben, was auch zu einer Drosselung der Investitionen (1982: real minus 13 Prozent) führte. Diesen Aspekt nennt die IDB „besonders beunruhigend". Die Folge: für die Region als Ganzes ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf heute niedriger als 1977.

Was die IDB besonders beklagt, ist die Tatsache, daß aus Lateinamerika wegen des enormen Schuldendienstes (Gesamtverschuldung etwa 330 Milliarden Dollar) mehr Kapital abals zufließt, der Kontinent also die Rolle eines Netto-Kapitalexporteurs übernommen hat. Dies erschwere die Erholung und bremse zusätzlich die Einfuhren. Nach Angaben der Bank überstiegen 1981 die Kapitalgüterimporte der Region 37 Milliarden Dollar. 1982 sackten sie um 20 Prozent und 1983 noch einmal um ein Drittel.

Die IDB hat versucht, Dämme zu errichten, indem sie Kredite über 3,05 Milliarden Dollar, ein Rekord, zusagte und ihre eigenen Mittel auf 15,7 Milliarden Dollar aufstockte. Mit plus elf Prozent erreichten die bisher vergebenen Anleihen 25 Milliarden Dollar, womit Projekte im Wert von 91 Milliarden Dollar finanziert wurden. An den Kapitalmärkten aufgenommen hat die IDB 1,4 (1982: 1,3) Milliarden Dollar, darunter 239,2 (insgesamt: 782,2) Millionen Dollar in der Bundesrepublik.

In Washington sprach sich IDB-Präsident Ortiz Mena dafür aus, Argentinien und Venezuela, wo gerade gewählt worden ist, für die Lösung ihrer Schuldenprobleme mehr Zeit zu geben.

RENTENMARKT / Negative US-Einflüsse

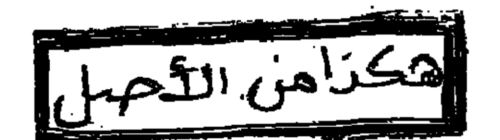
## Zinsen wieder im Aufwind

Der Rentenmarkt ist wieder in den Sog der steigenden Zinsen in den USA geraten, wo man trotz der am Donnerstag eingetretenen Beruhigung glaubt, daß das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Institutionelle Anleger, die einen weiteren Anstieg der Renditen derzeit für wahrscheinlicher halten als einen Rückgang, disponieren daher vorsichtig bei der Neuanlage von Mitteln.

Eine gewisse Versteifung des Marktes resultiert in dieser Situation auch daraus, daß der Bund als Kapitalnachfrager wieder etwas aktiver ist, weil ihm der Notenbankgewinn nur in Raten zufließt. (cd.)

| Emissionen | 23.3. 84 | 16.3. 84 | 29.12. 83 | 30.12. 82 | 30.12. 81 |
|---|---|---|---|---|---|
| Anleihen von Bund, Bahn und Post | 7,46 | 7,34 | 7,88 | 7,45 | 10,05 |
| Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände | 7,46 | 7,41 | 7,72 | 7,04 | 10,55 |
| Schuldverschreibungen von Sonderinstituten | 7,43 | 7,44 | 7,83 | 7,61 | 10,26 |
| Schuldverschreibungen der Industrie | 7,96 | 7,89 | 8,29 | 8,24 | 11,52 |
| Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften | 7,44 | 7,43 | 7,90 | 7,65 | 10,12 |
| Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit | 7,12 | 7,11 | 7,64 | 7,43 | 10,50 |
| Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit | 8,03 | 7,99 | 8,30 | 7,94 | 9,75 |
| Inländische Emittenten insgesamt | 7,45 | 7,43 | 7,89 | 7,63 | 10,19 |
| DM-Auslandsanleihen | 7,72 | 7,65 | 8,08 | 8,45 | 10,32 |





IVECO-MAGIRUS / „Erheblich reduzierter" Verlust

# Deutlicher Exporteinbruch

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Das zum Fiat-Konzern gehörende Nutzfahrzeug-Unternehmen Iveco Magirus AG, Ulm, ist auch im Geschäftsjahr 1983, das für die gesamte Branche äußerst schwierig war, in roten Zahlen geblieben. Nach Angaben der Verwaltung sei es jedoch gelungen, einen gegenüber dem Vorjahr (189 Mill. DM Defizit) „erheblich reduzierten" Verlust auszuweisen. Zu einer Präzisierung war man nicht bereit, doch dürfte der Fehlbetrag wohl in der Größenordnung von 100 Mill. DM zu suchen sein.

Möglich wurde der geringere Verlustausweis durch das in 1980 bereits eingeleitete Sanierungs- und Konsolidierungsprogramm, dessen strukturelle und personelle Anpassungen an die Marktsituation „spätestens seit Mitte letzten Jahres greifen". Aufgezählt werden als Faktoren die Entwicklung neuer Fahrzeuge, eine effizientere Vertriebsorganisation, die Konzentration der Produktion auf zwei Werke, die Senkung der Produktkosten, der Personalabbau um knapp 1500 Mitarbeiter, außerdem die Halbierung von Verbindlichkeiten, Zinsen und Beständen innerhalb von drei Jahren.

Produktion und Umsatz sackten 1983 vor allem wegen der Einbrüche im Export kräftig ab. Produziert wurden (mit knapp 8000 Mitarbeitern im Jahresdurchschnitt) nur noch 10 400 (1982: 17 900) Einheiten, das bedeutet einen Rückgang um 42 Prozent. Der Umsatz nahm um 33 Prozent auf 1,6 (2,4) Mrd. DM ab. Dabei steigerte das Unternehmen seinen Inlandsabsatz sogar um 5,5 Prozent auf über 9200 Lkw. Mit einem Marktanteilsrückgang um einen halben Punkt auf 12 Prozent bei Lkw ab 3 Tonnen habe Ivec-Magirus seine Marktposition annähernd behauptet. Auf dem Brandschutz-Sektor habe das Unternehmen das Vorjahresresultat (rund 200 Einheiten) beinahe verdoppelt.

Gravierend waren indessen die Absatzrückgänge auf den außereuropäischen Schlüsselmärkten, während das übrige Europa von Stagnation geprägt gewesen ist. Das Exportgeschäft machte mit 5700 Lkw weniger als die Hälfte des Volumens von 1982 (rund 12 900 Einheiten) aus. Bei den Brandschutz-Fahrzeugen blieb der Exportabsatz in etwa stabil.

Nach einem deutlichen Anstieg der Inlandsaufträge im Februar dieses Jahres erwartet Inveco-Magirus für den weiteren Jahresverlauf eine nachhaltige Belebung der Inlandskonjunktur. Auch im Export werde mit einer leichten Verbesserung des Absatzes gerechnet. Alles in allem sei man, wie es in der Mitteilung heißt, gestärkt in das neue Jahr gegangen: „Wir haben den Tiefpunkt hinter uns und unsere Wettbewerbsfähigkeit entscheidend verbessert." Das Unternehmen sei zuversichtlich, die für 1984 für den Absatz, den Umsatz und die Produktion gesteckten Ziele (die nicht angegeben sind) zu erreichen.

INTERNATIONALE SCHUHMESSE / Die Modefrage stand diesmal nicht im Vordergrund des Interesses

# Preisentwicklung schlug auf die Stimmung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die 57. Internationale Schuhmesse (GDS), die heute in Düsseldorf zuende geht, stand anders als ihre Vorgängerinnen stärker im Zeichen der Preiskonkurrenz als im Zeichen der Mode. Für die Einkäufer war wichtig, wie sich die Hersteller auf die letzten Preisschübe einstellen. Diese treffen vor allem die Produzenten, die bislang mit sehr materialaufwendigen und qualitativ hochstehenden Winterkollektionen hervorgetreten sind. Für die Hersteller ist entscheidend, wie sich der Handel auf die im Vergleich zu früheren Jahren außergewöhnliche Preisentwicklung einrichtet. Um zehn Prozent höhere Stiefelpreise lassen sich auch in der Kalkulation des Handels nicht leicht „wegstecken".

## Elefanten in Portugal

Die Elefanten-Schuh GmbH, Kleve, wird zusätzlich zur Tochtergesellschaft in Österreich ein weiteres Werk in Portugal gründen. Die in eigener Regie geführte Stepperei soll u. a. die Preissteigerung der inländischen Produktion begrenzen helfen. Das Unternehmen hat 1983 seine Planziele nicht erreicht. Die Elefanten-Schuh GmbH lag mit 153 Mill. DM Umsatz um 3,6 Prozent unter dem Vorjahr, die Gruppe erreichte 181 Mill. DM (minus 2,9 Prozent). Ursache dafür war vor allem die wesentlich geringere Nachfrage nach Snow-Boots. Das Jahr 1984 begann mit einer positiven Auftragsentwicklung, speziell im Kinderschuhbereich und bei neuen Linien von Sportschuhen.

## Ara setzt auf Qualität

Bei der Ara Schuhfabriken AG, Langenfeld/Rheinland, hatten Produktion und Umsatz 1983 eine Zuwachsrate von 5 Prozent auf einen Gruppenumsatz von rund 225 Mill. DM. Das auf modisch-bequeme Damenschuhe spezialisierte Unternehmen hat dank straffer Marketing-Konzeption das Preisniveau stabil halten können. Auch für die Herbst/Winter-Kollektionen wurden „nennenswerte Preissteigerungen" vermieden. Für 1984 erwartet Ara eine gute Auslastung seiner in- und ausländischen Betriebe. In der Bundesrepublik sind zur Zeit 3 Prozent mehr Mitarbeiter tätig als vor einem Jahr.

## Kapazität zurückgefahren

Die Salamander-Gruppe, Kornwestheim, hat 1983 ihren Umsatz erstmals auf über 1 Mrd. DM gesteigert (plus 1,1 Prozent). Daran hatte die Salamander AG einen Anteil von rund 639 (626) Mill. DM. Nach Angaben des Unternehmens war die um etwa 3500 Paar Schuhe arbeitstäglich zurückgenommene Produktionskapazität bei um 500 bis 600 auf 7000 Mitarbeiter verringerter Belegschaft das Jahr über ausgelastet.

## Gute Ertragslage

Die ausschließlich im Ausland fertigende Wortmann KG Internationale Schuhproduktionen, Detmold, hat mit einem um 9,2 Prozent auf 172 Mill. DM gestiegenen Umsatz 1983 wesentlich besser abgeschnitten als Wettbewerb und Handel. Der Absatz wuchs von knapp 5,9 auf fast 6,1 Mill. Paar. Der Exportanteil am Umsatz stieg nur leicht auf 20,8 Prozent und wurde hauptsächlich in Dänemark, Holland und Belgien abgewickelt. Etwa 70 Prozent der Produktion entfielen auf Damenschuhe, jeweils 15 Prozent auf Herren- und Kinderschuhe. Das Familienunternehmen setzt zuversichtlich auf einen guten Absatz 1984.

## Gallus mit hohem Plus

Die rechtlich selbständigen Unternehmen der Gallus-Gruppe, die Herrenschuhfabriken in Deutschland, Österreich und Frankreich, haben 1983 „deutlich über 100 Mill. DM umgesetzt". Davon entfielen 56 Mill. DM (plus 2 Prozent) auf die W. Vogels GmbH & Co. KG, Viersen, und 49 Mill. DM (plus 5 Prozent) auf die Peter + Bernd Vogels KG im österreichischen Wolfsburg mit einer Produktion von rund 900 000 Paar (plus 5 Prozent). Die deutsche Gesellschaft (350 Mitarbeiter) hat den Inlandsumsatz um 3 Prozent steigern können. Die Ertragslage wird für Deutschland als befriedigend, für Österreich als „ausgesprochen gut" bezeichnet.

DEUTSCHE BANK

# In Berlin gut verdient

tb. Berlin

Als ein gutes Jahr wie seit langer Zeit nicht mehr bezeichnet der Vorstand der Deutschen Bank Berlin AG das Geschäftsjahr 1983. Die Tochtergesellschaft der Deutschen Bank hat 1983 hervorragend verdient. Der Jahresüberschuß hat sich mit 56 (28,5) Mill. DM fast verdoppelt. Daraus wurden 40 (15) Mill. DM in die offenen Rücklagen eingestellt. Die Dividende wurde von 18 auf 20 Prozent angehoben. Die Hauptversammlung der Bank beschloß neben der Dividendenerhöhung eine Kapitalerhöhung um 10 Mill. DM auf 80 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln mit Gewinnberechtigung für 1983.

Die Bilanzsumme der Bank ist 1983 um 9,8 Prozent auf 7,172 (6,529) Mrd. DM gewachsen; das Geschäftsvolumen nahm um 9,4 Prozent auf 7,367 (6,735) Mrd. DM zu. Die fremden Gelder erhöhten sich um 9,2 Prozent auf 6,435 (5,895) Mrd. DM. Dabei stiegen die Spareinlagen um 9,3 Prozent auf 2,12 Mrd. DM. Um 6,2 Prozent auf 4,617 (4,347) Mrd. DM erhöhte sich das Kreditvolumen. Schwerpunkt des Kreditgeschäfts lag im Bereich der kurz- und mittelfristigen Ausleihungen. Die Zinsspanne wurde mit 3,85 (3,53) Prozent angegeben. Im laufenden Jahr, so meint der Vorstand, wird sich das stolze Ergebnis auf dieser Höhe nicht halten lassen.

# Gutes Geschäft mit mobilen Kliniken

dos. Hannover

Einen Umsatz von rund 50 Mill. DM erzielte die im April 1983 gegründete Hospital Services Group GmbH (Hoseg), Hannover, im Rumpfgeschäftsjahr 1983. Das Unternehmen, das mit 2 Mill. DM Kapital ausgestattet ist, befaßt sich mit der Lieferung fahrbarer Krankenhäuser vor allem in den arabischen Raum. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Containerfahrzeugen seien die mobilen Kliniken von Hoseg ausfaltbar und dadurch geräumiger. Der größte Auftrag sei mit Saudi-Arabien abgewickelt worden. Für die nach Mekka pilgernden Gläubigen wurden Anlagen im Wert von 36 Mill. DM geliefert. Die patentierten Fahrzeugaufbauten hatte Ackermann-Frühauf montiert.

Für 1984 rechne Hoseg mit einer deutlichen Stiegerung des Umsatzes. Die Geschäftstätigkeit soll auf eine breitere Basis gestellt werden durch die Einrichtung von drei Servicezentren für Medizintechnik in Niedersachsen. Angestrebt werde die Wartung technischer Geräte in den hiesigen Krankenhäusern.

# UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## Weniger Hähnchen

**Frankfurt** (dpa / VWD) – Die Geflügel-Kontor GmbH, Frankfurt, ein Vertriebs-Zusammenschluß von neun Schlachtereien, hat 1983 den Absatz ihrer Marken um 5,2 Prozent gesteigert. Der Umsatz erreichte rund 430 Mill. DM. Etwa 90 Prozent davon entfallen auf den Binnenmarkt. Jeder Bundesbürger verzehrte nach Angaben des Unternehmens 1983 nur noch sechs Kilogramm Hähnchenfleisch nach 6,2 kg im Vorjahr. In Frankreich betrug der Pro-Kopf-Verbrauch 8,9 (8,7) kg, in den Niederlanden 9,4 (8,8) kg und in Italien unverändert 10 kg. Der Gesamtverbrauch an Hähnchenfleisch machte in der Bundesrepublik im Berichtsjahr 360 000 Tonnen aus.

## Wieder Gewinn

**London** (fu) – Hoechst UK Ltd, die britische Tochter des deutschen Chemiekonzerns, hat im vergangenen Jahr von einer deutlich verbesserten Marktlage und eigenen Rationalisierungs-Anstrengungen kräftig profitiert. Nachdem im Geschäftsjahr 1982 noch ein Verlust vor Steuern in Höhe von 1,8 Mill. Pfund hingenommen werden mußte, konnte für das vergangene Jahr ein Vorsteuergewinn von 4,4 Mill. Pfund ausgewiesen werden. Nach Abzug von Steuern und unter Hinzurechnung außerordentlicher Einkommen aus Rationalisierungsmaßnahmen beträgt der verfügbare Gewinn 3,6 Mill. Pfund nach einem Verlust in Höhe von 8,1 Mill. Pfund. Der Umsatz der Hoechst UK-Gruppe (sie umfaßt die Bereiche Chemie und Pharma, Farben sowie Büro-Kommunikationsgeräte erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,3 Prozent auf 523 Mill. Pfund.

## Tischcomputer für Anwälte

**Essen** (DW.) – Anwälte können künftig ihre Gebührenabrechnungen, Anträge auf Erlaß eines Mahnbescheides, Zwangsvollstreckung mit automatischer Zins- und Gebührenberechnungen nach Paragraph 366, 367 BGB über einen Tischcomputer abwickeln. Die Programme sind rechtlich geprüft und somit ohne jede Einschränkung nutzbar, meint die Hans-Soldan-Stiftung, Essen, die diese Geräte vertreibt. Nach Ansicht der Stiftung hat der Anwalt damit eine Alternative zu den „integrierten Lösungen" der Mittleren Datentecnnik.

## Wiederhold zufrieden

**Hilden** (VWD) – Der Umsatz der Hermann Wiederhold GmbH (Hilden), Tochter der Imperial Chemical Industries Pec (ICI), wird für 1983 mit 246 Mill. DM angegeben. Das Betriebsergebnis war nach Angaben des Farbenherstellers positiv, ohne daß jedoch eine absolute Zahl genannt wurde. Das Mengenwachstum habe 10 Prozent betragen. 1983 wurde eine 16-Mill.-DM-Fertigungsanlage für pigmentierte Lacke in Betrieb genommen. Das Zweitwerk Hamburg, die ehemaligen Spangenberg-Werke, wurden mit einem Aufwand von 6 Mill. DM geschlossen. Alle Bereiche des Unternehmens hätten 1983 die Planzahlen übertroffen. In der Sparte Automobilindustrie wurde eine 20prozentige Umsatzsteigerung erzielt.

# NAMEN

**Karl Knauf**, Seniorchef und Mitbegründer der Gebr. Knauf Westdeutsche Gipswerke, Iphofen, feiert am 27. März den 75. Geburtstag.

**Werner Eckart**, persönlich haftender Gesellschafter der Pfanni-Werke Otto Eckart KG, München, vollendet am 27. März das 75. Lebensjahr.

**Dr. Hans Jürgen Amelung**, Vorstandsmitglied der Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank, Düsseldorf und Berlin, wird am 27. März 60 Jahre.

**Wolfgang Klamann** (41) ist seit dem 1. Januar 1984 Verkaufsdirektor und Mitglied der Geschäftsführung der Moulinex GmbH, Köln.

**Dr. Joachim Feigs** (34), zuletzt Marketing-Direktor bei der deutschen Wrigley, übernimmt ab 1. Mai 1984 die Position des Marketing-Direktors bei der Gervais Danone AG, München.

**Frederic G. Drake** (53), Vorstandsvorsitzender der General Electric Deutschland GmbH, ist als Nachfolger von **George N. Fugelsang** (Citibank N. A.) zum Präsidenten der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland gewählt worden.

**Dr. Wolfgang Wegmann**, kaufmännischer Geschäftsführer der Hucke-Firmengruppe in Lübbecke, ist per 1. Juli 1984 zum Geschäftsführer der AMK Berlin Ausstellungs-Messe-Kongress-GmbH bestellt worden. Er wird nach dem Ausscheiden des derzeitigen Vorsitzenden Walther Moslener gemeinsam mit Dr. Manfred Busche die AMK Berlin führen.

# KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Frankfurt/M.:** Volkmar Escher, Inh. d. Escher Sanitherm Inh. Ing. Volkmar Escher; Nachl. d. Michael Heinz Sillekens; **Herford:** Nachl. d. Erna Bohnenkamp geb. Bialowons, Bad Oeynhausen 2; **Montabaur:** Wüst GmbH; **Schleiden:** Legrun Archit. u. Ing. GmbH, Schleiden-Wolfgarten; **Schwarzenbek:** Dipl.-Ing. Ulrich Rudolf, Kaufmann, Bäk, Alleininh. d. Franz Wirth, Bedachung, Ratzeburg; **Stuttgart 1:** Ditmar Cabanis GmbH, Einfuhr und Handel m. Textilien, Sindelfingen; Ditmar Cabanis GmbH & Co. KG, Textilvertretungen, Sindelfingen; **Vaihingen/Enz:** Nachl. d. Katharina Werner, Engelsbrand; **Vechta:** Günter Oltens, Maurermeister, Damme-Rüschendorf; **Würzburg:** RHS Rohbau GmbH.

**Vergleich beantragt: Berlin-Charlottenburg:** KMB Kabel-Maschinen-Berlin GmbH; **Siegen:** Günther Thieme, Galvaniseur u. Metallschleifermeister; **Wuppertal:** Rudolf Homberg Textilwerk GmbH + Co. KG; Rudolf Homberg Beteiligungsges. mbH.

## ERGEBNISSE

| | | |
|---|---|---|
| Offenbach – Dortmund | 0:0 | : |
| Bremen – Kaiserslautern | 1:1 | (1:1) |
| Braunschweig – Hamburg | 0:0 | : |
| Mannheim – Frankfurt | 1:1 | (0:0) |
| Bochum – Nürnberg | 2:0 | (0:0) |
| Bielefeld – Leverkusen | 3:0 | (0:0) |
| Düsseldorf – Uerdingen | 1:1 | (1:0) |
| Köln – Stuttgart | 2:2 | (2:1) |
| Gladbach – München | 3:0 | (0:0) |

## DIE SPIELE

**Offenbach – Dortmund 3:1 (1:1)**
**Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Trapp (4/1), Konopka (3), Storck (3). – **Rote Karte:** Demuth.

**Braunschweig – Hamburg 0:0**
**Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Zuschauer:** 28 557. – **Gelbe Karten:** Pahl (4/2), Jakobs (4/2).

**Düsseldorf – Uerdingen 1:1 (1:0)**
**Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Theis (26.), 1:1 Herget (70.). – **Zuschauer:** 10 200. – **Gelbe Karten:** Theis (4/1), Bockenfeld (3).

**Köln – Stuttgart 2:2 (2:1)**
**Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 1:0 Fischer (8.), 2:0 Fischer (32.), 2:1 Reichert (38.), 2:2 Reichert (63.). – **Gelbe Karten:** Hartmann (3), B. Förster (7/1).

**Bremen – K'lautern 1:1 (1:1)**
**Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 0:1 Hübner (6.), 1:1 Meier (24.). – **Zuschauer:** 16 500. – **Gelbe Karten:** Reinders (4/1), Brehme (4/1).

**Bochum – Nürnberg 2:0 (0:0)**
**Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Lameck (65.), 2:0 Schreier (73.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Trunk (3), Reinhardt.

**Bielefeld – Leverkusen 3:0 (0:0)**
**Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergern). – **Tore:** 1:0 Hupe (85.), 2:0 Pagelsdorf (90., Handelfmeter), 3:0 Pagelsdorf (94.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Schnier (4/1), Wohlers (4/2), Bast (4), Bittorf (4/1).

**M'gladbach – München 3:0 (0:0)**
**Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 1:0 (79.), 2:0 Criens (83.), 3:0 Mill (90.). – **Zuschauer:** 34 500. – **Gelbe Karten:** Bruns (4), Kraus, M. Rummenigge (4), Augenthaler (7/1).

**Mannheim – Frankfurt 1:1 (0:0)**
**Schiedsrichter:** Dellwing (Trier). – **Tore:** 1:0 Olaidotter (59.), 1:1 Falkenmayer (73.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karten:** Knapp (4/1), Berthold (2), Kraaz (2). – **Rote Karte:** Schlindwein (74.).

**Dieter Schlindwein ist der 20. Spieler der laufenden Saison, der des Feldes verwiesen wurde. Bereits am Freitag traf es den Offenbacher Dietmar Demuth. Damit wird der negative Rekord der Roten Karten in dieser Saison weiter ausgebaut. Den bisher höchsten Stand gab es in den Spielzeiten 1966/67 und 1968/69 mit jeweils 14 Platzverweisen. Die Gesamtzahl der Feldverweise in der Bundesliga-Geschichte seit 1963 stieg auf 216. Es bleibt also dabei, was der Schiedsrichter-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes vor der Saison angekündigt hatte: Die Schiedsrichter seien angehalten härter durchzugreifen, um besonders die Stürmer zu schützen. Drei Spieler müssen außerdem wegen der vierten Verwarnung am nächsten Samstag automatisch aussetzen: Bast (Leverkusen), Bruns (Mönchengladbach), Michael Rummenigge (München).**



## VORSCHAU

**Freitag, 30.3., 20 Uhr:**
Uerdingen – Offenbach (2:3)
**Samstag, 31.3., 15 Uhr:**
Leverkusen – Düsseldorf (2:2)
**Samstag, 31.3., 15.30 Uhr:**
K'lautern – Braunschweig (0:4)
Stuttgart – Bielefeld (0:0)
Nürnberg – M'gladbach (0:2)
Frankfurt – Bochum (1:4)
Hamburg – Mannheim (1:0)
Dortmund – Bremen (1:2)
München – Köln (0:2)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Der Wechsel von Lothar Matthäus zu Bayern München führt zu einem deftigen Streit in der Bundesliga

# Wortgefechte – Heynckes: „Ich lache über Hoeneß"

B. WEBER, **Mönchengladbach**

Der Streit wirft Grundsatzfragen nach dem Zusammenleben der 18 Bundesligavereine auf. Deswegen wird er so verbittert geführt. Deswegen ging der Schlagabtausch auch dann noch mit unverminderter Härte weiter, als längst abgehakt war daß Borussia Mönchengladbach, in einem eher langweiligen Abklatsch früherer ungleich erregenderer Duelle, Bayern München mit 3:0 geschlagen hat. Darum geht es: Ist die Bundesliga, die Gladbachs sonst so cooler Manager Helmut Grashoff in diesem Fall mit Leidenschaft argumentiert, „ein Großunternehmen mit 18 Filialen, die sich nicht gegenseitig die beste Ware aus den Regalen entnehmen dürfen"? Oder ist, wie Kontrahent Uli Hoeneß von Bayern München offensichtlich glaubt, jede Filiale ein Unternehmen für sich, das ausschließlich hauseigene Interessen zu verfolgen hat? Weil sich beide Manager im Recht fühlen, ohne auch nur dem Kontrahent einen Schritt entgegen zu kommen, reden sie nicht mehr miteinander, ja sie grüßen sich nicht einmal mehr. Dafür beschimpfen sie sich über den Umweg der Medien nach allen Regeln der Kunst. Grashoff über Hoeneß: „Er ist ein charakterloser Preistreiber". Hoeneß über Grashoff: „Menschlich ist er für mich eine einzige Enttäuschung".

Mitten zwischen den Duellanten steht, zuweilen hilflos und im hohen Maße verlegen, Nationalspieler Lothar Matthäus, der den Krieg der Manager durch seinen nunmehr als definitiv verkündeten Wechsel von der Borussia zu den Bayern erst richtig ausgelöst hat. Das Fernsehen, ARD und ZDF in gleicher Weise, hatte am Samstag vor und nach dem Spiel geradezu Mattäus-Festspiele inszeniert, die dann aber doch eher zur Matthäus-Passion gerieten. Der kleine Mittelfeldrenner fühlte sich gewiß nicht wohl in seiner Haut, ja er litt förmlich, als er vor den laufenden Kameras gedrängt wurde, seine Entscheidung für München zu begründen. Matthäus: „Dafür habe ich ausschließlich sportliche Motive. Die Bayern sind langfristig auch ohne Karl-Heinz Rummenigge die stabilere Mannschaft". Trainer Jupp Heynckes konterte sofort: „Die Argumente nehme ich dem Lothar überhaupt nicht ab. Nach meinen Informationen geht er ausschließlich deshalb, weil er von Hoeneß mit viel Geld geködert wurde. Daß er das bessere Angebot annimmt, kann ich ihm nicht verübeln. Das er aber vorgibt, er verlasse uns, weil er sich sportlich verbessern könne, ist einfach nicht die Wahrheit". Heynckes zur WELT: „Und die Einlassungen von Hoeneß in dieser Geschichte sind so absurd, daß ich über sie nur noch lachen kann".

Tatsächlich hatte der Bayern-Manager einen mehr als fragwürdigen Fernsehauftritt. Ohne rot zu werden, verkündete er, daß Matthäus in München „gerade mal 50 Prozent von dem unmoralischen 474 000-Jahresgehaltsangebot bekommt, daß ihm die Gladbacher in letzter Sekunde gemacht haben". Die Borussen, allen voran Grashoff, so der Bayern-Manager, könnten im Kampf um Matthäus einfach nicht Bmit Anstand verlieren. Deshalb würden sie in blinder Wut die Augen davor verschließen, daß Matthäus sich auch deshalb für Bayern entschieden habe, weil dies ein glänzend geführter Verein sei. Außerdem: „Lothar kann von München aus seinen Heimatort Herzogenaurach viel schneller erreichen als von Mönchengladbach aus ..."

Kann man den letzten Satz noch eher als den erheiternden Teil seiner Aussagen ansehen, so machte Hoeneß später einen Zusatz, der das Thema zu einem Dauerkonfliktstoff programmiert. Münchens Manager (Branchenjargon: „Der Scheinwerfer der Bundesliga") bezeichnete Mönchengladbachs 474 000-DM-Offerte als Scheinangebot, um die Ablösesumme zu erhöhen. Diesen Schritt, so Hoeneß, werden sich die Bayern notfalls wirkungsvoll zu begegnen wissen. Hoeneß: „Es wäre juristisch absolut möglich, daß Lothar Matthäus am 1. Juli zu Wattenscheid 09 geht, und wir ihn am 15. Juli dem Zweitligaklub abkaufen." Mit diesem Trick könnte sich München tatsächlich die Transferbestimmungen des Deutschen Fußball-Bundes zunutze machen. Denn: Die Höhe der Ablösesumme errechnet sich aus dem Gehalt der Spieler und der Finanzstärke der Vereine. Über den Umweg Wattenscheid transferiert, würde Bayern den Nationalspieler um fast eine Million Mark billiger an Land ziehen können als von Borussia Mönchengladbach direkt. Deren Manager Grashoff verlangt „2,5 Millionen und keine Mark weniger. Und die werden wir uns auch holen, wenn nötig mit der Hilfe des DFB-Schiedsgerichts".

Daß Grashoff so zornig ist, hat freilich nicht nur mit seinem Münchner Kollegen zu tun. Es ist wohl auch die Wut über sich selbst. Letztes Jahr im September nämlich hat er es verpaßt, Matthäus langfristig an die Borussia zu binden. Damals ist der Nationalspieler gleich mehrfach an seinen Vorstand mit der Bitte um einen neuen Dreijahresvertrag herangetreten. Grashoff hat, was sich jetzt als der wohl einzige schwere Fehler seiner langen erfolgreichen Amtszeit erwies, abgelehnt, obwohl der Spieler damals noch zu relativ günstigen Bedingungen zu halten gewesen wäre. Heynckes gab der WELT gegenüber zu: „Ganz klar, im September hätten wir zuschlagen müssen".

Doch das ist nun Schnee vom vergangenen Jahr. Die Anhänger von Mönchengladbach interessiert im Moment mehr, inwieweit Matthäus den ganzen Ärger abschütteln kann, inwieweit die Vorgänge nicht doch dauerhaften Unfrieden auch in das Vereinsleben der Borussia tragen und damit die nach dem 3:0-Sieg über Bayern schlagartig gestiegenen Chancen auf den Meistertitel schnell wieder platzen. Heynckes dazu: „Ich sehe die Gefahr nicht. Und ich selbst werde alles tun, um Lothar, bei aller Unterschiedlichkeit unserer Auffassungen in der finanziellen Frage – voll zu unterstützen. Beispielsweise dadurch, daß er unser Mannschaftsführer zumindest solange bleibt, wie unser etatmäßiger Kapitän Wilfried Hannes noch verletzt ist". Mag sogar sein, daß die Gladbacher die Endphase ihres Zusammenlebens mit Matthäus einigermaßen störungsfrei gestalten können. Indes, Unruheherde tun sich auch in dessen Schatten auf. Nationalspieler Hans-Günther Bruns ist mit seinem derzeitigen Gehalt nicht mehr zufrieden. „Ich habe ein gutes Angebot von einem französischen Erstligaklub vorliegen", sagt er vieldeutig. Frank Mill, der am Samstag zwei Kopfballtore erzielte, wurde nach dem Abpfiff von einer fünfköpfigen Delegation des AC Mailand umlagert. Mill meinte am Sonntagmorgen: „Die haben wir ein 800 000 Mark Jahresgehalt angeboten". Uwe Rahn schließlich wird vom 1. FC Köln und von Bayer Leverkusen umworben. Borussia – Quo vadis?


**Lothar Matthäus: Er wirft sein Trikot ins Gladbacher Publikum – Abschied vom Bökelberg** FOTO: LUBEPRINTS

# *Ausgepfiffen, vom Platz geholt Pierre Littbarskis tiefer Sturz*

Von ULRICH DOST

Jahrelang war **Pierre Littbarski** (23), das, was die Amerikaner als „Every-bodys-Darling" bezeichneten. Mit seiner offenen, unkomplizierten Art, mit seinen kessen Sprüchen kam er gut beim Publikum an. Sie waren verzückt, wenn der kleine Kölner (1,68 m) seine Gegner reihenweise ins Leere laufen ließ, wenn er dank seiner krummen Beine Dribblings schaffte, die niemand für möglich hielt. Die steile Karriere zum Nationalspieler war programmiert, und sie trat auch tatsächlich ein. Das Bankkonto stieg und stieg, die Popularität auch.

Der Kopf jedoch konnte diese Entwicklung nicht auf die Reihe bringen. Schon bald zählte der junge Mann zum Kreis der Bundesliga-Spieler, die den teuersten Wagen fuhren, deren Haus plötzlich zu klein war, die sich mit Schmuck behängten und deren Freizeitgestaltung fast ausschließlich darin besteht, irgendeine Cassette in den Video-Recorder zu schieben. Wo andere Jugendliche in diesem Alter um Lehrstellen, Arbeitsplätze und Studienmöglichkeiten kämpften, erlebte Littbarski das Paradies auf Erden.

Inzwischen aber hat ihn die Wirklichkeit wieder eingeholt. Bundestrainer **Jupp Derwall** (57) kann die mißlungenen Tricks des Rechtsaußen nicht mehr sehen. Am Samstag beim Bundesligaspiel gegen den VfB Stuttgart war auch die Geduld von Kölns Trainer **Hannes Löhr** (39) aufgebraucht. Löhr beugte sich den Unmutsäußerungen des Kölner Publikums und holte den einstigen Liebling vom Platz. Löhr: „Es stimmt mich traurig, daß ich einen Mann wie Littbarski auswechseln muß, aber ich wollte ihm weitere Pfiffe ersparen."

Seit der Weltmeisterschaft in Spanien befindet sich Pierre Littbarski in einem Dauer-Formtief. Er selbst kann es sich nicht erklären. Mit Ratschlägen wie die von **Bernhard Worms** (55), Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen und Verwaltungsrat-Mitglied des 1. FC Köln, für Littbarski sei eine lange Pause das beste, will sich der Nationalspieler nicht anfreunden.

Jedermann in Köln war bemüht, den Fall des Mannschafts-Kapitäns aufzuhalten. Trainer LKöhr hatte noch vor Wochen gesagt, Littbarski könne bei ihm so schlecht spielen, wie er wolle, er werde ihn nicht aus der Mannschaft nehmen. Doch nun ging es wirklich nicht mehr. Littbarski verschoß in der vierten Minute einen Elfmeter und produzierte danach nur Fehlpässe.

Es spricht zumindest für den gebürtigen Berliner, daß er die Entscheidung akzeptierte. Littbarski: „Wenn einer so schlecht spielt wie ich, ist das die richtige Maßnahme."

Und wie gedenkt er, aus der Krise herauszukommen? „Ich muß einfach besser spielen." Das ist bestimmt leichter gesagt als getan.

Heute ist er froh, daß er die Angebote aus Italien und Spanien nicht ernst genommen hat. Littbarski: „Dann säße ich jetzt bestimmt irgendwo alleine und könnte mit niemandem reden." Vielleicht wurde mit ihm und über ihn schon zuviel geredet. Vielleicht wäre jetzt einmal ein hartes Wort angebracht. Wem so vieles so leicht in den Schoß gefallen ist, der muß auch erkennen, daß er im Leben auch mal kämpfen muß, um Erreichtes zu bewahren.

*

Pierre Littbarski braucht eigentlich nicht weit zu schauen, um zu erkennen, wie so etwas geht. Torwart **Harald Schumacher** (30) macht es ihm täglich vor. 2:0 hatten die Kölner gegen Stuttgart zur Halbzeit geführt, den Vorsprung aber nicht halten können. Die Entschuldigung, die jungen Spieler besäßen nicht die Kraft für 90 Minuten, wollte Schumacher nicht gelten lassen. Jedermann würde doch nur noch sein Trainingsprogramm pflichtgemäß erledigen. Schumacher: „Die einzigen, die beim 1. FC Köln mehr trainieren, als sie müßten, sind doch die Torleute."

*

Recht still geworden ist es um den Hamburger SV – was die Aktivitäten auf dem Transfermarkt betreffen. Stille Wasser sind bekanntlich tief, und wie es aussieht, ist die Ruhe der Hamburger nur vordergründig. Wo die Bayern mit **Karl-Heinz Rummenigge** (28) und **Lothar Matthäus** (23) sowie die Bremer mit **Rudi Völler** (24) nur immer noch über die Höhe der Millionen reden, scheinen die Hamburger im stillen viel Gutes zu tun.

Ihren Mittelstürmer **Dieter Schatzschneider** (25) werde der HSV in der nächsten Saison zum wahrscheinlichen Bundesliga-Aufsteiger Schalke 04 ausleihen, so schrieb die „Kölnische Rundschau". Die Manager **Günter Netzer** (39) und **Rudi Assauer** (41) seien sich längst einig über das Geschäft. Das wäre zumindest eine Erklärung dafür, daß Hamburgs Trainer **Ernst Happel** (58) kaum noch die Dienste des Torjägers in Anspruch nimmt, den viele schon in der Nationalmannschaft gesehen haben.

Dieter Schatzschneider selbst zeigte sich von dieser Entwicklung nicht informiert: „Davon weiß ich nichts. Ich spreche zwar jede Woche mit dem Schalker Trainer Diethelm Ferner, aber ein Wechsel kam nie zur Sprache. Mit dem Schalker Vorstand habe ich auch nicht gesprochen. Konkreter sind da schon die Kontakte zum 1. FC Köln, denn mit Schatzmeister Karl-Heinz Thielen und Trainer Löhr habe ich gesprochen."

Kein Zweifel, Schatzschneider ist längst nicht mehr der große Kämpfer, der selbstbewußte Sprücheklopfer, der er noch zu Beginn seiner Tätigkeit in Hamburg war, als die ganze Mannschaft gegen ihn war. Heute sagt er: „Ich bin ein Ich-bezogener Spieler. Was sich die Hamburger hier wünschen, das schöne Spiel nach rechts und links, das ist nicht meine Sache." Womöglich werden die Hamburger den Mittelstürmer zum Saisonende abgeben. Vorstellungen haben sie offenbar jedoch, wer demnächst bei ihnen spielen soll. An der Gerüchtebörse wird der Name **Ralf Falkenmayer** (21) ganz groß geschrieben. Falls Frankfurt den Klassenerhalt nicht schafft, käme nur ein Wechsel für Falkenmayer nach Hamburg in Frage. Und **Andreas Brehme** (23) vom 1. FC Kaiserlautern, seit jüngster Zeit Nationalspieler, soll im vertrauten Kreis gesagt haben, daß er sich zu 90 Prozent mit dem Hamburger SV einig sei. Wirklich nur Gerüchte?




*

Rudi Völler hat ja jetzt in Bremen gottlob alle Spekulationen beendet. Völler: „Ich werde meinen Vertrag in Bremen bis 1985 erfüllen." Damit hat Völler selbst das ganze Gerede um die vielen Millionen aus Florenz, Mailand oder wer da sonst noch so viel Geld zu haben scheint erst einmal ad absurdum geführt. Denn eines ist doch klar: Gäbe es diese Angebote tatsächlich, die mit einem Schlag den Mittelstürmer der Nationalmannschaft zu einem reichen Mann machen würden, wäre er doch schön dumm, würde er auf dieses Geld verzichten.

Denn auch das ist klar: Völlers Berater **Holger Klemme** (32) wird schon die entsprechenden Paragraphen in den Vertrag mit den Bremern eingebaut haben, die den Millionenfluß für Völler bei einem Wechsel ins Ausland garantieren. Wie kann es sich heute jemand erlauben, freiwillig auf soviel Geld zu verzichten. Die Hoffnung, der Marktwert von Völler werde sich noch steigern, ist ohnehin nur eine wackelige Brücke. Denn ebenso muß bedacht werden, daß Völlers Karriere schon morgen durch eine böse Verletzung beendet sein könnte.

Da bleibt eigentlich nur eins übrig: Entweder will da jemand in die Schlagzeilen, um den es sehr ruhig geworden ist (wie zum Beispiel Holger Klemme), oder Völler müßte sich nachsagen lassen, daß es Dummheit sei, so viel Geld auszuschlagen. Wahrscheinlich aber ist es dies: Die Angebote sind doch nicht so heiß, wie sie gemacht werden. Völler selbst hat die passende Antwort gegeben.

# 25. Spieltag: Hamburger SV bester Klub der Rückrunde

| | | | | | | | Heim | | Auswärts | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. München | 25 | 15 | 5 | 5 | 59:25 | 35:15 | 42:6 | 22:2 | 17:19 | 13:13 |
| 2. Hamburg | 25 | 15 | 5 | 5 | 56:26 | 35:15 | 43:13 | 22:4 | 13:13 | 13:11 |
| 3. Gladbach | 25 | 15 | 5 | 5 | 57:34 | 35:15 | 40:12 | 25:1 | 17:22 | 10:14 |
| 4. Stuttgart | 25 | 13 | 8 | 4 | 54:26 | 34:16 | 35:8 | 21:3 | 19:18 | 13:13 |
| 5. Bremen | 25 | 12 | 6 | 7 | 51:31 | 30:20 | 37:8 | 22:4 | 14:23 | 8:16 |
| 6. Düsseldorf | 25 | 10 | 6 | 9 | 52:44 | 26:24 | 38:15 | 19:7 | 14:29 | 7:17 |
| 7. Köln | 25 | 11 | 4 | 10 | 45:38 | 26:24 | 28:16 | 17:9 | 17:22 | 9:15 |
| 8. Leverkusen | 25 | 10 | 6 | 9 | 42:43 | 26:24 | 27:13 | 19:5 | 15:30 | 7:19 |
| 9. Bielefeld | 25 | 9 | 7 | 9 | 33:39 | 25:25 | 20:15 | 16:10 | 13:24 | 9:15 |
| 10. K'lautern | 25 | 9 | 5 | 11 | 53:49 | 23:27 | 30:17 | 16:10 | 23:32 | 7:17 |
| 11. Uerdingen | 25 | 8 | 7 | 10 | 42:52 | 23:27 | 22:19 | 15:9 | 20:33 | 8:18 |
| 12. Braunschweig | 25 | 10 | 3 | 12 | 39:56 | 23:27 | 27:15 | 18:6 | 12:41 | 5:21 |
| 13. Dortmund | 25 | 8 | 6 | 11 | 36:45 | 22:28 | 24:11 | 18:8 | 12:34 | 4:20 |
| 14. Mannheim | 25 | 5 | 11 | 9 | 27:41 | 21:29 | 18:16 | 13:11 | 9:25 | 8:18 |
| 15. Bochum | 25 | 7 | 6 | 12 | 44:58 | 20:30 | 27:19 | 16:8 | 17:39 | 4:22 |
| 16. Frankfurt | 25 | 3 | 11 | 11 | 31:48 | 17:33 | 17:16 | 12:14 | 14:32 | 5:19 |
| 17. Offenbach | 25 | 5 | 5 | 15 | 31:75 | 15:35 | 21:23 | 13:11 | 10:52 | 2:24 |
| 18. Nürnberg | 25 | 6 | 2 | 17 | 29:51 | 14:36 | 25:18 | 14:10 | 4:33 | 0:26 |

Meister Hamburger SV ist trotz des 0:0 in Braunschweig mit 13:3 Punkten weiterhin das beste Team der Rückrunde. Vor Mönchengladbach (12:4), München (11:5) sowie Dortmund und Braunschweig (beide 10:6). Allein noch sieglos im Jahre 1984 ist weiterhin Mannheim. Ebenfalls nur fünf Punkte wie der Neuling holten in der zweiten Serie Nürnberg, Düsseldorf und Offenbach. Mit zuletzt 1:11 Punkten ist Düsseldorf am längsten ohne Sieg. Der 1.FC Nürnberg feierte ein trauriges Silberjubiläum. Das 0:2 in Bochum bedeutete die 25. Niederlage hintereinander seit dem 9. Oktober 1982 (2:2 in Braunschweig).

Nur 18 Tore am 25. Spieltag – das ist die geringste Ausbeute in der laufenden Saison, deren niedrigste Torquote zuvor bei 23 Treffern am 14. Spieltag gelegen hatte. Nur 18 Tore wurden zuletzt am 29. November 1980 registriert. Trotz dieses Minusrekordes stieg die Gesamttorzahl der Spielzeit auf 781, das sind 40 Tore mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. In der Torschützenliste führt weiter Karl-Heinz Rummenigge mit 19 Treffern. Ihm folgen der Bochumer Christian Schreier und der Mönchengladbacher Frank Mill, der gegen Bayern München zwei Treffer erzielte, mit 15 Toren.

2. Liga

## Die Verfolger rücken Schalke immer näher

sid, Gelsenkirchen

Die euphorischen Prognosen der Schalker Fans sind leiser geworden. Nach dem erneuten Punktverlust des Tabellenführers beim 3:3 im Parkstadion gegen Union Solingen rükken die Verfolger weiter auf. Noch vor zwei Wochen stützte sich der Bundesliga-Absteiger auf einem Ver-Punkte-Polster. Doch seit dem 28. Spieltag der Zweiten Fußball-Bundesliga beträgt der Abstand zum Zweiten, Karlsruher SC (41:15), nur noch einen, zum Dritten, Hessen Kassel (37:17), nach Minuspunkten nur noch drei Punkte.

Von Panik will jedoch Trainer Diethelm Ferner nicht shören. Nach der beinahe verpatzten Generalprobe für das Wiederholungsspiel im DFB-Pokal-Viertelfinale am Dienstag gegen Hertha BSC Berlin meinte der Schalker Coach: „Beim Tanz auf zwei Hochzeiten macht sich offenbar ein Kräfteverschleiß bemerkbar. Wir müssen jetzt aufpassen, daß wir im Endspurt der Meisterschaft keine Probleme bekommen".

Präsident Joachim Fenne sieht jedoch im Pokal eine dringende Notwendigkeit, die Bilanz zu korrigeiren, denn nach den nur 13 000 Zuschauern im Spiel gegen Solingen liegen die Schalker mittlerweile rund 3000 unter dem veranschlagten Schnitt von 17 000. Doch die Werbetrommel für das Cupspiel ruhrten Dietz und Co. wahrlich nicht. „In der Abwehr gab es unerklärliche Schwächen", resümierte Ferner.

### DIE ERGEBNISSE

| | | |
|---|---|---|
| Schalke – Solingen | 3:3 | (1:2) |
| Ulm – Darmstadt | 1:1 | (1:0) |
| Kassel – Osnabrück | 1:0 | (1:0) |
| Oberhausen – Hannover | 1:0 | (0:0) |
| Saarbrücken – Hertha BSC | 3:2 | (2:0) |
| SCC Berlin – Karlsruhe | 0:3 | (0:3) |
| Lüttringh. – Duisburg | 1:2 | (0:1) |
| Köln – Aachen | 2:0 | (0:0) |
| Stuttgart – Freiburg | 2:1 | (2:0) |
| Essen – Wattenscheid | 1:1 | (1:0) |

### DIE TABELLE

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1.Schalke | 28 | 17 | 8 | 3 | 71:30 | 42:14 |
| 2.Karlsruhe | 28 | 18 | 5 | 5 | 66:35 | 41:15 |
| 3.Kassel | 27 | 16 | 5 | 6 | 56:28 | 37:17 |
| 4.Duisburg | 28 | 13 | 10 | 5 | 47:26 | 36:20 |
| 5.Aachen | 28 | 14 | 7 | 7 | 41:29 | 35:21 |
| 6.Köln | 28 | 12 | 8 | 8 | 54:47 | 32:24 |
| 7.Solingen | 28 | 11 | 9 | 8 | 50:40 | 31:25 |
| 8.Freiburg | 28 | 9 | 12 | 7 | 37:41 | 30:26 |
| 9.Hertha BSC | 28 | 9 | 9 | 10 | 52:47 | 27:29 |
| 10.Saarbrücken | 28 | 10 | 7 | 11 | 46:50 | 27:29 |
| 11.Ulm | 28 | 8 | 10 | 10 | 49:45 | 26:30 |
| 12.Darmstadt | 28 | 9 | 8 | 11 | 36:57 | 26:30 |
| 13.Wattenscheid | 27 | 9 | 7 | 11 | 42:51 | 25:29 |
| 14.Stuttgart | 27 | 8 | 8 | 11 | 37:40 | 24:30 |
| 15.Hannover | 27 | 7 | 9 | 11 | 35:48 | 23:31 |
| 16.SCC Berlin | 28 | 7 | 8 | 13 | 30:49 | 22:34 |
| 17.Essen | 28 | 6 | 9 | 13 | 37:48 | 21:35 |
| 18.Osnabrück | 28 | 7 | 5 | 16 | 32:50 | 19:37 |
| 19.Oberhausen | 28 | 5 | 8 | 15 | 31:50 | 18:38 |
| 20.Lüttringh. | 28 | 5 | 4 | 19 | 24:62 | 14:42 |

### DIE VORSCHAU

Freitag, 30. März (20.00 Uhr): Aachen – Essen, Osnabrück - Schalke; Samstag, 31. März (15.30 Uhr): Solingen – Ulm, Freiburg – Lüttringhausen, Wattenscheid - SCC Berlin, Darmstadt – Köln, Hannover – Saarbrücken; Sonntag, 1. April (15.00 Uhr): Duisburg – Oberhausen, Hertha BSC – Kassel, Karlsruhe – Stuttgart.

NATIONALELF / Vor neuen Experimenten

## Rummenigge ist krank, kommt Bernd Schuster?

W. NIERSBACH, Düsseldorf

Als die deutsche Fußball-Elite gestern zum medizinischen Test für die Europameisterschaft in Hannover einrückte, fehlten die prominentesten Spieler. Karl-Heinz Rummenigge meldete sich grippekrank und will, wenn überhaupt, erst kurzfristig zum Länderspiel gegen die UdSSR anreisen (Mittwoch, 20.15 Uhr, live in der ARD). Dasselbe gilt für Bernd Schuster; dessen Frau nach einer Rückenoperation im Krankenhaus liegt. Jupp Derwall: „Ich habe ihm bis Dienstag freigebeben."

Der Bundestrainer plant derzeit noch mit dem Kapitän aus München und dem Regisseur aus Barcelona, aber besonders der beim 0:3 in Gladbach zur Pause ausgewechselte Rummenigge gab sich skeptisch. „Seit letzten Dienstag habe ich nicht mehr trainiert, und im Grunde war es sinnlos, daß ich in Gladbach auf den Platz gegangen bin. Deshalb muß die Gesundheit jetzt Vorrang haben, zumal gegen die UdSSR nur ein Freundschaftsspiel ansteht", sagte der Kapitän.

Sollte Rummenigge auf seinen 74. Länderspiel-Einsatz verzichten, hieße für Rudi Völler der Partner im Angriff Klaus Allofs. Der Kölner hat seit dem 17. November 1982 (0:1 gegen Nordirland in Belfast) kein Länderspiel mehr über 90 Minuten bestritten, empfahl sich zuletzt aber wieder durch konstant gute Leistungen im Verein. In jedem Fall hat Allofs seinen Kölner Kollegen Pierre Littbarski den Rang abgelaufen, dessen Felle für die Endrunde der Europameisterschaft davonzuschwimmen drohen.

Neue Experimente zeichnen sich in der Abwehr ab. Der Hamburger Wolfgang Rolff soll auf der rechten Seite erstmals die Rolle des offensivstarken Außenverteidigers übernehmen. Und da die Sowjets, die lediglich mit ihrem Olympia-Team für Los Angeles antreten, mit zwei Angriffsspitzen operieren, ist die Variante mit den Innenverteidigern Karl-Heinz Förster und Klaus Augenthaler im Gespräch. Der Mönchengladbacher Hans-Günther Bruns wird seine Premiere als Libero feiern, sollte der Uerdinger Mathias Herget wegen seiner noch nicht ganz ausgeheilten Oberschenkel-Zerrung doch absagen müssen.

„Bis Mittwoch ist viel Zeit, und die Zeit läuft für mich", glaubt Herget an seine Genesung. „Ich plane ihn ein", bestätigte Derwall. Ob auch als Libero, hängt wiederum von Bernd Schuster ab. Sollte Schuster definitiv absagen, stünde Herget auch als Mittelfeldspieler zur Diskussion. Denn nachdem Real Madrid endgültig die Freigabe für Uli Stielike verweigerte, außerdem Andreas Brehme (Kaiserslautern) und Rudi Bommer (Düsseldorf) absprachegemäß im Olympia-Team spielen, sind Alternativen dünn gesät. „Vielleicht ist es ganz das, daß wir noch einmal experimentieren müssen", meinte Assistenztrainer Horst Köppel.

Eine voraussichtliche Mannschafts-Aufstellung beinhaltet noch viele Fragezeichen, könnte aber so aussehen: Schumacher (1. FC Köln) – Herget (Bayer Uerdingen) – K.-H. Förster (VfB Stuttgart), Augenthaler (Bayern München) – Rolff (Hamburger SV), Matthäus (Borussia Mönchengladbach), Meier (Werder Bremen), Schuster (FC Barcelona), Briegel (1. FC Kaiserslautern) – Völler (Werder Bremen), Klaus Allofs (1. FC Köln).

In Reserve stehen: Burdenski (Werder Bremen), Rolder (VfB Stuttgart), Bernd Förster (VfB Stuttgart), Otten (Werder Bremen), Bruns (Borussia Mönchengladbach), Milewski (Hamburger SV) und möglicherweise Rummenigge (Bayern München).

Wie schon im Herbst 1981 stand für die Nationalspieler gestern nachmittag ein sportmedizinischer Leistungstest unter der Regie von Professor Kindermann (Saarbrücken) auf dem Programm. Erwartet wurde dazu auch Uli Stielike, der am Montag aber in jedem Fall zurück nach Madrid fliegt. Da von den 60 400 verfügbaren Eintrittskarten erst 25 000 verkauft wurden, ist die Fernseh-Direktübertragung des letzten Heimspiels der deutschen Mannschaft vor der Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich noch gefährdet.

MOTORRAD / Großes Comeback für Mang beim Grand Prix in Südafrika

## Sheene: „War so höflich, einige der Konkurrenten vorbeizulassen"

sid/dpa, Kyalami

Schlechtes Wetter, kaum 20 000 Zuschauer, ein Veranstalter, der kneifen wollte und vom Pech verfolgte Titelverteidiger – die Motorrad-Weltmeisterschaft erlebte beim Großen Preis von Südafrika in Kyalami (250 und 500 ccm) einen unglücklichen Auftakt. Der viermalige Weltmeister Anton Mang aus Inning feierte bei seiner Rückkehr in die 250-ccm-Klasse dennoch ein Comeback. „Ich bin sehr zufrieden, schließlich bin ich ohne Testfahrten hierher gekommen", sagte der 34jährige nach seinem fünften Platz.

Für seinen Freund und Mechaniker Sepp Schlögl gab er anschließend die Devise aus: „Jetzt fängt die Arbeit richtig an. Bis zum nächsten Rennen am 15. April in Misano müssen wir unser selbstgebautes Fahrwerk ändern." Denn der Eigenbau-Rahmen um den Yamaha-Motor paßte nicht in die Hinterradschwinge und trug die Hauptschuld daran, daß Mang im Training nicht über Rang 25 hinaus kam.

Die feuchte Piste am Samstag kam jedoch allen Deutschen entgegen: Der Lampertheimer Manfred Herweh steuerte nach zwei Motorschäden im Training auf Platz vier, der Hofer Yamaha-Fahrer Karl-Thomas Grässel, als 37. gerade noch qualifiziert, wurde hinter Mang Sechster. Sieger wurde der französische Privatfahrer Patrick Fernandez (Yamaha).

Allein der Münchner Martin Wimmer (Yamaha) pokerte bei der Wahl der Reifen und der Abstimmung des Motors zu hoch. Von allen Spitzenfahrern hatte er die weichesten Regenpneus aufgezogen, die sich bei immer weiter abtrocknender Strecke allmählich auflösten. Dazu ein Motor, der wegen des zu stark abgedeckten Kühlers auf 115 Grad überhitzte (normal sind 80 Grad) – so mußte sich der 26jährige mit Platz zwölf zufrieden geben.

Allerdings: Als neugewählter Fahrersprecher mußte sich Martin Wimmer auch um andere Dinge kümmern. Die Veranstalter befürchteten angesichts der dünn besetzten Ränge eine Pleite und wollten das Rennen nicht starten. Vorgeschobenener Grund: Die medizinische Betreuung sei nicht ausreichend. Doch Wimmer und das deutsche Jury-Mitglied Wilhelm Noll, Vize-Präsident der Obersten Motorrad-Kommission OMK, wiesen das zurück und setzten den Start durch.

Konnte 250-ccm-Weltmeister Lavado noch zwei Punkte verbuchen, so mußte der nach seinem Trainingssturz verletzte 500-ccm-Titelverteidiger Freddie Spencer (USA/Honda) zusehen, wie sein Landsmann Eddie Lawson den ersten Saisonsieg fürs Yamaha-Team holte. Der Franzo-



Barry Sheene: 30 Knochenbrüche und 27 Schrauben in den Beinen. FOTO: AP

se Raymond Roche (Honda) wurde Zweiter vor dem zweimaligen englischen Weltmeister Barry Sheene (Suzuki), der erstmals seit zweieinhalb Jahren wieder auf dem Siegerpodest stand.

„Wäre ich ein Rennpferd, hätte man mir den Gnadenschuß geben müssen", scherzte der Engländer schon 1975, als er nach einem Sturz in Daytona Beach operiert worden war. Sieben gestauchte Rückenwirbel, schwere innere Verletzungen, ein Oberschenkelbruch, lädierte Hände – die Ärzte rieten ihm schon damals, den Rennsport aufzugeben. Doch sechs Wochen später startete er bereits wieder beim österreichischen Grand Prix, kurz darauf gewann er im holländischen Assen sogar sein erstes großes Rennen in der Halbliter-Klasse. Noch im selben Jahr zertrümmerte sich Sheene in Mallory Park die Kniescheibe, fuhr aber das Rennen trotzdem zu Ende.

Nach überstandener Fingeramputation (Folgen eines Testunfalls) raste Sheene 1982 mit 270 Kilometern in der Stunde in Silverstone in eine umgestürzte Maschine und flog 100 Meter durch die Luft. Am Unfallort sah es nach Augenzeugenberichten wie nach einem Bombenhagel aus. Englands berühmtester Chirurg, Nigel Cobb, traute seinen Augen nicht, als er Knie und Beine von Barry Sheene am Röntgenschirm diagnostizierte: „Als ich dann zu operieren begann, sind mir die Kniescheiben wie gebrochene Eierschalen entgegengefallen."

Sechs Stunden lang wurden die Knochentrümmer mit Schrauben und Platten zusammengeflickt. Als der mittlerweile 33jährige Engländer nun in Kyalami erschien, wurden seine Beine von 27 Schrauben zusammengehalten. „Nach mehr als dreißig Knochenbrüchen ist das normal", sagte Sheene, „aber ich fühle mich topfit und kann es kaum erwarten, wieder mal so richtig Gas zu geben." So richtig Gas gab der frühere Weltmeister allerdings in Südafrika noch nicht. Der Schock des letzten schweren Unfalls sitzt offenbar noch tief. Sheene: „Ich war so höflich, einige der Herren Konkurrenten vorbei zu lassen."

Der Mann, der ebenso wie die Beatles den Orden „Member of the British Empire" von der englischen Königin verliehen bekam, kann übrigens jederzeit mit der halsbrecherischen Raserei aufhören. Denn sein Fünfjahres-Vertrag mit dem japanischen Konzern Suzuki verpflichtet ihn keineswegs dazu, auf den Rennstrecken Gas zu geben. Die Japaner wünschen sich lediglich, daß er – wie auch immer – für einen guten Klang des Namens Suzuki sorgt.

### Köln behält Heimrecht

**Berlin/Starnberg** (sid) – Der Kölner EC behält im Halbfinale der deutschen Eishockey-Meisterschaft gegen den Mannheimer ERC das Heimrecht im ersten Spiel und somit auch für ein mögliches Entscheidungsspiel. Das entschied am Samstag das ständige Schiedsgericht des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) in Starnberg. Es wies den Protest des Mannheimer ERC zurück, der als Vorrundensieger das Heimrecht für sich beansprucht hatte.

### Dritter Platz für Rohleder

**Potsdam** (sid) – James Rohleder, deutscher Judomeister aus Wolfsburg, war mit einem dritten Platz im Halbleichtgewicht bester Teilnehmer der Bundesrepublik beim 18. internationalen Judo-Turnier in Potsdam.

### Leichtathletik-Grand-Prix

**New York** (sid) – In der Leichtathletik wird ab 1985 eine eigenständige Grand-Prix-Serie ausgetragen. Dies verkündete der Präsident des internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF), Primo Nebiolo, in New York. Geplant sind zwölf bis 14 Wettbewerbe. Die Punkte aus jeder Veranstaltung ergeben dann die Gesamtbewertung.

### Schwerer Unfall

**Budapest** (dpa) – Bei einem Autorennen in der Nähe von Budapest gab es am Samstag einen Toten, drei lebensgefährlich und zehn Schwerverletzte. Ein Rennfahrer war mit seinem Fahrzeug aus der Kurve geraten und in die Zuschauer gerast.

### Olympiateam aufgestockt

**Düsseldorf** (sid) – Die olympische Kernmannschaft der Schwimmer ist um drei Kandidaten erweitert worden. Christian Pielke (Hannover), Peter Lang (Darmstadt) und Nicolaj Klapkarek (Bochum) konnten sich in der dreiteiligen Olympia-Testserie mit Wettkämpfen in London, Ost-Berlin und Karlsruhe für die Teilnahme an den Sommerspielen qualifizieren. Die Mannschaft besteht nun aus 15 Schwimmern.

### Sieg für Dukla Prag

**Prag** (sid) – Das erste Finalspiel um den Handball-Europapokal der Landesmeister hat Dukla Prag mit 21:17 (9:8) gegen den jugoslawischen Spitzenklub Sabac gewonnen.

### Behinderten-Olympiade

**Chicago** (dpa) – Die für den Sommer vorgesehene Behinderten-Olympiade in den USA ist abgesagt worden. Schuld daran sei, so Tim Nugent, Direktor der Welt-Rollstuhl-Spiele, die mangelnde finanzielle Unterstützung. Als Ersatz sollen im englischen Stoke Mandeville „kleine Behinderten-Spiele" ausgetragen werden.

### Rekordprämie verpaßt

**Wanagui** (sid) – Die beiden Weltklasseläufer Peter O'Donoghue (Neuseeland) und Mike Hillardt (Australien) verpaßten bei einem Meilenlauf in Wanagui/Neuseeland die Rekordprämie von 180 000 Mark. Die Leichtathletik-Vereine der Stadt hatten diese Summe zusammen für den Läufer ausgesetzt, der schneller als 3:50 Minuten ist. O'Donoghue lief als Sieger nur 3:57,6 Minuten.

MOTORSPORT / Manfred Winkelhock für den Saisonstart in Rio disqualifiziert – ATS-Chef Schmid denkt ans Aufhören

## „Das hat mir gefehlt, um den Krempel hinzuschmeißen"

sid, Rio de Janeiro

„Winkelhock in Rio disqualifiziert" – ist das die letzte Negativ-Schlagzeile des einzigen deutschen Formel-1-Teams ATS? Inhaber Günter Schmid jedenfalls denkt laut übers Aufhören nach: „So ein Grund hat mir gerade noch gefehlt, um den ganzen Krempel hinzuschmeißen", schimpfte der Pfälzer. Nach dem Abschlußtraining zum Großen Preis von Brasilien war ATS-Fahrer Manfred Winkelhock ausgeschlossen worden, weil Mechaniker seinen wegen Benzinmangels stehengebliebenen Wagen regelwidrig weggeschoben hatten.

Nur eine Trotzreaktion? Als die Sportkommissare Schmid informierten, sagte der: „Wenn ihr mein Auto disqualifizieren wollt, dann macht das doch." Beschwichtigungsversuche erschienen ohnehin sinnlos. Der Chef-Kommissar verbot sich jede Diskussion und wies Schmid einfach die Tür: „Ich habe schließlich Wichtigeres zu tun."

Winkelhock selbst war den Tränen nahe und zu keinem Kommentar fähig. Ärger im Team und Sorgen daheim hatten ihn in den letzten Wochen nicht zur Ruhe kommen lassen. Das zweite Kind des Ehepaares Manfred und Martina Winkelhock war zwei Monate zu früh zur Welt gekommen und verbrachte die ersten Tage im Brutkasten. Bei ATS hatten Konstrukteur Gustav Brunner und Manager Paul Owens die Arbeit niedergelegt, bevor der mit Hoffnungen erwartete neue Wagen fertiggestellt war. Winkelhock weiß: Ohne ATS gibt es für ihn so schnell keinen neuen Arbeitsplatz im Grand-Prix-Geschäft.

Verständlich wäre es schon, würde Schmid sein in Bicester (England) ansässiges Team tatsächlich schließen. Etwa 17 Millionen Mark hat der Felgenhersteller aus Bad Dürkheim in das Team investiert, seit er 1976 die Überreste des amerikanischen Penske-Rennstalles übernahm. Die wirtschaftliche Ausbeute war eine gewaltige Umsatzsteigerung der Firma ATS, die sportliche hingegen unverhältnismäßig gering. Ganze acht Punkte erzielten ATS-Fahrer zusammen, darunter auch der Münchner Hans Stuck und der in Monte Carlo lebende Jochen Mass.

Mangelnde Beständigkeit mag dafür ein Grund gewesen sein, denn allzu häufig überwarfen sich Fahrer und Konstrukteure mit dem eigenwilligen Teamchef. Als erster ATS-Fahrer ist Winkelhock jetzt schon im dritten Jahr hintereinander dem Team treu, doch auch der 31jährige Waiblinger und der seit einem Jahr verwendete BMW-Turbomotor führten nicht auf die Erfolgsstraße. Im letzten Jahr konnte man sich ausgerechnet in Hockenheim nicht für den Grand Prix vor eigenem Publikum qualifizieren – wegen technischer Probleme. Drei Wochen später gab es in Zandvoort (Holland) eine Disqualifikation – Winkelhock hatte sich in der Startaufstellung unerlaubt nach vorne gemogelt.

Als ob der Gießener Stefan Bellof das alles geahnt hätte. Er sollte nach Schmids Wunsch schon im letzten August in Hockenheim einen zweiten ATS-Wagen fahren, lehnte dies jedoch ab, weil er sich nicht als Druckmittel gegen Winkelhock benutzen lassen wollte. Schmid hat freilich bis auf den heutigen Tag die Verbindung und das Angebot an Stefan Bellof abgestritten.

Auch für die Saison 1984 war Bellof nicht bereit, einen Vertrag bei ATS-BMW zu unterschreiben. Statt dessen unterzeichnete Bellof in der vergangenen Woche bei dem englischen Team Tyrrell (Die WELT berichtete). „Ich glaube, daß Manfred im Moment eine harte Zeit durchmacht", sagte Bellof.

## VOLLEYBALL

# Niederlage für Lohhof

sid/DW. München

Mit unerwarteter Spannung geht es in der Volleyball-Bundesliga der Frauen weiter. Weil der SV Lohhof, der Titelverteidiger und Meisterschaftsfavorit sensationell sein Heimspiel gegen den SC/DJZ Feuerbach verlor, wird die am Mittwoch beginnende Endrunde um die deutsche Meisterschaft wieder interessant. Obwohl Lohhof ohne die an Grippe erkrankten Stammspielerinnen Terry Place-Brandel und Beate Bühler auskommen mußte, war eine Niederlage nicht zu erwarten gewesen. In 58 Meisterschaftsspielen in Folge war der Meister ungeschlagen – abgesehen von der durch ein Verbandsurteil herbeigeführten Niederlage beim VfL Oythe, wo Lohhof im November vergangenen Jahres zum letzten Satz nicht mehr angetreten war.

Mit 1:3 (13:15, 15:13, 6:15, 13:15) unterlagen die Münchner Vorstädterinnen völlig unerwartet. Ausgespielt wurden sie dabei in erster Linie von den beiden Koreanerinnen Ae Hee Kim und Hae Sook Lim, die ihr letztes Spiel für den SC/DJZ Feuerbach machten. Trotz dieser Glanzleistung verpaßte die Mannschaft aus dem Stuttgarter Vorort die Teilnahme an der Runde der besten vier Mannschaften, weil Mitkonkurrent Viktoria Augsburg sein letztes Bundesligaspiel ebenfalls gewann und jetzt gemeinsam mit Lohhof, Oythe und Münster an der Endrunde teilnimmt.

Beim SV Lohhof konnte man sich die Niederlage nicht erklären: „Wir konnten machen, was wir wollten. Unsere bestgemeinten Kombinationen blieben wirkungslos", resümierte die fassungslose Terry Place-Brandel. Wie in den jüngsten Europacupspielen zeigte die Mannschaft zu wenig Nervenstärke in schwierigen Situationen. Um das zu ändern, wird in Lohhof seit einigen Wochen im Training mit Prognose-Druck, also verstärkter psychischer Belastung und mit dem Schwerpunkt Punktkonzentration gearbeitet. Trainer Andrzej Niemczyk stelle seine Arbeitsweise von der emotionalen auf eine mehr rationale Ebene um und reagierte daher auch nach dieser Niederlage gemessen an der Vergangenheit vergleichsweise gelassen: Ganz sachlich analysierte er mit seiner Mannschaft den Spielverlauf.

## Abschluß der olympischen Wintersport-Saison mit den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften und dem alpinen Weltcup

# Noch einmal verzauberten Torvill/Dean ihre Fans mit Bolero, Liebe und dreizehn Traumnoten

E. F. RAULF/DW. Ottawa

Elfter Platz für Jayne Torvill und Christopher Dean (Großbritannien) im Eistanz. Rang 14 für Rudi Cerne (Herne) im Wettbewerb der Männer. Bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Ottawa nahm kaum jemand Notiz von diesen Ergebnissen. Das aber war vor sechs Jahren und die Eiskunstläufer, die damals ihren ersten Auftritt bei einer Weltmeisterschaft hatten, waren nahezu unbekannt.

Sechs Jahre später ist das anders. Die Athleten, die damals ihr Debüt gaben und abgeschlagen auf den Plätzen landeten, werden bei ihrem Abschied an gleicher Stelle vom Publikum gefeiert. Sechs Jahre haben Rudi Cerne und Jayne Torvill/Christopher Dean zu den Weltbesten gehört. Jetzt ziehen sie sich zurück und vertauschen ihre Identität als Amateursportler mit einer neuen Berufslaufbahn. Anfang und Ende ihrer Karriere finden sich am gleichen Ort, und auch die Zwischenstationen waren dieselben: Olympische Spiele, Europameisterschaften, nationale Meisterschaften, Weltmeisterschaften. Inhaltlich aber trennen Welten die Eistänzer aus Großbritannien von dem Eisläufer aus dem Ruhrgebiet.

Zwar treten sie auf dem Höhepunkt ihrer Karrieren ab, doch drückt sich der Höhepunkt für jeden anders aus. Während Rudi Cerne zum ersten Mal in einem Wettkampf fünf verschiedene Dreifachsprünge zeigte und dafür mit Platz fünf bedacht wurde, sorgten die britischen Tänzer Torvill/Dean für neue Superlative im internationalen Eislaufsport. Ihre Darbietung wurde insgesamt dreizehnmal mit der Höchstnote 6,0 bewertet. Solch eine Ergebnis gelang nie zuvor. Selbst das russische Ausnahmepaar Irina Rodnina/Alexander Saizew wurde in seiner besten Zeit „nur" zwölfmal mit 6,0 bewertet. Wie die Russen im Paarlauf, so haben die Engländer im Eistanz Geschichte geschrieben. Sie haben Grenzen gesprengt und die Zukunft in die Gegenwart vorverlegt.

Ihre eigenwilligen Interpretationen haben ihrem Sport zu neuer Popularität verholfen und alte Strukturen aufgebrochen. Deshalb wird der Eiskunstlauf künftig mit den Möglichkeiten leben müssen, die Jayne Torvill/Christopher Dean ihm eröffnet haben. Deshalb auch wird man wohl das Datum, nicht aber den Tag vergessen, an dem sie zurücktraten.



Verstohlen wischt sich Jayne Torvill eine Träne aus dem Auge, ihr Partner Christopher Dean schaut gerührt zu. Die vielen Siege, der Olympia-Erfolg in Sarajevo und der Weltmeister-Titelgewinn in Ottawa zeigen, daß dieses Paar, das wie kein anderes Faszination aufs Eis zaubern kann, noch lange nicht schablonenhaft wirken wird. Die Engländer nahmen jetzt in Kanada Abschied von den Amateuren. Ihr Gold soll sich in einer eigenen Eislauf-Show in Geld verwandeln.

FOTO: AP

Es war ein eiskalter, sonniger Märztag. Am Nachmittag war in der Eissporthalle ein Brand ausgebrochen und ein Umspann-Generator zusammengebrochen. Weil die Elektrik ausgefallen war, mußte der Abschied um fünfeinhalb Stunden verschoben werden. Als Torvill/Dean in der letzen Stunde des Tages vom Eis gingen und nur ihre Landsleute Barber/Slater noch laufen mußten, blieb die elektronische Hallenuhr stehen, als hätte der Zufall der Technik plötzlich eine Seele gegeben.

Der letzte Wettbewerb dieser Weltmeisterschaft war beendet – Torvill/-Dean hatten sich verabschiedet und mit ihnen viele andere, die das Eiskunstlaufen in den letzten Jahren prägten. Zurück bleibt ein Gefühl der Leere, ein Gefühl der Ungewißheit zwischen Ende und Anfang. Ein Generationswechsel wird sich vollziehen, wie in jedem Olympischen Jahr. Die besten Läufer wechseln ins Profi-Lager, andere vertauschen ihre Identität als Leistungssportler mit einer zivileren Rolle im Berufsleben.

Die Zeit nach einer Weltmeisterschaft im Olympischen Jahr ist die Zeit der Bilanzen. Festzustellen bleibt dabei in diesem Jahr, daß es reich war an sportlichen Leistungen aber arm an überraschenden Ergebnissen. Noch nie war die Leistungsdichte im Wettbewerb der Männer so groß, noch nie der Eistanz von so vielfältigen Ausdrucksformen beeinflußt, noch nie hat die Damen-Konkurrenz so viele hochtalentierte Nachwuchsläuferinnen beinhaltet.

In den Ergebnissen jedoch drückten sich die sportlichen Überraschungen kaum aus. Mit Katarina Witt, Scott Hamilton und Torvill/Dean setzten sich die Favoriten durch. Allein im Paarlauf wurde es spannend, weil die Olympiasieger und Favoriten Elena Walowa/Oleg Wassiliew vom einheimischen kanadischen Paar Barbara Underhill/Paul Martini auf den zweiten Platz verwiesen wurden. Die beiden Kanadier, die in Sarajevo nach einem totalen Leistungseinbruch nur Siebte geworden waren, setzten damit ihrer Laufbahn ein leuchtendes Schlußlicht auf. Sie ziehen sich jetzt ebenso zurück wie die ehemaligen Weltmeister Sabine Baess/Tassilo Thierbach („DDR") und die amerikanischen Olympia-Zweiten Caitlin udn Peter Carruthers. Damit scheint der nächste Paarlauf-Winter auf einen Alleingang der russischen Olympiasieger Walowa/Wassiliew programmiert.

Auch der Kanadier Brian Orser fühlt sich schon als Nachfolger von Weltmeister Scott Hamilton (USA). Neben Hamilton, der in Ottawa zum vierten Mal in Folge Weltmeister wurde, werden im nächsten Jahr auch Norbert Schramm (Oberstdorf) und Rudi Cerne (Herne) fehlen. Doch die Herren-Konkurrenz hat im Kürprogramm am Samstag gezeigt, wie eng die Leistungsgrenzen beieinander liegen. In der nächsten Saison wird der erste Vierfachsprung erwartet. Zwar hat der sowjetische Europameister Fadejew bereits den vierfachen Toeloop gesprungen, ihn aber noch nie einwandfrei stehen können. Das aber hat Brian Orser für sich angekündigt, um damit Weltmeister zu werden.

Die größte Konkurrenz dabei könnte ihm aus den eigenen Reihen erwachsen, denn Landsmann Gary Beacom bewies mit eigenwilligen Vorträgen viel Mut für neue Elemente und erinnert an die große Zeit der Eiskünstler Toller Cranston, John Curry und Robin Cousins. Gary Beacom, der ohne Trainer und Funktionärsbetreuung auskommt, läßt seinen Gefühlen jedoch nicht nur auf dem Eis, sondern auch an der Bande freien Lauf und zeigt Preisrichtern und Funktionären unverhohlen, daß er nicht viel von ihnen hält. So mußte er sich in Sarajevo und auch jetzt in Ottawa, trotz ausgezeichneter Leistungen, noch mit Durchschnittsnoten begnügen.

# Hanni Wenzel tritt ab
# Zehn Jahre Weltspitze

K. Bl. Bonn

„Es wäre zu schön gewesen, vielleicht auch ein wenig zuviel verlangt, denn Erika Hess ist ja wirklich eine verdiente Siegerin." Ein solcher Satz, zum Abschluß einer großen Karriere gesprochen, ist typisch für Hanni Wenzel. Wohlerzogenheit, Zurückhaltung, Fairneß, sachliche Einschätzung einer Situation – das alles gehört zu ihr, so wie ihre beiden Olympiasiege von Lake Placid im Jahre 1980, so wie ihre Weltcup-Erfolge, so wie der Gewinn der Slalom-Weltmeisterschaft vor zehn Jahren in St. Moritz. Nun hat nicht sie den Gesamt-Weltcup der alpinen Ski-Damen gewonnen, sondern die dreimalige Schweizer Weltmeisterin Erika Hess. Ein Wehmutstropfen zum Abschied ihrer großen Karriere?

Als wir am 6. November vergangenen Jahres noch spät in der Nacht miteinander telefonierten, war Stunden zuvor ihre Olympiasperre für Sarajevo ausgesprochen worden, weil sie im Besitz einer nicht benutzten B-Lizenz war. „Wenn die Sperre bleibt, werde ich bei allen anderen Rennen alles in Grund und Boden fahren", hatte sie damals trotzig angekündigt. Daraus wurde nichts. Dabei hatte sie wie kaum eine andere Ski-Rennläuferin in den letzten zehn Jahren das Geschehen ihrer Branche bestimmt. Sie war keine Annemarie Moser-Pröll, die sich auf den Abfahrtslauf versteifte, oder die wie Perrine Pelen ihr Glück als Slalomartistin suchte. Hanni Wenzel, das war die letzte große Allround-Skirennläuferin, die Weltklasse in allen drei alpinen Disziplinen verkörpert – und das gleich zehn Jahre lang. Doch der große Erfolg zum Abschied blieb ihr versagt.

Hanni Wenzel durfte nicht in Sarajevo starten und sie wurde auch nicht Weltcup-Siegerin der nun zu Ende gegangenen Saison. Aber sie hat den Bekanntheitsgrad ihres kleinen Landes wohl mehr gesteigert als jeder andere Liechtensteiner. Sie, die in Straubing geboren wurde und erst vor zehn Jahren vom Fürsten Franz Josef II. die Einbürgerungsurkunde erhielt. Als sie 1980 in Lake Placid zwei Goldmedaillen gewann, erzählte Bernd Conradt, der Chef der Liechtensteinischen Fremdenverkehrszentrale: „Wir haben schon über 20 Briefe aus Amerika erhalten. Sie wollen uns Liechtensteiner besuchen. Aber sie schrieben uns, wir sollten eine Landkarte schicken. Dieses Liechtenstein wäre auf ihrem Atlas gar nicht drauf."

Das hat sich – auch dank Hanni Wenzel – mittlerweile geändert. Verbandspräsident Rudolf Schädler: „Wir werden immer wieder gefragt, ob wir nicht Olympische Winterspiele ausrichten möchten. Aber bitte schön, wie denn? Dann müßten wir ja in Liechtenstein eine richtige Stadt bauen."

Warum ausgerechnet der Liechtensteinische Ski-Verband mit Hanni Wenzel an der Spitze die internationale Szenerie auf den Hängen und Pisten derart geprägt hat, versucht Hanni Wenzel so zu erklären: „Wichtig ist, daß die Individualität in unserem Verband großgeschrieben wird und natürlich auch leichter gehandhabt werden kann, da wir nur fünf oder sechs sind und nicht 40 oder 50. Wenn bei uns jemand Wünsche hat, können diese berücksichtigt werden, ohne daß sich für den anderen etwas ändert. Diese Individualität weitet sich bis zur Wahl der Rennen aus, die der einzelne bestreiten möchte. In Absprache mit dem Chef Alpin kann ein persönliches Programm zusammengestellt werden, was ohne Zweifel ein großer Vorteil ist, denn es kann zum Beispiel noch kurzfristig einer entsprechenden Formkurve angepaßt werden."

Und wenn man sich obendrein mit den allesamt skifahrenden Geschwistern austauschen kann, ist das auch von großem Vorteil. „Mit anderen Mannschaftsmitgliedern diskutiert man einfach nicht so intensiv – zum Beispiel über das heikle Thema Material. Ich aber habe schon öfters die Ski meines Bruders Andreas ausprobiert und er die meinen."

Hanni Wenzel, die Försterstochter aus dem liechtensteinischen Planken (240 Einwohner), hat ihr letztes Ski-Rennen bestritten. Sie hat den letzten Slalom ihrer Karriere, gefahren in Oslo, nicht gewonnen. Das gelang der Amerikanerin Tamara McKinney. Was bleibt? „Skirennen", sagt Hanni Wenzel, „das ist oft das unverhoffte Entstehen von Situationen, die dich ein Leben lang prägen werden."



## SKI NORDISCH

# Weltcups an die Sieger von Sarajevo

sid, München / Alma Ata

Die Olympiasieger sind auch die Nordischen Weltcup-Sieger: Mit Jens Weißflog („DDR") vor dem neuen Skiflug-Weltrekordler Matti Nykänen (Finnland) im Skispringen, dem Norweger Tom Sandberg in der Nordischen Kombination sowie Marja-Liisa Hämäläinen (Finnland) und Gunde Swan (Schweden) im Skilanglauf erwiesen sich die Besten von Sarajevo während des gesamten Olympiawinters auch am beständigsten.

Jens Weißflog hatte bereits in der ersten Periode des Weltcups mit den maximal möglichen 125 Punkten den Grundstein für den Gesamtsieg gelegt. Sein großer Rivale Matti Nykänen aus Finnland schaffte dies in der zweiten Periode, überließ jedoch als neuer Skiflug-Weltrekordler (185 m) beim Finale in Planica dem Gesamtsieger der Vierschanzen-Tournee das Feld.

Nachdem Andreas Bauer in Sarajevo mit den Rängen sieben und elf für einen Lichtblick gesorgt hatte und auch im Gesamt-Weltcup unter den besten 15 landete, trübte in Planica der schwere Sturz seines jungen Oberstdorfer Vereinskameraden Thomas Ihle die Freude über die guten Placierungen der Springer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV). Mit einem offenen Unterschenkel-Bruch mußte er mit dem Hubschrauber zur Operation in ein Krankenhaus gebracht werden.

Saison-Abschluß bei den nordischen Ski-Sportlern, Saison-Ende auch bei den Eisschnelläufern, die, wie stets zu dieser Jahreszeit, auf der Hochgebirgsbahn von Alma Ata in Kasachstan ihre Rekordjagden veranstalteten. Acht Weltrekorde gab es beim Eisschnellauf-Länderkampf zwischen der UdSSR und der „DDR". Allein Olympiasiegerin Andrea Schöne (Dresden) verbesserte vier und damit mehr als die Hälfte der Damen-Rekordmarken. Die 23jährige, die bei den Olympischen Spielen in Sarajevo die Goldmedaille über 3000 m gewann, verbesserte die Weltrekorde über 1500 m (2:03,34), über 3000 m (4:20,91), 5000 m (7:34,52) und im Vierkampf (171,760 Punkte).

Bei den Herren sorgten drei Sowjetrussen für vier neue Weltrekorde. Die 10 000 m lief Olympiasieger Igor Malkow in 14:21,51 Minuten, Weltmeister Oleg Bogiew schaffte die 1500-m-Distanz in 1:53,26 Minuten, Viktor Schascherin gelangen über 5000 m (6:49,15 Min.) und im Großen Vierkampf (160,807 Punkte) neue Rekordleistungen.

## Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

### FUSSBALL

**„DDR"-Oberliga,** 19. Spieltag: Dresden – Erfurt 5:1, Union Berlin – Halle 6:1, Magdeburg – Lok Leipzig 2:1, Jena – Aue 2:1, Karl-Marx-Stadt – Rostock 2:1, Frankfurt – Riesa 3:0, Chemie Leipzig – Dynamo Berlin 1:2. – Tabellenspitze: 1. Dresden 44:17/28:10, 2. Dynamo Berlin 47:24/28:10, 3. Frankfurt 40:24/24:14, 4. Magdeburg 41:26/24:14.

**Erste englische Division:** Arsenal – Wolverhampton 4:1, Birmingham – Notts 0:0, Coventry – Tottenham 2:4, Ipswich – Watford 0:0, Luton – Leicester 0:0, Queens Park – Southampton 4:0, Sunderland – Aston 0:1, Bromwich – Stoke 3:0. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 64 Punkte, 2. Liverpool 63, 3. Nottingham 56, 4. Southampton 55.

### BASKETBALL

**Bundesliga,** Damen, 1. Finalspiel: Düsseldorf – München 91:53.

### EISHOCKEY

**Aufstiegsrunde** zur Bundesliga, 7. Spieltag: Bayreuth – Iserlohn 4:4, Preußen Berlin – Rießersee 3:6, Duisburg – Essen-West 2:5.

### HANDBALL

**Bundesliga,** , Herren, 21. Spieltag: Schwabing – Hofweier 19:16, Gummersbach – Reinickendorf Berlin 24:19, Dankersen – Göppingen 21:15, Kiel – Hüttenberg 25:18, Nürnberg – Bergkamen 19:20. – **Damen,** 17. Spieltag: Gruppe Nord: Eilbeck – Minden 27:15.

### KUNSTTURNEN

**Bundesliga,** 4. Wettkampftag: Staffel Nord: Hannover – Bergisch-Gladbach 227,65:222,85, Saar – Celle/Wolfsburg 222,10:207,25. – Staffel Süd: Heilbronn/Neckarsulm – Stuttgart I 218,90:226,80.

### TISCHTENNIS

**Bundesliga,** Herren, 18. und letzter Spieltag: Bad Hamm – Grenzau 2:9, Heusenstamm – Altena 4:9. – **Bundesliga,** Damen, 17. Spieltag: Donauwörth – Frankfurt 9:5, Kaiserberg – Ahlem 9:1.

### VOLLEYBALL

**Bundesliga,** Herren, Endrunde, 5. Spieltag: München – Paderborn 2:3. – **Bundesliga,** Damen, 18. Spieltag: Darmstadt – Godesberg 3:2, Lohhof – Feuerbach 1:3, Münster – Vilsbiburg 3:0, Oythe – Berlin 3:0, Augsburg – Stuttgart 3:1.

### WASSERBALL

**Bundesliga,** 7. Spieltag: Spandau – Fulda 22:3, Hannover-Linden – Düsseldorf 9:3, Braunschweig – Würzburg 12:7, Offenbach – Esslingen 10:8, Hamm – Cannstatt 9:7, ASC Duisburg – Duisburg 98 8:6.

### MOTORSPORT

**WM-Rennen in Kyalami,** 250 ccm-Klasse: 1. Fernandez (Frankreich/-Yamaha) 47:10,1 Min., 2. Sarron (Frankreich/Yamaha) 47:11,2, 3. Pons (Spanien/Yamaha) 47:13,5, ... 6. Gräßel (Deutschland) 47:59,0. – 500-ccm-Rennen: 1. Lawson (USA/Yamaha) 53:22,4, 2. Roche (Frankreich/Honda) 53:35,0, 3. Sheene (England/Suzuki) 53:35,3.

### EISKUNSTLAUF

**Endstand, Eistanz:** 1. Torvill/Dean (England) 2,0 Punkte, 2. Bestemjanowa/Bukin (UdSSR) 4,4, 3. Blumberg/-Seibert (USA) 5,6, 4. Klimowa/-Ponomarenko (UdSSR) 8,0, 5. Barber/-Slater (England) 10,0, 6. Wilson/McCall (Kanada) 12,8, ... 9. Born/Schönborn 18,0, ... 15. Antonia und Ferdinand Becherer (alle Deutschland) 30,0.

### SKI ALPIN

**Letzter Weltcup-Slalom** der Damen in Oslo: 1. McKinney (USA) 1:29,21 Min. 2. D. Tlalka (Polen) 1:30,15, 3. Pelen (Frankreich) 1:30,31, 4. E. Hess (Schweiz) 1:30,64, 5. M. Tlalka (Polen) 1:30,79, 6. Steiner (Österreich) 1:31,22 ... 13. M. Epple (Deutschland) 1:32,27. – Gesamtweltcup, Endstand: 1. Hess 247 Punkte, 2. Wenzel (Liechtenstein) 238, 3. McKinney 195, 4. I. Epple (Deutschland) 178, 5. Figini (Schweiz) 166, 6. Cooper (USA) 161, ... 9. Kiehl 128, ... 15. M. Epple (beide Deutschland) 90. – **Letzter Weltcupslalom,** Herren in Oslo: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:23,43, 2. Stenmark (Schweden) 1:24,04, 3. de Chiesa (Italien) 1:24,58, 4. Popangelov (Bulgarien) 1:24,78, 5. Giorgi (Italien) 1:24,82, 6. Zoller (Österreich) 1:24,85.

### SKI NORDISCH

**Skilanglauf,** 10-km-Rennen der Damen: 1. Nybraaten (Norwegen) 33:35,7 Min., 2. Smetanina (UdSSR) 34:02,4, 3. Jahren (Norwegen) 34:05,1, 4. Zimyatowa (UdSSR) 34:27,2, 5. Jeriova (CSR) 34:30,3, 6. Pasiarova (CSSR) 34:37,0. – Endstand im Weltcup: 1. Hämäläinen (Finnland) 134, 2. Smetanina 114, 3. Jahren 104, 4. Nybraeten und Jeriova je 102, 6. Risby (Schweden) 95.

### SKISPRINGEN

**Weltcup-Finale** in Planica, 70-Meter-Schanze: 1. Weißflog („DDR"), 97+90 Meter, 2. Holland (USA) 90,5+88, 3. Malik (Polen) 90+87, 4. Podzimek 88+90, 5. Ploc (beide CSSR) 89,5+87, 6. Erat (Österreich) 92+80, ... 13. Bauer 87+81, ... 15. Waldvogel 84+81, ... 25. Ihle 85+79, ... 33. Klauser (alle Deutschland) 77+81. – Stand im Weltcup vor der letzten Konkurrenz: 1. Weißflog 230, 2. Nykänen (Finnland) 217, 3. Ploc 138, 4. Hastings 123, 5. Parma 122, 6. Ulaga und Ostwald („DDR") je 114, ... 15. Bauer 71.

### RINGEN

**Deutsche Freistilmeisterschaften** in Aachen: 48 kg: 1. Heugabel (Goldbach), 2. Stahl (Aalen), 3. Padilla (Reilingen), 4. Haas (Freiburg/St. Georgen). – 52 kg: 1. Niebler (Reilingen), 2. Tutsch (Untertürkheim), 3. Lacher (Freiburg-Haßlach), 4. Neff (Schifferstadt). – 57 kg: 1. Partsch (Aalen), 2. Hört (Hösbach), 3. Stockburger (Tennenbronn), 4. Burkhardt (Bruchsal). – 62 kg: 1. Herbstherr (Graben-Neudorf), 2. Kuhn (Witten), 3. Wild (Kelheim), 4. Helmdach (Witten). – 68 kg: 1. Cakici (Goldbach), 2. E. Knosp (Urloffen), 3. Ruch (Aldenhoven), 4. Weizmann (Aalen). – 74 kg: 1. M. Knosp, 2. Bisch (beide Urloffen), 3. Hirt (Gottmadingen), 4. Mittermüller (Hallbergmoos). – 82 kg: 1. Trik (Winzeln), 2. Göschel (Freiburg-St. Georgen), 3. D. Otto, 4. W. Otto (beide Walheim). – 90 kg: 1. Lukowski (Witten), 2. Schäfer (Hösbach), 3. Liebgott (Wiesental), 4. Zimmermann (Lampertheim). – 100 kg: 1. Cichon (Freiburg-St. Georgen), 2. Colling (Aldenhoven), 3. Müller (Köllerbach), 4. Bayer (Aldenhoven). – + 100 kg: 1. Schwarz (Witten), 2. Lutz (Winterbach), 3. Gentzen (Bonn-Duisdorf), 4. Schmid (Haßlach).

### GEWINNZAHLEN

**Lotto:** 6, 15, 17, 23, 35, 44, Zusatzzahl: 29. – **Spiel 77:** 0 3 6 0 9 0 3. – **Toto:** Elferwette: 0, 0, 1, 1, 1, 0, 0, 1, 1, 2, 2 (Ohne Gewähr).

# *Pankraz, H. K. Erben und die Außerirdischen*

Daß wir Menschen „nicht allein im Kosmos sind", ist beinahe zum Allgemeinplatz geworden. Jedermann ist davon überzeugt, daß in der Tiefe des Weltraums unzählige technische Zivilisationen blühen, die der unseren vergleichbar sind. Nicht nur Science-Fiction-Autoren und ernsthafte Märchenerzähler à la Erich von Däniken bestärken den Laien darin, sondern auch hochwissenschaftliche Gremien wie etwa die Green-Bank-Konferenz des „National Radio Astronomy Observatory" von West-Virginia, die seinerzeit unter Mitwirkung solcher Koryphäen wie Carl Sagan und Frank Drake sogar eine mathematische Formel zur Errechnung der Anzahl der Zivilisationen im Weltall aufgestellt hat: $N = R f_g f_p n_e f_l f_i f_a L$.

Die allgemeine Überzeugung hat bekanntlich auch schon politische Konsequenzen gehabt. Alle Industriestaaten investierten große Summen in gigantische Radioteleskope, die den Kosmos nach „Signalen aus dem All" abhorchen und ihrerseits Signale ins All übermitteln sollen. Raumsonden wie „Pioneer 10" und „Pioneer 11" wurden mit sorgfältig codierten Grußtelegrammen an etwaige „Brüder im All" bestückt; Parteien und Nationen stritten darum, wer was und in welcher Form zum Grußprogramm beisteuern dürfe, ganz so, als sei die Existenz von uns ähnlichen Intelligenzen im Weltraum völlig unbezweifelbar und ihre Entdeckung nur noch eine Frage der Zeit.

Doch jetzt kommt plötzlich einer und stört das hübsche Spiel, indem er ganze Bündel von Zweifel an außerirdischen Intelligenzen anmeldet und am Ende eines gründlichen Buches voller Entlarvungen und Sarkasmen das dürre Resümee hinschreibt: „Wir sind wohl doch allein im Kosmos." Der Mann heißt Heinrich K. Erben, ist Professor für Paläontologie an der Universität Bonn und allen Dinosaurier-Freunden wegen seiner einschlägigen Forschungen über Großechsen der Kreidezeit lieb und teuer. Sein neues Buch, bei Piper in München unter dem Titel „Intelligenzen im Kosmos?" erschienen, dürfte zum Streitbuch der Saison werden, denn Erben läßt kein wissenschaftliches Fettnäpfchen aus, um voll hineinzutreten. Die Empörung der „scientific community" akkumuliert sich schon.

Erben präsentiert sich als grimmigster Rationalist und Logiker, dem selbst die Unschärferelation und die physikalisch-mathematischen Spekulationen der Kopenhagener Schule suspekt sind. Zwischen Werner Heisenberg und dem „*Heisenbergschüler*" *Fritjof Capra*, zwischen Schrödinger und dem Geisterseher Swedenborg, zwischen Carl Sagan und Erich von Däniken macht er keinen prinzipiellen, sondern nur einen graduellen Unterschied. Letztenendes hält er sie alle für gleich verantwortlich für die schleichende Aufweichung der wissenschaftlichen Standards, die seiner Meinung nach eben in der Postulierung von außerirdischen Intelligenzen und menschenähnlichen Zivilisationen im Weltraum kulminiert. Wer kosmische Intelligenzen auch nur in Erwägung zieht, ist in den Augen von Erben ein Scharlatan, der den wissenschaftlichen Comment verletzt und die akademische Jugend verdirbt.

Es ist zu befürchten, daß sich die Kritiker in Erbens erkenntnistheoretischen Radikalismus verbeißen werden und das eigentliche Thema, „Gibt es außerirdische Intelligenzen?", dabei in den Hintergrund treten wird. Das wäre schade, denn gerade hier, beim eigentlichen Thema, ist Erben nur insofern „radikal", als er die Argumente der Befürworter mit größter Ausführlichkeit und Sachkunde analysiert und zerpflückt. Dem Hinweis auf die ungeheure Weite des Weltraums, in dem es der Erde vergleichbare Ausgangspositionen ja einfach geben „muß", begegnet er mit dem Argument, daß die Entstehung des Lebens und der Intelligenz auf Erden keiner beliebig wiederholbaren Versuchsanordnung entsprang, sondern einem langen historischen Prozeß mit unzähligen „Optionen" an jeder Kehre der Entwicklung. Die Menge der „Optionen", so rechnet der Professor vor, übersteigt mit ihrer ungeheuerlichen Potenzzahl noch jede der Größe des Weltraums gewidmete Mengenangabe. Historie sei nicht wiederholbar.

Nur eine „übernatürliche", von Gehirn und Nervengeflecht unabhängige Intelligenz, resümiert Heinrich Erben maliziös, könne der Formel von Green Bank genügen; eine solche Intelligenz aber widerspreche jeder wissenschaftlichen Erfahrung und Logik, sie müsse schlicht geglaubt werden, habe also nichts mit Wissenschaft zu tun. Mit dieser Feststellung ist Erbens Buch zu Ende. Der Bonner hält es mit Jacques Monod: Der Mensch sei ein Zufallsprodukt, eine Randerscheinung des Weltalls, ungeheuer allein und einsam, ohne Hoffnung auf kosmische Väter und Mütter, Brüder und Schwestern. Und damit punktum!

Pankraz aber findet, daß das Schlußkapitel zu einem solchen Buch erst noch geschrieben werden müßte. Wenn wir Menschen wirklich allein im Weltall sind, dann bleibt ja, wie schon Giordano Bruno wußte, die Kopernikanische Wende ohne Kraft. Dann verwandelt sich die Weite des öden, zudem noch unbefahrbaren Weltalls in ein bloßes Gleichnis für die Erhabenheit der Schöpfung, und das „moralische Gesetz in uns" rückt gleichberechtigt neben den „bestirnten Himmel über uns" (Kant).

Mit anderen Worten: Als Unikat wären wir Menschen dem Weltraum in jeder Hinsicht ebenbürtig, vielleicht sogar überlegen, wenn man an all die Differenzierungen der Materie denkt, die Leben und Intelligenz bewirken. Und so dürften wir wieder hoffen, daß die Schöpfung uns, ganz speziell uns, „gemeint" hat, als sie einst mit dem Urknall ins Sein trat. Allah ist groß, und Heinrich K. Erben ist sein Prophet.

Pankraz

Der Sonnengott Aton – Philip Glass' Oper „Echnaton" unter Achim Freyer in Stuttgart uraufgeführt

# Königspaar gegen Priesterherrschaft

Drei Namen, die als Beispiel dienen. Drei Menschen, die Geschichte gemacht haben. Drei Personen, die zu ihrer Zeit und auf ihrem Gebiet auf revolutionäre Veränderung gedrängt haben. Allmählich gewinnt der Plan der württembergischen Staatstheater Kontur. Langsam wird dem Publikum bewußt, was hinter der musikalischen Trilogie von Philip Glass und Achim Freyer steckt. Mit der Gandhi-Oper „Satyagraha", die im Oktober 1981 einstudiert wurde, mit dem „Echnaton", der jetzt als Uraufführung in Stuttgart folgte, mit „Einstein on the Beach", einem früheren Glass-Werk, das in vier Jahren, neu bearbeitet, am Großen Haus herauskommen soll, wollen beide die großen, wegbereitenden Ideen der Geschichte vorstellen und jene Pioniergestalten, die ihnen in Politik, Religion und Wissenschaft zum Durchbruch verhalfen.

Drei Möglichkeiten also, sich mit unserer Zeit auseinanderzusetzen. Denn obwohl der amerikanische Avantgarde-Komponist und sein theatralischer Dolmetscher aus Deutschland den Gang in die Geschichte wagen, obwohl sie uns mit kulturellen Phänomenen konfrontieren, die nicht jedermann geläufig sind, reflektiert ihre gemeinsame Arbeit doch nichts anderes als unsere unmittelbare Gegenwart.



Visionäre Schönheit: Milagro Vargas als Nofretete (rechts) und Paul Esswood als Echnaton in der Stuttgarter Uraufführung FOTO: HANNES KILIAN

Freyer findet dafür gleich zu Anfang seiner „Echnaton"-Inszenierung ein eindrucksvolles Bild. Während sich die ersten Musikphrasen der neuen Oper scheinbar endlos wiederholen, löst Ralf Harster, gewissermaßen stellvertretend für uns, Schicht um Schicht von der Story, der wir teilhaftig werden sollen. Einen Menschen wie einen eingewickelten Baum umkreisend, befreit er die Geschichte von ihren Hüllen, um mit der Zeit selbst immer mehr von ihr erfüllt zu werden. Je intensiver sich der Mensch mit der Geschichte beschäftigt – so zeigt Freyer –, desto eher begreift er, wie gegenwärtig sie ist.

Auch später schlägt Freyer immer wieder den Bogen von der Vergangenheit zur Gegenwart. Die Utopie Echnatons, die Entdeckung des Individuums, die sich in seiner Abkehr von der bis dahin praktizierten Vielgötterei und der Hinwendung zum Monotheismus eines Aton manifestiert: Sie ist ihm ein großes Beispiel für die Moderne. Was allerdings nicht heißen soll, daß Freyer die Figur des Ketzerkönigs ausspart. Im Gegenteil: Er reproduziert in seiner Operninszenierung das höchst glanzvolle Bild eines Pharaos, der sich gegen den Amon-Kult und seine Priesterschaft auflehnt, der zu wahren Alleinherrschaftr aufsteigt und sie für die Dauer seines Lebens auch zu bewahren versteht. Faszinierend sein sinnreiches Spiel mit dem Sonnensymbol. Und überaus penibel Freyers eigenes Spiel mit den Requisiten der Zeit, mit Inschriften, Aufzeichnungen, Reliefs und Malereien die überliefert sind und so genau wie nur möglich zitiert werden.Freyer füllt die Schattenrisse der Vergangenheit mit Licht, mit Leben. Der Pharao, seine Priester oder gar die Königin Nofretete erstehen vor unseren staunenden Augen, als wären es Zeitgenossen.Der lange Abend, er wirkte an keinem Punkt langweilig.

Dabei verzichtet der Komponist Philip Glass auf alles, was eine Oper gewöhnlich ausmacht. Eine Handlung etwa ist in seinem „Echnaton"-Opus nicht zu finden, eher schon eine Beschreibung von Ritualen und Zuständen, die lose aneinandergereiht scheinen. Die Unmittelbarkeit der Sprache ist ebenfalls nicht gegeben: Bis auf die „Hymne an Aton" im 2. Akt stehen alle gesungenen Texte in Ägyptisch, Hebräisch oder Akkadisch. Und die Musik, die sich immer wieder wellenförmig kräuselt, sich hebt und in gleicher Weise wieder senkt und nur gelegentlich melodischen Tiefgang gewinnt: sie hat kaum Eigenleben, sie bietetallenfalls einen gefälligen Schleier, aus konventionellen Harmonien gewebt, auf den Freyer seine kühnen Theaterträume projiziert.

Denn kühn ist es, was sich der Regisseur und Bühnenbildner gemeinsam mit seiner Frau Ilona hat einfallen lassen. Alle seine Szenerien haben etwas großartig Visionäres. Sie lassen die Schönheiten ahnen, die der neuen Welt abhanden gekommen sind. Überwältigend anzusehen, wie Echnaton (Paul Esswood) und Nofretete (Milagro Vargas) vor einem bestirnten Himmel auf ihren Königsthronen zum ewigen Liebesbund finden, schon von Feindschaft und Abgründen umstellt, in die der Pharao ja dann auch tatsächlich stürzt. Er, der im Kreise seiner Familie einer Sonnenscheibe gleich über allen irdischen Erniedrigungen schwebt, hat längst jeden Boden unter den Füßen verloren. Er wird ein Opfer seiner Selbstherrlichkeit und Allmacht. Die alten Götter kehren zurück und mit ihnen die Finsternis, die Grausamkeit, die Unmenschlichkeit, die Kälte. Zum Schluß stochern kindisch gewordene Touristen, von dem Sprecher wie von einem austauschbaren Fremdenführer geleitet, sinnlos in den Ruinen von Tell el Amarna. Aus einem Ort des Lichts ist eine Stadt der Schatten geworden. Von der Utopie kündet keine Spur mehr. Während Glass wieder und wieder seine minimalen Musikmodule erklingen läßt, räumt Freyer langsam die Bühne leer.

Das Publikum zeigte sich vom Auftragswerk der Stuttgarter Staatsoper ordentlich provoziert und reagierte entschieden mit Pro und Kontra. Diesen „Echnaton", so merkte man, konnte niemand als Museumsstück abtun. Er hat uns etwas zu sagen – mehr möglicherweise, wenn er vom Kleinen ins renovierte Große Haus umziehen wird und Generalmusikdirektor Dennis Russell Davies Gelegenheit gegeben ist, die Minimal-Musik wirklich so klingen zu lassen, wie sie Glass komponiert hat.

HARTMUT REGITZ

Cilèas Oper „Adriana Lecouvreur" in München

# Die vergifteten Veilchen

Jeder kennt das Problem mit Antiquitäten. Man fragt sich: Ist das nun schön und echt; ist es echt und schön; oder ist es nur schön, aber nicht echt. Vor diesen Fragen stand das Publikum im Münchner Nationaltheater bei der Premiere von Francesco Cilèas „Adriana Lecouvreur". Die Oper fand 1902 ihre Uraufführung, da klang die Welt nicht mehr so harmonisch in den Fugen, wie der Komponist sie wohl hören mochte. Und drei Jahre später gab es immerhin bereits die „Salome". In Italien und Amerika blieb die „Adriana" äußerst populär, bei uns fand sie kaum Beachtung. Francesco Cilèa, musikhistorisch dem italienischen Verismo zuzuordnen, ist weitgehend vergessen. Er bleibt als Komponist eine tragische Figur.

Die Partitur seiner „Adriana Lecouvreur" ist ein Ohrwurm. Die Melodien erinnern aber zu sehr an Puccini, an Tosca; die Instrumentierung zu oft an Massenet; im vierten Akt, dem musikalisch zweifellos wertvollsten, ist der Beginn der „Götterdämmerung" en miniature nicht zu überhören.

Die Handlung steht der Musik in nichts nach. Drama der großen Diva wird (wie ja auch in „Ariadne auf Naxos") heraufbeschworen. Schon das Schauspiel von Eugène Scribe und Ernest Legouvé, das der Oper zugrunde liegt, bietet Theater auf dem Theater. Adriana Lecouvreur ist als Schauspielerin der Comédie Française die Diva, die Heroine. Sie verliebt sich in Mauricio, doch sie hat eine Rivalin, die Prinzessin von Bouillon. Und wenn zwei Frauen denselben Mann lieben, wird's auf der Opernbühne tödlich. Alle Requisiten einer hochdramatischen Verwicklungsgeschichte werden genutzt; Intrige, geheime Briefe, Verwechslungen. Das Mordinstrument selber sucht auf der Bühne seinesgleichen: Ein vergifteter Veilchenstrauß der Bouillon räumt die Rivalin aus dem Weg. Adriana stirbt wie sie lebte: in Pose, auf der Bühne, in den Armen Mauricios.

Das Werk wurde in allen Partien hochkarätig besetzt. Margaret Price ist „Adriana Lecouvreur". „Adriana Lecouvreur" ist eine Oper für Margaret Price. An ihrer Stimme sind die hochdramatischen Partien wie die Isolde nicht spurlos vorbeigegangen. Gleichwohl erntete diese große Künstlerin Ovationen. Bei ihrem Piano wird die Zeit zum Raum. Hanna Schwarz in Fricka-Manier den Salon des 18. Jahrhunderts beherrschend, ist mit ihrem dunklen Alt stimmlich auf der Höhe ihrer Tiefe. Und Neil Shicoff gehört mit seiner sehr heldisch timbrierten Stimme zu den besten Tenören dieser Zeit. Leider zwang ihn eine Indisposition dazu, sich nach dem 1. Akt entschuldigen zu lassen, dennoch stand er seine Partie bravourös durch. Der Cilèa-erfahrene Giuseppe Patané dirigierte auswendig und führte zügig und spannend das glänzend disponierte Staatsorchester, ohne jemals aufdringlich zu forcieren.

Für die Inszenierung zeichnete der Engländer John Copley. Er setzte dankenswerterweise nicht sich in Szene, sondern ohne jeden Stilbruch *das Werk, indem er es ebenso wie sein* Bühnenbildner Henry Bardon ernst nahm. Daß sich für das Regieteam Buhs in den großen Beifall mischten, bleibt unverständlich.

PASCAL MORCHÉ

Ausstellung in Bern: „Sprache der Geometrie"

# Ausgriff in den Kosmos

Als ehrgeizigen Anfang einer Reihe großer Sonderausstellungen über „Künstlerische Grundströme des 20. Jahrhunderts" zeigt das Kunstmuseum in Bern mit der „Sprache der Geometrie" die Entstehung einer rein geometrischen Bildsprache zu Beginn dieses Jahrhunderts und ihre Weiterentwicklung in der Gegenwartskunst. Es ist eine Ausstellung, die nicht auf Vollständigkeit aus ist, sondern Schwerpunkte setzt und Bezüge herstellt. Anstatt einer kopflastigen Kunstgeschichtslektion ist so ein feinfühlig zusammengestelltes Schauvergnügen entstanden.

Die Werke aus den vorzwanziger und dreißiger Jahren sind in acht Räumen des funktionellen Neubaus ausgestellt, was ihre verblüffende Modernität noch unterstreicht. Die früheste Arbeit ist ein licht- und farbanalytisches Aquarell des Italieners Giacomo Balla von 1912. Dazu gesellen sich andere Pioniere der geometrischen Bildsprache: Frank Kupka, Johannes Itten, Sophie Täuber und Hans Arp.

Einen ersten Schwerpunkt bildet die Gruppe konstruktivistischer Künstler um Kasimir Malewitsch. Er selbst ist unter anderem mit seinem 1915 in Petersburg ausgestellten „Schwarzen Quadrat" vertreten, das als das erste rein geometrische Bild gilt. Dazu kommen ausgesucht schöne Einzelwerke von Iwan Kljun, Ilja Tschaschnik, Iwan Puni und den bedeutenden Frauen Olga Rosanowa und Ljubow Popova. Von Alexander Rodtschenko ist eine Gruppe dreidimensionaler Konstruktionen zu sehen.

Während die Russen in den Kosmos ausgreifen, arbeitet dagegen die 1917 in Leyden gegründete Gruppe „De Stijl" mit den Mitteln des geschlossenen Raums, der reinen Geometrie und der primären Farben. Piet Mondrians Weg zur Vollendung läßt sich anhand von sieben Gemälden aus den Jahren 1915–25 eindrücklich nachvollziehen.

Die Verbindung zwischen Suprematismus im Osten und Stijl sowie Bauhaus im Westen schafft der Russe Lissitzky, dessen „Prounraum" von Berlin aus dem Jahr 1923 im Museum nachgebaut wurde. Einen anderen wesentlichen Akzent setzt die Säule aus Glas, Stahl und Kunststoff von Naum Gabo, ebenfalls rekonstruiert nach dem Original von 1923. Auf ähnlichen Formelementen beruhen vier der schönsten Gemälde des Bauhauslehrers Laszlo Moholy-Nagy. Sie werden ergänzt durch einige Werke von Kandinsky, Vordenberg-Gildewart, Servranckx und Léger. Eine Ausstellung in der Ausstellung bilden achtzig selten gezeigte konstruktive Zeichnungen von Paul Klee aus dem Museumsbestand.

Stärker als bei den Größen der Vergangenheit wird bei den neunzehn europäischen und amerikanischen Gegenwartskünstlern die persönliche Färbung der Auswahl spürbar. Dabei werden einige interessante allgemeine Aspekte herausgearbeitet: die serielle Produktionsweise in vier großen Farbquadratbildern von Richard Paul Lohse, die moderne Elektronik als Bildgrundlage bei Herbert Franke, Gerhard von Graevenitz, Manfred Mohr oder Matti Kujasalo.

Die Amerikaner sind vertreten mit Kenneth Martin, Donald Judd, Robert Mangold und Sol LeWitt, der (wie auch der Franzose François Morellet) eigens für diese Ausstellung ein Werk konzipiert hat. Es besteht aus einem auf die Wand gemalten Farbquadrat – und schlägt damit eine Brücke vom jüngsten zum ältesten gezeigten Beispiel geometrischer Kunst, dem schwarzen Quadrat von Malewitsch. (Bis 13. Mai; Katalog 24 sfr.)

MARIE-LOUISE ZIMMERMANN



Der Konstruktivist läßt arbeiten: Gianni Colombo auf der Berner Ausstellung FOTO: EDUARD RIEBEN

Berlin: Schnitzlers „Komödie der Verführung"

# Die Wehmut der Puppen

Dies späte Schnitzler-Stück (1924) ist nicht zu retten. Wieder einmal erweist sich die alte Theatererfahrung, daß Spielvorlagen, wenn die Bühne sie Jahrzehnte hindurch meidet, tatsächlich unspielbar sind. Gegenbeispiele gibt es nur wenige. Hans Hollmanns Erweckungsbemühungen im Berliner Schillertheater erweisen sich als quälend und nach fast fünf Spielstunden als schrecklich müßig und eher ärgerlich. Merkbare Teile des Premierenpublikums waren schon frühzeitig geschafft. Man konnte die guten Leute verstehen und fast beneiden.

Hier geht es wieder um die Haltlosigkeit, um die internen Verwirrspiele wienerischer Gefühle, diesmal deutlich datiert in die prekären Sommermonate des Kriegsjahres 1914. Eine Gesellschaft stirbt. Sie dreht sich immer nur in läppischen Kreisen. Man lutscht an dürftigen Leidenschaften. Man flattert wichtigtuerisch, während das große Gewitter schon am Himmel steht. Was Schnitzler deuten wollte, erkennt man.

Aber es ist, als habe den Dramatiker der schönen Wehmut hier die Kraft der Menschenbildung schrecklich verlassen. Er repetiert Themen, Stimmungen, Irrläufe und Verrantheiten aus seinen frühen, großen Stücken. Die Zeit erfaßt er nicht. Und die höchst reizvollen Figuren seines Schnitzler-Arsenals, wie er sie hier sich aneinander reiben läßt, bleiben schrecklicherweise ganz ohne Glanz, Schmerz, Heiterkeit oder Kuriosität. Das Drama des Leichtsinns und der Vergeblichkeit bleibt nur läppisch.

Hans Hollmann faßt es zudem mit einem geradezu verwerflichen Starrsinn an. Er läßt die Tändelfiguren sich aufführen wie in einem alten Melodram. Er treibt sie alle in eine nervöse Exaltation hoch. Sie brüllen, ächzen, sie geifern ihre oft dürren Worte. Hollmann läßt sie agieren, als hätten sie alle mehrere Portionen Pervitin geschluckt, ehe sie ihre Garderobe verlassen haben.

Da erscheint fast in keinem Falle ein vergleichbarer Mensch. Puppen zucken über die Szene. Das tut weder dem achtbaren Erich Schellow gut, noch den hier durchweg überzickten Frauenrollen. Selbst dem Hausherrn, Boy Gobert, der einen stinkfeinen Freiherrn von Falkenir gibt, muß unfreiwillig komisch werden. Zwei Dutzend emsige, meist doch sonst so achtbare Akteure werden dauernd von einer suppig-melodramatischen Musik unterspült. Das preziös verkorkste Bühnenbild tut das Seine, Schnitzlers dramatische Mühseligkeit noch zu prononcieren.

Kein guter Dienst an Schnitzler. Eine grobe Zumutung für das mißbrauchte Ensemble. Ein Ärgernis, ein überflüssiges dazu , für den tapfer bis zum Ende ausharrenden Teil des Publikums. Das wehrte sich nämlich erst kurz vor Mitternacht, wenn auch deutlich geschwächt.

FRIEDRICH LUFT

Erden Kirals Filmepos „Eine Saison in Hakkari"

# Wo Uhren anders gehen

Hakkari ist ein ödes Bergnest in der Osttürkei, ohne elektrischen Strom, ohne Straßen, ohne ärztliche Versorgung. Die Häuser wachsen wie Felsen aus dem Berg, und die Menschen wirken verloren in der Einsamkeit. Hakkari liegt noch hinter dem Ende der Welt. So kommt es dem strafversetzten Lehrer vor, der dort für einen Winter die Kinder unterrichten soll, und so empfindet es zunächst auch der Betrachter des Films „Eine Saison in Hakkari". Bis sich allmählich Betroffenheit einstellt und man sich ein wenig schämt ob der eigenen Herablassung. Denn Hakkari ist nicht außerhalb der Welt, hier leben Menschen, die jeden Tag ums nackte Überleben kämpfen.

Erden Kiral, der Regisseur, hat den Film in einem Bergdorf gedreht, das genauso isoliert liegt wie das fiktive Hakkari. Und so ist neben der Spielhandlung auch so etwas wie eine Dokumentation entstanden. Wie ohnehin das wesentliche Merkmal dieses Films ist, daß er Atmosphäre wiedergibt und in eine Dorfgemeinschaft einführt, in der sich außer den Tragödien des Alltags niemals etwas ereignet und schon gar nichts ändert. So läuft der Film dahin wie das Leben in Hakkari, langsam und ganz ruhig – und dennoch wird er nie langweilig.

„Eine Saison in Hakkari" ruft einen zwiespältigen Eindruck hervor. Einmal ist der Film natürlich eine Anklage, wenn auch kaschiert, um nicht von vornherein Probleme mit der Zensur zu provozieren, eine Aufforderung an die Männer in Ankara, die soziale Lage auf dem Land zu verbessern. Andererseits erliegt Kiral aber nicht der Versuchung, sich über die Leute in Hakkari zu erheben, indem er sie bloß als zurückgeblieben und sozial unterdrückt hinstellt. Er läßt ihnen ihre Würde. Und es teilt sich auch etwas mit von der abweisenden Schönheit der Bergwelt und dem Mut, mit dem die Leute das Leben dort jeden Tag neu anpacken. Und so ist es gut zu verstehen, wenn der Lehrer am Schluß die Kinder auffordert, alles zu vergessen, was er ihnen über die moderne Welt beigebracht hat. Denn in Hakkari zählt das nicht.

SVEN HANSEN

## JOURNAL

### Polens Bauern helfen unterdrückten Künstlern

J. G. G. Bonn

Dem Aufruf der „Bauern-Solidarität" im Untergrund folgend, den wegen ihrer oppositionellen Haltung in Not geratenen Künstlern und ihren Familien zu helfen, hat jetzt ein Bauer aus dem Bezirk Chiechanow ein ständiges monatliches Stipendium für einen bildenden Künstler übernommen. Wie eine illegale „Solidarität"-Zeitschrift berichtet, beträgt die Höhe des Stipendiums 7000 Zloty, etwa die Hälfte eines guten Facharbeiterlohnes. Gleichzeitig hat der Bauer in einem offenen Brief an seine „etwas begüterten" Kollegen appelliert, diesem Beispiel zu folgen, um jenen Künstlern zu helfen, „die unter schweren Verhältnissen weiterhin die polnische Kultur aufbauen."

### Frauen und Kunst im Mittelalter

DW. Ludwigshafen

Die bislang vergessene oder verschwiegene Leistung der Frauen, ihre Bedeutung und ihren Einfluß im Kunstbetrieb des Mittelalters will die Ausstellung „Frauen und Kunst im Mittelalter im Wilhelm Hack-Museum in Ludwigshafen darstellen. Allerdings muß sie sich dabei meist mit Reproduktionen begnügen, weil die originalen Kunstwerke, die als Beleg dienen, nicht auszuleihen waren. Die Ausstellung dauert bis zum 29. April, der Katalog kostet 10 Mark.

### „Geliebtes Dampfradio" und „Schreibmaschinen"

DW. Koblenz

Zwei Kapitel aus der jüngeren Technikgeschichte sind das Thema der Sommerausstellung des Koblenzer Landesmuseums auf der Festung Ehrenbreitstein. In der Abteilung „Geliebtes Dampfradio" werden rund 150 Rundfunkgeräte von 1923 bis heute, in der Abteilung „Schreibmaschinen" 42 alte Maschinen von 1864 bis zur Gegenwart gezeigt. Die Führungsblätter kosten 3,70 bzw. 4 Mark. Die Ausstellung läuft bis zum 13 Mai und dann vom 11. August bis 4 November.

### Rosenthal-Studio-Preis für „Die Wohnstraße"

DW. Selb

Wie man Stadtstraßen wohnlich macht oder wohnlich erhält ist das Thema des Rosenthal-Studio-Preises 1983 / 84. Unter dem Stichwort „Die Wohnstraße" werden Projekte oder bereits bewährte Lösungen für die Wiedergewinnung oder Erhaltung der Urbanität innerstädtischer Bezirke gesucht. Der Preis wurde insgesamt mit 25 000 Mark dotiert. Einsendeschluß ist der 31. Mai.

### Modern-Dance-Festival „New York und zurück"

DW. Köln

Unter dem Titel „New York und zurück" findet vom 13. Mai bis 30. Juni in sieben Städten Nordrhein-Westfalens (Aachen, Düsseldorf, Köln, Leverkusen, Neuss, Unna und Wuppertal) ein internationales Tanzfestival statt. Dabei soll das neue deutsche Tanztheater mit einigen der wichtigsten Gruppen Nordamerikas konfrontiert werden. Teilnehmen werden u. a. das Anna-Wyman-Dance-Theater aus Vancouver, aus New York die Campagnien José Limon, Twyla Tharp, Bill T. Jones sowie Eiko & Koma, aus Deutschland das Tanztheater aus Bremen und Wuppertal, das Kölner Tanz-Forum, das Essener Folkwang-Tanzstudio, die Company Vivienne Newport und die Laokkon Dance Group.

### Tage alter Musik in Regensburg

DW. Regensburg

Musik des Mittelalters, der Renaissance und des Barock ist der Inhalt der „Tage Alter Musik", die erstmals in Regensburg veranstaltet werden (25. Mai bis 3. Juni). Die Konzerte, zu denen unter anderem die Gruppen Bären Gässlin, Boston Museum Trio, Sequentia und Musica antiqua Köln verpflichtet wurden, finden in den historischen Sälen und Kirchen Regensburgs statt.

### *H. Schroeder 80*

Neun Messen, ein Tedeum, deutsche Motetten, geistliche Chorlieder, Orgelkompositionen – das geistliche Musikschaffen Hermann Schroeders ist so umfangreich wie anspruchsvoll. Für die katholische Kirchenmusik Deutschlands wurde er so zu einer der Zentralfiguren dieses Jahrhunderts. Seine weltliche Musik, darunter auch eine Oper, „Hero und Leander", wird dabei allzuoft überhört. Aber Geistliches wie Weltliches, Instrumentales wie Vokales steht bei Schroeder gleichermaßen in der Tradition großer kontrapunktischer Formkunst. Sie als Schriftsteller wie als Profes*sor (an der Kölner Musikhochschule)* zu entwickeln und zu vermitteln, war ihm stets ebenso wichtig wie das eigene Schaffen. Heute wird der gebürtige Bernkastler 80. Bth.

# Klinikum Aachen: Nach den Rechnern haben die Richter das Wort

Von WILM HERLYN

Wo immer auch die Aachener Bettenburg, Großklinikum genannt, ins Gerede kommt – und sie kommt nun fast tagtäglich ins Gerede –, wird Albrecht Dürer zitiert: „Zu Aach hab ich gesehen die proportionierten Säulen mit ihren guten Capitälen von Porphit grün und rot und Gossenstein." Das war der Dom, 1520, zur Krönung von Karl V.

Heute, 464 Jahre später, müßte er etwa so berichten: „Zu Aach hab ich gesehen die unproportionierten Türme mit ihren häßlichen Röhren von Stahl grau und giftig gelb und viel gegossenen Stein aus schmutzigem Beton." Das ist das Klinikum, der auf grüner Wiese geklotzte „Neue-Heimat"-Bau mit 24 Schornsteinen und Türmen, ein jeder voluminöser als der Glockenturm des karolinischen Münster.

Ursprünglich sollte das Aachener Klinikum 570 Millionen Mark kosten. Inzwischen sind es – von Bund und Land je zur Hälfte finanziert – rechnungsmäßig 1,67 Milliarden Mark geworden. Doch darf niemand sich täuschen lassen: In den Etatvorlagen des nordrhein-westfälischen Haushaltes sind für 1984 schon Kosten in Höhe von 2,1 Milliarden Mark vorgesehen. Und jetzt ist aus der Düsseldorfer Staatskanzlei zu hören, daß der inzwischen zuständige Wissenschaftsminister Rolf Krumsiek nach Bonn eine Summe von 2,305 Milliarden Mark gemeldet hat – natürlich in der Hoffnung, daß der Bund diese Summe anteilig mitträgt.

Zu diesem Zeitpunkt entschied Bildungsministerin Dorothee Wilms aber: „Der Geldhahn wird zugedreht." Mehr noch: Sie bat ihre Bonner Kollegen in den Ressorts Innen, Justiz und Finanzen zu überprüfen, ob denn alles Rechtens sei, was ihr vom Land Nordrhein-Westfalen an Rechnungen vorgelegt wurde. Denn der Bundesrechnungshof drängt sie seit knapp drei Wochen, NRW vor den Richter zu zitieren – ein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmaliger Fall. Denn, so befanden die Prüfer aus Frankfurt, „ein nicht unerheblicher Teil der Mehrkosten ist durch Fehler entstanden, die das Land zu vertreten hat".

Die Prüfer erinnerten Ministerin Wilms daran, daß dem „Bund auf der Grundlage des Artikels 104 a Abs. 5 Grundgesetz ein Haftungsanspruch gegen das Land zusteht, wenn dieses dem Bund Schaden zugefügt hat". Dorothee Wilms verschärfte das Beamtendeutsch und sprach in Bonn nun sogar davon, die Düsseldorfer Landesregierung handele „unredlich", weil ihr Gutachten und andere wichtige Unterlagen vorenthalten würden, in denen dem Kabinett Rau und dem Bauträger „Neue Heimat Städtebau" schwere Vorwürfe gemacht worden seien. Nun müsse wegen „grober Fahrlässigkeit und Pflichtwidrigkeit" ermittelt werden.

Sobald die Vorwürfe des Rechnungshofes in Düsseldorf ruchbar wurden, versuchte die Regierung gegenzuhalten. Sie sprach plötzlich von fünf Verfahren, die sie gegen die Neue Heimat angestrengt habe und von weiteren mehr als 150 Prüfungen. Fragt man allerdings nach dem Streitwert, kommen lediglich klägliche zehn Millionen Mark heraus.

Je lauter allerdings die Klagen der oppositionellen CDU in den zuständigen Ausschüssen werden, um so mehr Wahrheiten rückten die Regierungsmitglieder heraus. So stellte Landesentwicklungsminister Christoph Zöpel vor dem Wissenschaftsausschuß jetzt fest, die Regierung habe wegen der laufenden Prozesse gegen die Neue Heimat schon seit Mai 1983 die Honorarzahlungen eingestellt. Insgesamt seien 76 Millionen Mark gezahlt, die Neue Heimat aber fordere weitere 165 Millionen Mark. Das Land zahle nur noch für das für die Baustelle zuständige Personal – „denn die müssen ja was zu essen haben".

Krumsiek gab indessen zu, daß der Bund schon in früheren Verhandlungen Vorbehalte geltend gemacht habe. So sollte der jährliche Betrag der zuzuweisenden Bundesmittel 100 Millionen Mark nicht überschreiten. Doch als 1982 dieser Beschluß kaum vorlag, beantragte das Land im 13. Rahmenplan schon Mehrkosten von knapp 300 Millionen Mark.

Der CDU-Abgeordnete Gerhard Rödding spricht von einem „wahrhaft fürchterlichen Durcheinander, einem Tohuwabohu". Ihm graust vor der Endabrechnung, die aber wohl erst Anfang der neunziger Jahre fällig sein wird.

Vor allem aber weiß niemand so recht, wie hoch die Folgekosten des 1500 Betten-Hospitals sein werden. Es heißt, die Kassen hätten sich auf einen Pflegesatz von 300 Mark pro Tag und Patient geeinigt, doch sollen die realen Kosten mehr als 1000 Mark betragen. Dazu fürchten jetzt schon kleinere Häuser in der Umgebung von Aachen, daß der Moloch, der nach Patienten giert, die Betten der anderen Krankenhäuser leerfegt.

Die CDU in Düsseldorf erwägt nun die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Es wäre der zweite, der sich mit dem Fall Aachen befaßt. Der erste gab – 1979 – die Empfehlung, man müsse sorgfältiger mit dem Geld umgehen.

Seite 2: Des Monsters Folgen

# Das große Geschäft mit der gestohlenen Nummer

**USA: Telefonkreditkarten machen es Betrügern leicht**

hst. **Washington**

Den Sicherheitsexperten der großen amerikanischen Telefongesellschaften wachsen graue Haare. In der letzten Zeit häufen sich die Betrügereien mit den in den Staaten üblichen Telefon-Kreditkarten. Das kostet nicht nur die Kunden Nerven, sondern die Unternehmen auch viele Millionen.

Jane Landenberger aus Bedford (US-Bundesstaat New York) führt häufiger Auslandsgespräche. Einer ihrer Söhne lebt in Frankreich, ein anderer auf den Philippinen. Trotzdem traf sie ihre letzte Telefonrechnung völlig unvorbereitet. Nicht nur deshalb, weil sie mit dem privaten Paketdienst UPS angeliefert wurde und 2578 Seiten umfaßte, sondern vor allem, weil sie 109 504,86 Dollar (rund 250 000 Mark) einforderte.

„Ich war mehr als überrascht", umschreibt mit fröhlichem Understatement der 71jährige Philip Rubin aus Boca Raton (US-Bundesstaat Florida) was ihn fast umwarf. Er bekam eine Telefonrechnung über 179 983 Dollar.

Den Vogel schoß allerdings eine Beamten-Organisation im Staate Michigan ab: Ihr flatterte eine Rechnung über 320 984,26 Dollar ins Haus. Die Rechnung lautete allerdings auf Kreditkarten, die zwar von der Telefongesellschaft schon ausgestellt, jedoch noch nicht an die Angestellten ausgegeben worden waren. Sie lagen warm und trocken im Safe.

## Kontakte nach Übersee

Drei Beispiele für einen Schwindel, dem es mit dem Telefonsystem in den Vereinigten Staaten zur Zeit noch leicht gemacht wird. Rund 50 Millionen Amerikaner tragen eine Telefon-Kreditkarte ständig bei sich. Die meisten davon (ca. 47 Millionen) wurden von dem Branchen-Riesen American Telephone & Telegraph (AT & T) ausgegeben. Auf dieser Karte steht außer der Telefonnummer ein vierziffriger Code. Für ein Gespräch muß der Kunde dem Operator Telefonnummer und Code durchgeben. Wer jedoch eine Karte findet oder klaut, oder aber hört, wie ein anderer seine Zahlen durchgibt, kann hemmungslos auf anderer Leute Kosten telefonieren.

Aus dem wenigen, was man bisher über diese Telefonbetrüger weiß, ergibt sich, daß auffallend häufig Verwandte von Armeeangehörigen und Studenten von dem „Billigtarif" Gebrauch machen – beides Gruppen, die viele Kontakte nach Übersee haben. Hat einer einmal eine solche Nummer erwischt, können theoretisch unendlich viele faule Kunden davon profitieren. Larry Mixon, Sprecher der in Atlanta beheimateten Gesellschaft „Southern Bell" weiß, daß Studenten regelrecht um „Teilnehmer" werben.

In Kalifornien werden gestohlene Nummern für bis zu zehn Dollar gehandelt. Dieser Mißbrauch führt zu einer Menge Ungemach. Früher bekam, wer von unterwegs ein Ferngespräch auf seine „Heim-Nummer" anmeldete, anstandslos eine Verbindung. Heute haben die meisten Gesellschaften ihre Angestellten angewiesen, sich bei der angegebenen Nummer zu versichern, ob alles seine Richtigkeit hat. Geht da niemand 'ran, ist es oft nichts mit dem Gespräch von unterwegs auf Kreditkarte.

## Zweifelhafter Tip

Inzwischen laufen jedoch die Bemühungen der Gesellschaften, Mißbrauch auszuschalten, auf Hochtouren. Nicht nur, weil es unzufriedene Kunden schafft, sondern auch, weil es Unsummen kostet. Für das Jahr 1982 beziffert allein AT & T den Verlust auf 70 Millionen Dollar. In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres waren es alleine schon 74 Millionen. Diese Summen lassen sich zwar als „Geschäftsunkosten" absetzen, sind aber trotzdem ärgerlich – auch bei einem Umsatz von 69 Milliarden Dollar.

Zu den Tips, die Gesellschaften ihren Kunden an die Hand geben, um Betrüger leer ausgehen zu lassen, gehören so unbefriedigende Ratschläge wie „Senken Sie Ihre Stimme, wenn Sie die Nummern durchgeben." Andere installieren Telefone, mit denen die Zahlen per Knopfdruck eingegeben werden können. Sinnvoller erscheint da wohl die Möglichkeit auf der Karte nur noch den Code, nicht aber Telefonnummer und Adresse zu vermerken. AT & T schließlich will seine Telefone langsam auf Anlagen umrüsten, die die Nummern selbst lesen können – allerdings auch kein Schutz vor Kartendieben.

Derweil sind die Computer bei den Gesellschaften so programmiert, daß sie Abweichungen von durchschnittlichen Telefonrechnungen sofort melden. Die Sicherheitsbeauftragten der Firmen sezten ihre Hoffnungen auch auf die moderne Technik und darauf, daß es bald möglich sein wird, den Anrufer, ist er einmal als Betrüger entlarvt, auch dingfest zu machen.

Derweil müssen die Opfer solcher Betrüger wenigstens nicht finanziell leiden. Wenn sie beweisen können, daß mit ihrer Karte Mißbrauch betrieben wird, werden sie nur mit einem Durchschnittswert belastet. Jane Landenberger zahlte von ihrer 109 504,86-Dollar-Rechnung nur 47,03 Dollar.

# Ob kurz oder lang – die Japaner kommen in Mode

CONSTANCE KNITTER, Paris



Ungaro fand den Weg zurück...




Junko Koshino mag es zottelig...



Beretta: Viel Stoff...

Mit dem Frühling begannen in den Pariser Tuileriengärten die Prêt-à-Porter-Modeschauen für den Winter 1984/85. In vier Zelten um das große Wasserbassin rollt ein internationales Modeturnier ab – 82 Schauen in zehn Tagen –, in dem sich die Pariser Couturiers und Kreateure gegen die Herausforderung japanischer Avantgardisten zu behaupten versuchen.

„Die Japaner haben ein seltsames Verhältnis zur Frau aus der westlichen Welt. Entweder sie zerstückeln sie, bevor sie sie verspeisen, wie der japanische Student Issei Sagawa. Oder sie verunstalten sie, indem sie sie anziehen", schrieb der Pariser „Matin" über die Vorschläge der japanischen Designer. Tatsache ist, daß die japanischen Modemacher die Frauen nicht anziehen, wie wir es bisher gewohnt waren. Sie erheben den „Elends-Look" zu einem neuen Luxus und werfen den Frauen wie zufällig Stoffetzen, asymmetrische Kleider und Capes um die Schultern, in denen sie aussehen wie „Yeti" oder „King Kong".

Doch der Einfluß der Japaner und Japanerinnen ist nicht zu übersehen. Schwarz ist die Mode von Rei Kawabuko, die ihre Kollektion unter dem Namen „Comme des Garçons" zeigt, kleidet sich bereits das internationale Modevölkchen, das die Schauen in Paris stürmt. Schwarze lange Strickkleider mit Fransenröcken, gewebte Zottelmäntel, die aussehen wie Affenfell, sah man bei Junko Koshino. Wenn die Säume der langen schmalen Tweed- und Strickkleider rechts länger sind als links, so ist das Absicht und gehört zum neuen Bild.

## Sinn für Proportionen

Lang und schmal mit abgerundeten breiten Schultern ist die neue Silhouette. Die Beine stecken in schwarzen Strümpfen und flachen bequemen Schuhen. Die ersten hohen Absätze der Saison sah man bei Hiroko Koshino. Die „First Lady" der japanischen Designer hat Sinn für Proportionen. Sie erntete Applaus für schöne weite Kimonomäntel mit großen Kragen über schmalen fast knöchellangen Kleidern oder Faltenröcken mit ⅞-langen Tuniken. Breite Ledergürtel auf den Hüften betonen die tiefgerutschte Taille. Hiroko Koshino zeigte auch die schönsten Abendkleider im Kimonolook aus schwarzem Satin mit aufgestickten Reihern.

Frankreichs Mode-Avantgardisten träumen seit Jahren vom großen Spektakel. Seinen Traum verwirklichte diesmal Thierry Mugler. Er kassierte diesmal (58 Mark der Platz), bevor er seine 200 Modelle von 55 Mannequins im neuen Pariser Rocktempel „Zenith" auf die 6000 Gäste losließ. Man sah Madonnenmäntel, Duffle-Coats, Sportswear für die Olympiade in Los Angeles und schließlich wie in einem Mysterien-Spiel die Jungfrau Maria als Superstar mit einem Baby unter Konfetti-Regen vom Himmel herunterschweben. Das Publikum tobte wie bei einer Revue im „Paradis Latin".

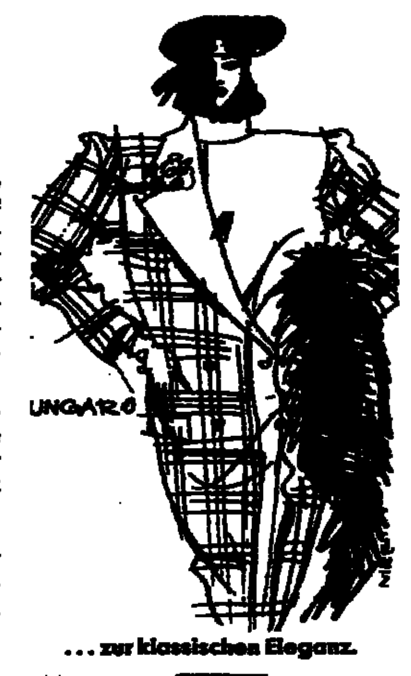
Die beste Schau bot Claude Montana. Er brachte Farbe in das düstere Modebild mit lila Lederhosen unter grünen weiten Ledermänteln mit runden Boxerärmeln, schönen weiten Kastenjacken in leuchtendem Orange, Gelb, Lila, Fuchsia über schwarzen Samt-Röhrenhosen, sandfarbenen Mohair-Paletots mit hohen Offizierskragen und breiten Rükkengurten oder schwarzen Nappa-Mänteln, weiß abgesteppt wie Cowboystiefel. Die Hosen stecken bei Montana wie Skihosen in Stiefeletten. Oder sie kommen als Reiterhosen in hohen Schaftstiefeln. Dazu trägt man Twinsets und ¾-lange Pelzjakken.

## Die Frau als „Dandy"

Bei Anne-Marie Beretta, der Spezialistin für weite gutgeschnittene Mäntel, fallen die Säume ihrer Kamelhaarmäntel, Hosenröcke und weiten Röcke mit tiefen Taschen auf 22Zentimeter über dem Boden. In ihren Lama-Capes und übergroßen Patchwork-Mänteln aus Lammfell kann man wohnen. Leicht zu tragen sind diese Modelle allerdings nicht. Es sei denn, Frau hat nichts gegen eine athletische Silhouette.

Bei Emanuel Ungaro und Jean-Louis Scherrer kehrte man endlich zur französischen Eleganz zurück. Bei Scherrer erscheint die Frau als „Dandy" in schönen klassischen Tweedkostümen, Hosenanzügen und Paletots. Am Abend gibt es schwarze Crêpe-Kleider mit Straßbesatz oder Samt-Tops zu weiten Taftröcken. Ungaro liebt kurze Shiftkleider, kurze enge Röcke zu taillierten kurzen Jakken, enge drapierte Jerseykleider oder schwarze Samt-Ensembles mit bunten Satinblusen.

Klassische gerade fallende Hosen sind Favoriten bei den Couturiers Yves Saint Laurent, Ungaro und Scherrer. „Bei mir gibt es keine Extravaganzen. Alles bleibt einfach und klassisch", verriet Yves Saint Laurent. Flanell-Hosenanzüge mit ⅞-langen Trenchjacken und Jersey-Tops sind bei ihm „Renner" für den Tag. Im Gegensatz zu den Avantgardisten bleiben die Meisten der Pariser Couture auch bei der kniebedeckten Rocklänge. Schwarz, Grau, Beige und Marineblau sind die Winterfarben. Für Belebung sorgen Blusen und Accessoires in Rot, Blau, Gelb, Violett, Grün oder Orange. (SAD)




... zur klassischen Eleganz.



... und aufregend asymmetrisch.




... macht Frauen zu Athleten.
FOTOS UND ZEICHNUNGEN: M. SCHENKL

# Tod nach der Reise im Salmonellen-Jet?

AFP, London

Schadenersatz in Höhe von mehreren Millionen Pfund Sterling haben Dutzende von Passagieren der britischen Luftfahrtgesellschaft „British Airways" in London gefordert, nachdem sie vor zehn Tagen auf 14 Langstreckenflügen an Lebensmittelvergiftung erkrankt waren. Wie die Fluggesellschaft am Wochenende mitteilte, starb der ehemalige saudische Botschafter in Washington, Abdullah Ali Reza, vor einigen Tagen, nachdem er sich auf dem Flug nach Dschidda eine Salmonellenvergiftung zugezogen hatte. Ob dies die unmittelbare Todesursache war, stehe jedoch nicht fest. Insgesamt waren rund 180 Passagiere und Besatzungsmitglieder von BA-Maschinen betroffen, darunter Iata-Chef Knut Hammerskjöld, die Cartier-Erbin Nathalie Hocq und der Multimillionär Peter de Savary. Erkrankungen traten nur bei Concorde- und Erster-Klasse-Passagieren auf, abgesehen von einigen Crew-Mitgliedern. Ursache waren vermutlich salmonellenvergiftete, glasierte Horsd'œvres. Mitglieder der Crew waren betroffen, weil sie sich offenbar von den Resten auf den Tabletts bedienten. Das ist zwar verboten, aber durchaus üblich.

## Tropische Eisbahn

SAD, New York

Die amerikanische Firma Skate-USA Inc. in Miami hat einen Kunststoff entwickelt, mit dem Eisbahnen ausgelegt werden können und auf dem man ebensogut Schlittschuh laufen kann wie auf echtem Eis. Der Belag für tropische Regionen heißt „Astro-Ice" und wurde auf der Grundlage des vom Hoechst-Konzern patentierten Kunststoffes Hostalen Gur entwickelt.

## Absturz: 29 Tote

rtr, Seoul

Bei einem Hubschrauberabsturz in Südkorea sind am Wochenende alle 29 Insassen, 18 US-Marineinfanteristen sowie elf südkoreanische Militärs, ums Leben gekommmen.

## Alten-Studie

rtr, Peking

23 Super-Senioren aus Schanghai sollen städtischen Sozialarbeitern zu Aufschlüssen über die Geheimnisse des hohen Alters verhelfen. 19 Frauen und vier Männer, die alle mehr als 100 Jahre alt sind, lassen zu Studienzwecken unter anderem den Zustand ihrer Zähne und das Faltenwerk der Körperoberfläche kontinuierlich begutachten.

## Wiederaufbau

AFP, Moskau

Die in der vergangenen Woche durch ein Erdbeben zerstörte usbekische Stadt Gazli soll bis Herbst erdbebensicher neu errichtet werden. Das kündigte das sowjetische Fernsehen an, ohne auf die Zahl der Verletzten einzugehen.

## Europa-Ausgabe

AFP, Fort Worth

Die im amerikanischen Bundesstaat Texas erscheinende Tageszeitung „USA Today", die in den gesamten USA verkauft wird, soll eine europäische Ausgabe erhalten. Ein Termin, so ein Sprecher, stehe jedoch nicht nicht fest.



# WETTER: Schauer

**Wetterlage:** Im Bereich eines komplexen Tiefdrucksystems über Westeuropa bestimmt Meereskaltluft das Wetter in Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 25. März 1984, nachm.

**Vorhersage für Montag:**

**Gesamtes Bundesgebiet:** Wechselnd, vielfach stark bewölkt mit einzelnen, zum Teil gewittrigen Schauern, in den Hochlagen der Mittelgebirge Schneeregen- und Schneeschauer. Tageshöchsttemperaturen 7 bis 10 Grad C. Nachttemperaturen um 4 Grad C. Mäßiger, im Norden auch frischer und stark böiger Wind aus Südost bis Südwest.

**Weitere Aussichten:**

Abklingende Schauerneigung und etwas wärmer.

**Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 4° | Kairo | 21° |
| Bonn | 9° | Kopenh. | 3° |
| Dresden | 6° | Las Palmas | 18° |
| Essen | 8° | London | 7° |
| Frankfurt | 6° | Madrid | 9° |
| Hamburg | 3° | Mailand | 8° |
| List/Sylt | 1° | Mallorca | 18° |
| München | 8° | Moskau | –1° |
| Stuttgart | 4° | Nizza | 12° |
| Algier | 20° | Oslo | –4° |
| Amsterdam | 8° | Paris | 6° |
| Athen | 12° | Prag | 8° |
| Barcelona | 17° | Rom | 13° |
| Brüssel | 8° | Stockholm | –2° |
| Budapest | 8° | Tel Aviv | 20° |
| Bukarest | 6° | Tunis | 16° |
| Helsinki | –5° | Wien | 10° |
| Istanbul | 7° | Zürich | 4° |

*Sonnenaufgang am Dienstag: 7.09 Uhr, Untergang: 19.47 Uhr, Mondaufgang: 5.55 Uhr, Untergang 14.09 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

# Gangster machten 60 Millionen im Handstreich

**„Jahrhundertraub in Rom": Angebliche Rotbrigadisten kannten sich bei Geldtransportunternehmen hervorragend aus**

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

In Rom spricht man vom „Raub des Jahrhunderts". Aus dem Tresor eines amerikanisch-italienischen Geldtransportunternehmens wurden am Samstagmorgen Bargeld und Wertpapiere im Werte von fast 60 Millionen Mark gestohlen. Die bis ins kleinste Detail vorbereitete Aktion ist offenbar das Werk professioneller Krimineller, die sich als Rotbrigadisten ausgegeben haben. Der Coup gelang dank perfekter Informationen über Sicherheitsvorkehrungen und Arbeitsweise der betroffenen Firma „Brink's Securmark" an der Via Aurelia, zehn Kilometer nördlich von Rom. Das Unternehmen bietet nicht nur Geldtransporte an, es nimmt auch Bargeld für Banken, Warenhäuser und Privatleute in Verwahrung, die über keine eigenen sicheren Tresore verfügen.

Um das Tresor-Depot der bei Lloyd's versicherten „Brink's" zu öffnen, mußten sich die Gangster in den Besitz zweier, von verschiedenen Personen verwahrter Schlüssel bringen und auf den Ablauf des Timers warten, der nachts bei jedem Öffnungsversuch automatisch Alarm auslöst. Die Aktion begann am Freitagabend. Um 22 Uhr fuhr Franco Parsi (34), der leitende Angestellter des Geldtransportunternehmens, der einen der beiden Tresorschlüssel verwahrt, nach Hause. Zurück blieben zwei Nachtwächter mit dem zweiten Tresorschlüssel. Der Timer für die automatische Alarmauslösung war auf den nächsten Morgen 6.30 Uhr gestellt. Als Parsi seinen „Alfasud" vor der Sammelgarage des unweit von „Brink's Securmark" gelegenen Mehrfamilienhauses stoppte, traten vier Gestalten auf ihn zu. „Wir sind von der Polizei", sagten sie und zeigten einen offensichtlich gefälschten Ausweis vor. „Wir müssen Ihre Wohnung durchsuchen. Wir suchen Drogen."

Parsi führte die Vier nach oben. Seine Frau, die schon schlief, wurde geweckt. Auch ihr sagten die Gangster, daß sie von der Polizei seien und die ganze Nacht bleiben müßten. Sie könne ruhig wieder schlafengehen, gebraucht werde nur ihr Mann. Tatsächlich ging sie ins Schlafzimmer zurück und schlief auch wieder ein.

Am Morgen bekannte der Sprecher der Gangster Farbe. Sie wollten den Tresor von „Brink's" ausräumen, sagte er. Schnell wurde klar, daß er über das gesamte Sicherheitssystem der Depot-Bank genauestens Bescheid wußte. Er nannte auch eine Summe von 55 Millionen, die im Augenblick dort deponiert sein müsse. „Drei von uns werden um 6.10 Uhr mit Ihrem Mann hier abfahren", erklärte er der Frau. „Ich werde mit Ihnen hierbleiben. Um 6.50 Uhr werden wir mit allem fertig sein. Alles hängt freilich von Ihrem Mann ab. Wenn er tut, was wir ihm sagen, wird es keinerlei Probleme geben. Wenn nicht, können Sie sich vorstellen, was passiert."

Franco Parsi tat, was man von ihm verlangte. Er fuhr mit seinem Auto, in dem sich einer der Gangster hinter dem Vordersitz versteckt hatte, zu „Brink's". Hinter ihm fuhren die zwei anderen Banditen in einem Opel desselben Typs, wie ihn die Depot-Bank für ihre Geldtransporte benutzt. Vor dem Tor des Unternehmens gab sich Parsi den Nachtwächtern an der Sprechanlage zu erkennen und ordnete an, auch den zweiten Wagen mit einzulassen. Alles weitere war eine Sache von wenigen Minuten. Einer der Gangster zertrümmerte mit einem Pistolenknauf den Monitor der Fernsehanlage. Der zweite legte die drei Angestellten in Ketten, nachdem er sich die beiden Tresorschlüssel hatte aushändigen lassen. Der dritte öffnete Punkt 6.30 Uhr die Tresortür. Nach einer Viertelstunde hatten die Banditen alle Geldsäcke in ihrem Opel verstaut. Die drei Gefesselten wurden jetzt nur noch vor einer Kartonwand mit dem Rotbrigadistenstern fotografiert. Um 6.50 Uhr läutete in der Wohnung Parsi das Telefon. „Alles in Ordnung", verkündete einer der Räuber. „Mein Freund kann gehen."

Nach Überzeugung der römischen Polizei lassen Planung und Ausführung der ganzen Aktion vermuten, daß die Gangsterbande über einen Informanten, wenn nicht sogar aktiven Kumpanen in der Depot-Bank verfügt. Die Polizei glaubt allerdings nicht an Rotbrigadisten. Die am Tatort zurückgelassene „Visitenkarte" war die Fotokopie aus einem Buch über Terrorismus.

## ZU GUTER LETZT

*Daisy, Anemone, Primrose und Prunella – vier französische Kühe – sind von ihrem Besitzer nach den jüngsten Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft, die Subventionen für die Milchproduktion abzubauen, in Tours arbeitslos gemeldet worden.*